

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 30. Stücke des 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 17. Januar 1867.



Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Cronheim und Bieweg.

In der ersten seit Wiederergänzung der Versammlung durch Neuwahlen stattfindenden Sitzung eröffnet die Verhandlungen Herr Oberbürgermeister Caspari.

Derselbe heißt die zum ersten Male anwesenden Mitglieder, die Herren Gravenhorst, Halle, Reck, Rimpau, von Seckendorff und Struck willkommen und spricht den Wunsch aus, daß sie in dasselbe gute Vernehmen zu ihren Collegen und zum Magistrate treten mögen, welches erfreulicher Weise diese Versammlung seit lange kennzeichne.

Die Versammlung schreitet sodann zur Wahl des Vorsitzenden und beruft als solchen mit allen gegen zwei Stimmen, welche auf Herrn Bode fallen, den bisherigen Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Häusler.

Herr Häusler übernimmt den Vorsitz, indem er der Versammlung für das ihm bewiesene Vertrauen seinen Dank ausdrückt. Er halte diese seine Aufgabe für um so ehrenvoller, aber auch für um so schwieriger, als er der Nachfolger eines Mannes werde, welcher fünfzehn Jahre lang mit seltener Umsicht und strengster Unparteilichkeit die Verhandlungen geleitet habe; er glaube keinen bessern Voratz fassen zu können als den, diesem Beispiele nach besten Kräften zu folgen, und hierbei hoffe er auf ein freundliches Entgegenkommen seitens der Versammlung.

Zum Stellvertreter des Vorsitzenden beruft die Versammlung Herrn Bode mit allen gegen eine für Herrn Aronheim abgegebene Stimme.

Zur Wahl eines Stellvertreters des Protocollführers übergehend verliest der Herr Vorsitzende folgenden Antrag des Herrn Leiste:

die Versammlung wolle zum Stellvertreter des Protocollführers unter Vermittlung des Herrn Vorsitzenden eine der Stadtverordneten-Versammlung nicht angehörende geeignete Persönlichkeit wählen, nöthigenfalls unter Aufhebung der etwa entgegenstehenden Bestimmung der Geschäftsordnung.

Motive:

- 1) Die Protocollführung beeinträchtigt die volle Theilnahme an den Verhandlungen, ist also unvereinbar mit dem Amte des Stadtverordneten.
- 2) Dieselbe ist mit einer zu großen Belästigung verbunden, als daß sie für alle, möglicherweise häufig und in rascher Folge wiederkehrenden Behinderungen des eigentlichen Protocollführers einem der regelmäßig durch anderweite Berufsgeschäfte in Anspruch genommenen Stadtverordneten zugemuthet werden könnte.

Nachdem

Herr Leiste diese Motivirung seines Antrages nochmals des weiteren ausgeführt und zugleich auf die analoge Einrichtung bei der Landesversammlung sich berufen,

der Herr Vorsitzende auch darauf hingewiesen hat, daß §. 45 der Städteordnung nicht zu widerstreiten scheine, da derselbe ausdrücklich zwar nur die dauernde Anstellung des eigentlichen Protocollführers dem Ermessen der Versammlung überlasse, aber kein Grund vorliege, weshalb diese Bestimmung nicht auch auf dessen Stellvertreter übertragen werden sollte;

wird ohne Discussion der Antrag des Herrn Leiste von der Versammlung genehmigt, worauf

der Herr Vorsitzende für die nächste Sitzung Vorschläge in Betreff einer zu dem somit eröffneten Amte geeigneten Persönlichkeit verheißt.

Weiter

schreitet die Versammlung zur Wahl der Commissionen zur Vorberathung der der Versammlung zugehenden Vorlagen sowie der Deputationen zu ihrer Vertretung bei den verschiedenen Geschäften der städtischen Verwaltung. Es werden gewählt:

- 1) zum Deputirten beim Schulvorstande Herr Bode;
- 2) zum Deputirten bei der Armendirection Herr Kellner;
- 3) zum Deputirten beim Kirchen- und Stiftungssachen-Collegium Herr Graß;

- 4) zu Deputirten bei der Pflegehaus-Verwaltung die Herren Flagge und Kellner;
- 5) zu Deputirten beim Stadtbauamte die Herren Graß, Rischbieter, Reuter;
- 6) in die Statutencommission die Herren Aronheim, Ding, Häusler, Leiste, Lissebon, Reck, Rimpau;
- 7) in die Schulcommission die Herren Bode, Halle, Niemeyer, Quenstedt, Bieweg,
da die bei der letzten Wahl im Jahre 1865 beliebte Vermehrung der Arbeitskräfte dieser Commission mit Rücksicht darauf, daß auch in der neuen Wahlperiode bedeutende Vorlagen zu erwarten stehen, auch fernerhin noch wünschenswerth erscheint;
- 8) in die Finanzcommission die Herren Bantler, Gravenhorst, Overlach, Schmidt, von Sackendorff;
9. in die Commission zur Berichterstattung über die einlaufenden Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts die Herren Aronheim, Graß, Haars, Kloss, Nothdurft;
- 10) zu Deputirten für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, nach Maßgabe der durch Beschluß der Versammlung vom 20. September v. J. getroffenen Veränderung des Regulativs, die Herren Flagge, Rischbieter, Schmidt, Westermann;
- 11) in die Commission zur Abschätzung der hiesigen Einwohner für die Communalsteuer, nach einer von dem Herrn Vorsitzenden in Vorschlag ge-
Bertheilung,
 - a. für den Hohenthorsdistrict die Herren Aronheim, Haars, Graß, Schmidt, Westermann;
 - b. für den Wilhelmtorsdistrict die Herren Bode, Ding, Flagge, Kloss, v. Sackendorff,
 - c. für den Augustthorsdistrict die Herren Kellner, Leiste, Overlach, Niemeyer,
 - d. für den Steintorsdistrict die Herren Halle, Reck, Rimpau, Rischbieter,
 - e. für den Wendenthorsdistrict die Herren Bantler, Lissebon, Struck, Bieweg;
 - f. für den Petritorsdistrict die Herren Gravenhorst, Nothdurft, Quenstedt, Reuter;
 und werden zu Vorsitzenden dieser Deputationen und damit zu Mitgliedern der Centralcommission die Herren Graß, Kloss, Kellner, Rischbieter, Lissebon und Nothdurft bestimmt.

12. Die Commission für Abschätzung der hiesigen Einwohner zur Gewerbesteuer bleibt, da noch Nachschätzungen vorzunehmen sind, in ihrem gegenwärtigen die Herren Flagge, Kloss, Overlach, Lissebon umfassenden Bestande einstweilen noch in Thätigkeit.

13) Hinsichtlich der Commission zur Prüfung der Sitzungsprotocolle trägt der Herr Vorsitzende vor, daß es zur Sprache gekommen sei, ob es zweckmäßig, dieselbe noch bestehen zu lassen, oder ob man es nicht, im Interesse der rascheren Veröffentlichung, bei einer Durchsicht durch den Vorsitzenden allein solle bewenden lassen.

Unter Darlegung des in Betracht kommenden Sachverhalts von dem Herrn Vorsitzenden empfohlen, wird der letztere Modus von der Versammlung genehmigt, von der Wahl einer Redactionscommission also abgesehen, und damit die heutige Sitzung geschlossen.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 39. Stücke de 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 14. Februar 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Kronheim, Leiste, Schmidt.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er die eingegangenen Entschuldigungen zur Kenntniß der Versammlung bringt und diese Gelegenheit wahrnimmt an §. 1 der Geschäftsordnung zu erinnern, welcher die Verpflichtung der Mitglieder zum regelmäßigen Besuch der Versammlungen ausspricht.

Nachdem sodann das Protocoll der vertraulichen Sitzung vom 27. December v. J. verlesen und sammt dem der öffentlichen Sitzung desselben Tages genehmigt,

durch den Herrn Vorsitzenden auch die Mittheilung gemacht ist, daß der Herr Assessor Dedekind sich zur Stellvertretung des Protocollführers bei Behinderungen desselben bereit erklärt hat,

verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Magistrats vom 12. Januar, laut dessen Herzogliches Staatsministerium eine Verbindlichkeit der Landesregierung, zu den Kosten der zur Vollenbung der Stadtwasserkunst noch für erforderlich erachteten Neuanlagen beizutragen, als aus dem Vertrage vom 1./10. August 1850 schlechthin folgend nicht anerkannt und der Magistrat nunmehr zum Nachweise der Nothwendigkeit der beabsichtigten weiteren Anlagen und zur Feststellung des Kostenbetrages die erforderlichen Anweisungen an die Direction der Stadtwasserkunst erlassen hat.

Das Schreiben wird zu den Acten genommen, indem die Versammlung weiteren Eröffnungen seitens des Magistrats entgegensteht.

Die Versammlung schreitet sodann zur Ergänzung einiger durch den Austritt früherer Mitglieder unvollständig gewordenen Special-Commissionen und wählt demnach in die Commission für die Vervollendung der Wasserkunst und die Canalisirung der Oker an Stelle des Herrn Uhde Herrn Reck, nachdem

auf die Anfrage des Herrn Visschou: ob es nicht der Sachlage mehr entspreche dürfte, die ganze Commission zu erneuern,

der Herr Vorsitzende mit dem Hinweis geantwortet hat, daß der Gegenstand dieser Commission noch nicht erledigt, in solchem Falle aber bisher immer Uebung gewesen sei, Special-Commissionen auch über die zweijährige Periode hinaus fortbestehen zu lassen.

Einer Ergänzung bedarf ferner die Commission, welcher die Förderung des Projectes einer directen Eisenbahn zwischen Helmstedt und Braunschweig zur Aufgabe gestellt ist. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Desterreich wird in diese Commission der Herr Vorsitzende berufen.

Auf eine Anfrage des Herrn Vorsitzenden ergibt es sich, daß eine dritte Special-Commission, die zur Berathung des von Herrn Leiste eingebrachten Antrages die Herrichtung von Arbeiterwohnungen betreffend, ihre Arbeiten bisher noch nicht hat beginnen können. Der Herr Vorsitzende richtet an dieselbe das Ersuchen, ihre Aufgabe so bald als möglich wenigstens soweit zu erledigen, daß die fragliche Angelegenheit demnächst irgend einen formellen Abschluß gewinne.

Hierauf in die Tagesordnung eintretend berichtet

I. namens der Finanzcommission Herr Bantler über ein Schreiben vom 25. Januar, worin der Magistrat den Antrag stellt, der Interessentschaft des Brunnens auf dem Platze zwischen Sack und Schuhstraße zur Herstellung desselben nach dem Entwurfe des Stadtbaumeisters eine Subvention von 100 M aus städtischen Mitteln zu verwilligen, da aus ästhetischen Rücksichten dabei auch die Stadtgemeinde interessirt sei. In Erwägung dieses Umstandes und weil die Interessentschaft mit dem Opfer, zu welchem sie ihrerseits bereit sei, ihrer Verpflichtung zu genügen scheine, die Stadt also billigerweise ein Uebriges thun müsse, schließt die Commission sich dem Antrage des Magistrats an.

Herr Visschou stellt die Frage, ob der in Rede stehende Brunnen auch gutes Wasser liefere,

Herr Rischbieter: ob es nicht zweckmäßig sein werde, denselben unter die Zahl der öffentlichen Brunnen aufzunehmen, indem hierdurch der Uebelstand wegfallen werde, daß die im Umkreise der Interessentschaft wohnenden Hauseigenthümer auch in dem Falle zu Beiträgen genöthigt seien, wenn sie eigne Brunnen besitzen.

Die erste Frage wird von Herrn Bantler auf das Bestimmteste bejaht, hinsichtlich der andern bemerkt derselbe, daß allerdings dies und jenes für ein dergestalt verändertes Verhältniß zu sprechen scheine, da jedoch hiermit der Stadtcasse eine be-

deutende Last würde aufgebürdet werden; so sehe die Commission sich nicht in der Lage, selber diesen Antrag zu verfolgen.

Die beantragte Verwilligung wird hierauf von der Versammlung ausgesprochen.

II. In einem Schreiben vom 28. Januar beſchwortet der Magistrat die Anſtellung eines neuen Schreibers für die Stadtkasse gegen eine Gratification von 10 P monatlich, weil theils durch den Anwachs der Steuerpflichtigen, theils durch die immer mehr in Raten erfolgenden Steuereinzahlungen die Arbeitskräfte, welche der Stadtkasse bisher zur Verfügung gestanden, nicht mehr ausreichen, um die Geschäfte so pünktlich zu erledigen, wie es im öffentlichen Interesse gewünscht werden müsse.

Von der Finanz-Commission, für welche Herr Overlach berichtet, aus eben diesen Erwägungen empfohlen, wird der Magistratsantrag von der Versammlung genehmigt.

Ferner

III. berichtet gleichfalls für die Finanzcommission Herr Overlach über einen unter gleichem Datum eingegangenen Antrag des Magistrats auf Erhöhung der seit 1853 verwilligten Subvention zur Herausgabe des hiesigen Adressbuches. Da nämlich in Folge zeitgemäßer Verbesserungen die Herstellungskosten des Adressbuches sich in den letzten Jahren nicht unerheblich vergrößert haben, ohne daß zugleich die Zahl der Abnehmer entsprechend gewachsen wäre, hat Herzogliche Polizei-Direction das bezügliche Gesuch der Verlagshandlung unterstützt und unter der Erklärung, daß sie zu einer Erhöhung ihres Beitrags von 50 auf 75 P geneigt sei, eine gleiche Verwilligung seitens der Stadt in Vorschlag gebracht. Der Magistrat hat sich durch zweckdienliche Informationen auch seinerseits überzeugt, daß ein solcher Zuschuß durchaus der Billigkeit entspreche; hinsichtlich der von Herzogl. Polizei-Direction gestellten Bedingung dagegen, daß das Adressbuch künftig bis spätestens zum 15. Januar jedes Jahres erscheine, ist ihm von kundiger Seite der Nachweis geworden, wie die Erfüllung derselben allerdings wohl in Ansehung des Namens-Verzeichnisses der hiesigen Einwohner, nicht aber auch in Ansehung des Verzeichnisses der verschiedenen Staats- und Communal-Beamten möglich sei, da die hierzu erforderlichen Mittheilungen der betreffenden Behörden nicht rechtzeitig einlaufen.

Auch die Commission empfiehlt diese Bewilligung und wird dieselbe demnach von der Versammlung ausgesprochen.

IV. Durch ein Schreiben vom 28. v. Mts. setzt der Magistrat die Versammlung von den Schritten in Kenntniß, welche er in Folge des Beschlusses vom 21. December 1865 gethan hat, um die Anstellung eines Thurmwächters und die Anlegung von elektromagnetischen Drahtleitungen zwischen den zum Behuf des Feuerlöschwesens in Betracht kommenden Punkten der Stadt zu ermöglichen. Nachdem nämlich durch Anschläge des Stadtbaumeisters und des Commandeurs der Gesamtfeuerwehr die Kosten der Einrichtung eines Wächterlocals auf dem Catharinenthurm auf 800 P , die der Drahtleitungen auf 1450 P festgestellt worden, hat der Magistrat die Agenten sämtlicher auswärtigen Feuerversicherungsanstalten, Herzogl. Finanzcollegium wegen der Landesbrandversicherung, Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction, Herzogl. Hof-Theater-Intendantur und die hiesigen Fabrikbesitzer zur Erklärung über einen von ihnen zu leistenden jährlichen Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung des Thurm-

wächters aufgefordert. Leider nur mit sehr mangelhaftem Erfolge. Von sämmtlichen auswärtigen Feuerversicherungsgesellschaften ist jede Leistung zu diesem Zwecke abgelehnt, und nur für die Aachen-Münchener Gesellschaft ist dadurch ein jährlicher Beitrag von 50 \mathcal{P} erlangt, daß Herzogl. Staats-Ministerium einen solchen aus den von jener Gesellschaft an die Landesregierung gezahlten Jahresüberschüssen bis auf weiteres verwilligt hat. Von Herzogl. Finanzcollegium ist eine Antwort nicht erfolgt, so daß anzunehmen, Herzogl. Staats-Ministerium werde eine fernere Bewilligung aus Landesmitteln nicht eintreten lassen. Die Eisenbahn- und Post-Direction sowie die Hof-Theater-Intendantur haben jede Betheiligung abgelehnt, ebenso einige der hiesigen Fabrikbesitzer, während viele gar nicht geantwortet und nur die Herren Schrader und Flagge, Bieweg und Sohn und George Westermann je 10, Herr Julius Krampe 5 \mathcal{P} jährlich beizutragen sich bereit erklärt haben. Bei dieser geringen Theilnahme der in erster Linie Interessirten hat der Magistrat den Plan der Anstellung eines Thurmwächters nicht weiter verfolgt, da das allgemeine Interesse die Uebernahme der dadurch fortwährend entstehenden Kosten auf die Stadtkasse nicht hinlänglich zu motiviren scheint, überdies aber auch mit Recht auf eine spätere Betheiligung der vorerwähnten Parteien zu hoffen steht, wenn diese als Bedingung jener Maßregel festgehalten wird. Inzwischen ist beim Magistrate ein Bericht des Directors Reuter eingegangen, in welchem die Herstellung elektromagnetischer Leitungen zwischen der Stadtwasserkunst, der Polizeidirection, den Spritzenhäusern im Hagenscharren und im Neustadt-Rathhause und der Wohnung des Commandeurs der Feuerwehr als unter allen Umständen dringend nothwendig dargestellt wird, damit beim Ausbruche eines Feuers von jedem Punkte, an den die Nachricht zuerst gelangt, nach allen für die Löschung wichtigen Stellen, namentlich nach der Stadtwasserkunst, sofort Meldung geschehen könne. Der Magistrat hat die Richtigkeit der hervorgehobenen Gründe anerkannt, und in der Ueberzeugung, daß diese einseitige Anlage der spätern Anstellung eines Thurmwächters nicht nur nicht hinderlich sein, sondern selbst äußerst zu Statte kommen werde, bei Herzogl. Staats-Ministerium angefragt, ob dasselbe zur Uebernahme der Hälfte des Kostenbetrages, welcher für die gegenwärtig in's Auge gefaßten Strecken auf 1200 \mathcal{P} festgestellt ist, bereit sei. Nachdem von dieser Seite die gewünschte Zusage ergangen ist, giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich mit der gedachten Anlage einverstanden zu erklären und eine entsprechende Bewilligung eintreten zu lassen.

Herr Bautler, welcher über diesen Antrag namens der Finanzcommission berichtet, bemerkt, daß, nachdem das Materielle dieser Angelegenheit durch frühere Beschlüsse bereits erledigt worden sei, es sich gegenwärtig allerdings vornehmlich um den Kostenpunkt handeln werde. Gleichwohl sei die Commission anfangs unschlüssig gewesen, ob es rathsam, auf diesen einseitigen Antrag einzugehen, zumal da es zweifelhaft erschienen, welche von beiden Maßregeln man als die nothwendigste ansehen solle. Schließlich jedoch habe die Erwägung, daß vor allem nur erst einmal ein Anfang zu machen sei, für die Annahme des vorgelegten Projectes um so mehr entscheiden müssen, als dessen Ausführung die Anstellung eines Thurmwächters nothwendig zur Folge haben werde. Die Commission könne demnach die Annahme der Magistratsproposition nur empfehlen.

Un das zuletzt geltend gemachte Motiv anknüpfend hebt Herr Reuter besonders hervor, daß ein Thurmwächter schon deswegen ganz unentbehrlich sei, weil die bei

der Feuerlöschung theilhaftigen Personen über die ganze Stadt zerstreut wohnen, ihre Zusammenberufung also nur durch Anschlag der Glocken möglich sei. Wenn die Fabrikbesitzer ihre Theilnehmung versagt, so sei dies kein Beweis, daß dieselben die Anstellung eines Thurmwächters nicht gleichfalls für höchst wünschenswerth hielten. Seiner Ansicht nach hätte die Landesbrandcasse in anderer Weise als dies geschehen, angeregt werden sollen: dann würde wahrscheinlich auch den übrigen Schritten der Erfolg nicht gefehlt haben und die ganze Einrichtung hätte jetzt erledigt sein können. Da dies nun aber nicht erreicht, so halte er es für die Pflicht der Versammlung, auf den einstweilen modificirten Plan einzugehen. Der Herr Redner weist dessen unumgängliche Nothwendigkeit nach, indem er die in Betracht kommenden Einrichtungen der Stadtwasserkunst darlegt und namentlich anführt, daß bei dem für nothwendig erachteten abendlichen Verschuß des Zuganges zum Maschinenhause und der Unmöglichkeit, den wirksamen Wasserdruck unaufhörlich zu überwachen, verhängnißvolle Zeitverluste eintreten können, wenn nicht von jedem ausbrechenden Feuer sofort schnelle und sichere Nachricht zur Stadtwasserkunst gelange. Dazu aber seien eben die elektromagnetischen Leitungen unumgänglich erforderlich, welche denn auch schon bei Anlage des Werkes mit vorgesehen worden.

Auf die Anfrage des Herrn Lissebon: ob der vorgelegte Kostenanschlag unter Zuziehung von Technikern angefertigt worden,

ertheilt Herr Reuter befriedigende Auskunft,

welcher Herr Bantler noch die Bemerkung hinzusetzt, daß die Differenz zwischen der früher und der jetzt veranschlagten Summe (250 \mathcal{F}) ihre Erklärung eben in dem Umstande finde, daß nach dem gegenwärtigen Plane die Leitung nicht bis zum Catharinenthurm fortgesetzt werden solle;

und wird darauf der Magistratsantrag unter Verwilligung der veranschlagten Mittel genehmigt.

V. In einem erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Schreiben des Magistrats vom 11. d. Mts. sind neue Vorschläge desselben in Betreff des Brunnens auf dem Kohlmarke an die Versammlung gelangt. Nachdem nämlich am 8. März v. J. die Versammlung sich mit der Restauration desselben einverstanden erklärt und zu diesem Zwecke 1200 \mathcal{F} zur Disposition gestellt hatte, sind die Kosten dafür durch einen genaueren Anschlag des Stadtbaumeisters auf 1800 \mathcal{F} festgestellt, inzwischen aber auch in hiesigen Künstlerkreisen lebhaft die Frage ventilirt worden, ob bei einer so bedeutenden Aufwendung nicht die Anlage eines neuen Brunnens das zweckmäßigere sein werde. Der Magistrat hat sich dadurch veranlaßt gefunden, die Angelegenheit dem hiesigen Kunstclub zur Begutachtung vorzulegen, und ist alsdann von dieser Seite der Vorschlag gemacht, unter den braunschweigischen Architekten und Künstlern eine Concurrenz zur Aufstellung eines neuen Planes auszuschreiben. Der Stadtbaumeister, obwohl noch immer der Ansicht, daß, wenn keine erheblich größere Geldsumme aufgewendet werden solle, die Restauration des alten Brunnens das zweckmäßigste bleiben werde, hat gleichwohl die Concurrenzbedingungen aufgestellt, in welchen auf Verlangen des Magistrats die aufzuwendende Summe auf 2000 \mathcal{F} beschränkt, und für den Plan, welchem ein aus dem Stadtbaumeister und einigen an der Concurrenz theilhaftigen Künstlern zu bildendes Schiedsgericht den Preis zuerkennen wird, eine

Prämie von 100 fl ausgesetzt ist. Für diese Maßregel und die aufgestellten Bedingungen sucht der Magistrat nun die Zustimmung der Versammlung nach.

Herr Bantler als Referent der Finanzcommission fügt unter Hinweisung auf den der Versammlung im Entwurfe vorliegenden Restaurationsplan des Stadtbaumeisters hinzu, daß, wenn schon dieser nach den mehrfach laut gewordenen Urtheilen den vollen Beifall der Versammlung zu finden scheine, und den Ausstellungen, welche von den unzweckmäßig hohen Wasserbecken des alten Brunnens hergenommen werden, durch einfache Vorkehrungen zu begegnen sein dürfte, die Concurrenz nichts desto weniger vielleicht gerathen sei, und zwar als einziges Mittel, darüber, ob für die aufzuwendende Summe etwas besseres zu haben sei, in's Klare zu kommen und somit allen späteren Vorwürfen zu entgehen. Aus den Acten freilich scheine zur Evidenz hervorzugehen, daß ein ganz neuer Brunnen von einigermaßen würdigen Formen viel theurer werde zu stehen kommen.

Herr Gravenhorst glaubt, daß kein Grund sei, von dem vorliegenden Plane des Stadtbaumeisters abzugehen, da dieser nicht nur mit den Umgebungen des Platzes vollkommen im Einklange stehe, sondern auch an sich in hohem Grade ansprechend sei.

Desgleichen giebt auch Herr Bieweg anheim, es lediglich bei diesem Plane bewenden zu lassen, indem er zu fernerer Unterstützung desselben noch anführt, daß unter allen Umständen alte Bauwerke möglichst zu erhalten seien, und dies im vorliegenden Falle nach Allem was man höre, zugleich auch das Billigste sein werde.

Herr Bantler bemerkt in Betreff der Bassins, daß ihm persönlich die Höhe derselben, wie sie der alte Brunnen aufweise, eher ein Vorzug als ein Nachtheil zu sein scheine, da niedrigere, wie man es am Brunnen auf dem Hagenmarke beobachten könne, nur zu leicht gemißbraucht werden. Ueberdies scheine auch die geringe Differenz zwischen der zuerst vom Stadtbaumeister veranschlagten und der später vom Magistrate festgestellten Summe wenig Chancen zur Erzielung eines bessern Brunnens zu bieten, und würde demnach Redner persönlich gern dafür stimmen, die zur Prämie ausgesetzten 100 fl zu sparen.

Herr Häusler weist dem entgegen darauf hin, daß nachdem bereits die Entscheidung zu Gunsten dieses Planes ausgefallen, das vorhandene Material sich als durchaus abgängig ausgewiesen habe. Müsse derselbe demnach doch zum Theil von Grund aus erneuert werden, so scheine die Form in ästhetischer Hinsicht nicht so hervorragend, daß sie unter allen Umständen erhalten werden müsse. Gegen die beabsichtigte Concurrenz werde also nach dieser Seite nichts Erhebliches einzuwenden sein. Dagegen hege er einige Bedenken gegen die Concurrenzbedingungen. Einmal nämlich seien dieselben so formulirt, als solle auf jeden Fall etwas durchaus Neues geschaffen, die Idee des Stadtbaumeisters also, an das Bestehende anzuknüpfen, völlig ausgeschlossen werden. Da dies nicht wohl die Absicht sein könne, so gebe er anheim, diese Bestimmung entsprechend abzuändern. Sodann ergehe der Aufruf an die Künstler der Stadt und des Landes. Wolle man aber diese Angelegenheit als eine rein städtische aufgefaßt wissen, so werde man besser demgemäß auch den Aufruf beschränken; wolle man ihr dagegen eine allgemeinere Betheiligung zuwenden, so dürfte es ange-

messen sein, die Concurrenz nicht auf das Land zu beschränken. Wie die Sache liege, scheine ersteres, vorzuziehen. Endlich könnten bei der in's Auge gefaßten Zusammen-
setzung des Schiedgerichtes die städtischen Behörden möglicher Weise in die Lage kommen, 100 R lediglich für einen Plan auszugeben, von dessen Ausführung man hinterher aus vorwiegenden Rücksichten anderer Art absehen müsse. Zur Vermeidung dieses Uebelstandes sei zu empfehlen, bei Ertheilung der Prämie den Gesichtspunkt maßgebend sein zu lassen, ob das Project nach eingeholtem Gutachten der Sachverständigen des Magistrats zur Ausführung bestimmt werden könne.

Herr Reuter für die Magistratsproposition: wie die Sache einmal vorgeschritten: werde man kaum umhin können, dieselbe zu genehmigen. Der Zweck, welcher die alte Form des Brunnens hervorgerufen habe, der nämlich, stets eine größere Wassermenge in Vorrath zu halten, sei durch die Stadtwasserkunst hinfällig geworden, jetzt also die dagegen erhobenen Ausstellungen doch wohl nicht ganz ohne Grund. Zu dem allen komme dann noch, daß es jetzt, nachdem die Sache einmal öffentlich ventilirt worden, für den Stadtbaumeister selbst kaum angenehm sein könne, wenn die Versammlung einen abweichenden Beschluß fasse. Die Bedenken des Herrn Vorsitzenden gegen die Zulassung von Architekten des Landes werde sich im Hinblick auf die Thatsache erledigen, daß darunter viele nur zeitweilig an andern Orten verwandte Stadtkinder sich befinden, denen man Gelegenheit geben wolle, ihre Theilnahme für die Vaterstadt zu bethätigen. Doch werde es, soweit Redner sehe, keinerlei Bedenken haben, den Ausruf ganz allgemein zu erlassen, da ohnehin von weither kaum eine Bewerbung eintreten werde.

Für die Magistratsproposition event. für die Herstellung eines neuen Brunnens spricht sich Herr Graß aus, besonders mit Rücksicht darauf, daß auch in der Umgebung des Kohlmarktes manches sich ändern werde, und nicht einzusehen sei, warum nicht unsere Zeit gleichfalls Denkmale ihres Geschmacks hinterlassen sollte.

Der Herr Vorsitzende schließt sich der von Herrn Reuter vorgeschlagenen Fassung der beantragten Modification an,
und werden hierauf mit dieser und den beiden anderen die Magistratsvorschläge angenommen.

VI. Nach einem Magistratschreiben vom 13. d. Mts. haben die Anwohner des südlich vom Gaswerke belegenen Theils der Straße hinter dem Bahnhofe die Belegung derselben mit Gasröhren beantragt und die Kosten der Aufstellung von Can-
delabern der observanzmäßigen Bedingung zufolge aufgebracht. In Anbetracht, daß der durch diese Erweiterung zu erzielende Gasconsum deren Kosten, welche ausschließlich der dabei zu Verwendung kommenden alten Röhren auf 760 R 10 g veranschlagt sind, voraussichtlich in wenigen Jahren decken wird, ist der Magistrat geneigt, jenem Antrage zu willfahren, und giebt der Versammlung einen gleichen Beschluß anheim.

Herr Bantler als Referent der Finanzcommission bezeichnet als deren Auffassung die, daß jede durch Ausdehnung der Stadt bedingte Erweiterung des Gasröhrennetzes

als ein Schritt weiter zu größerer Rentabilität der Anstalt mit Freuden zu begrüßen sei, und daß vollends in Fällen, wo eine so rasche Amortisirung des Anlagecapitals wie hier mit Sicherheit vorauszusehen sei, die Zustimmung der Versammlung kaum noch zweifelhaft sein könne.

Dem entsprechend genehmigt die Versammlung den Antrag des Magistrats,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts.

(Beilage zum 114. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 61. Stücke de 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 5. April 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bode, Ding und Nothdurft.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er den durch Behinderung des Herrn Overbürgermeisters und mehrerer Stadtverordneten veranlassten Aufschub der Versammlung von gestern auf heute entschuldigt.

Nachdem die Versammlung das Protocoll vom 14. Februar genehmigt hat, macht der Herr Vorsitzende die Mittheilung, daß der Magistrat laut Schreibens vom 15. v. Mts. mit den in vertraulicher Sitzung am 10. ejusd. gefaßten Beschlüssen: die Genehmigung dazu zu ertheilen, daß Herr Overbürgermeister Caspari die Wahl zum Director der hiesigen Bank auf ein weiteres Jahr annehme, und nach Ablauf dieses Jahres vom 1. Januar 1868 an dessen Gehalt auf 3000 \mathfrak{f} zu erhöhen, sich einverstanden erklärt hat.

Hierauf verliest der Herr Vorsitzende ein beim Magistrate eingegangenes Schreiben der Herzoglichen Polizei-Direction, in welchem diese hinsichtlich der am 18. September 1865 und 22. November 1866 gestellten Anträge des Herrn Schmidt die Erklärung abgibt, daß Herzogliche Polizei-Direction Concerte und Schaustellungen, welche, ohne höhern Werth, lediglich eine Beförderung des Wirthshausbesuches

bezwacken, allerdings nur an theaterfreien Abenden gestatte und gestatten könne, da andernfalls bei dem starken Andrang der hiesigen Gast- und Schenkwirthe um solche Erlaubniß die zur Verfügung stehenden Kräfte nicht ausreichen würden, überall die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; daß dagegen Herzogliche Polizei: Direction in der Regel keine Veranlassung finden werde, Aufführungen oder Vorlesungen von wirklich wissenschaftlichem oder künstlerischem Werthe irgendwie zu beschränken. Die Meinung, daß dabei seitens der Herzoglichen Polizei: Direction ungebührliche Rücksichten auf das Interesse des Herzoglichen Hoftheaters genommen werde, könne nur durch eine ältere Ministerialverfügung hervorgerufen sein, welche Unternehmungen der bezeichneten Art von der Zustimmung der Intendantur des Herzoglichen Hoftheaters abhängig machte. Um ähnlichen Mißdeutungen für die Zukunft zu begegnen, sei diese Verfügung nunmehr von Herzoglichem Staatsministerio auf Antrag der Polizei: Direction zurückgenommen.

Die Versammlung nimmt diese Erklärung zu den Acten.

Indem der Herr Vorsitzende dann über einen Magistratsantrag auf Verwilligung eines Beitrags von je 25 ₰ zu den Kosten der Auswanderung dreier gemeindeangehöriger Corrigenden berichtet, regt derselbe das Bedenken an, ob es sachgemäß sein würde, diese noch in sehr jugendlichem Alter stehenden Personen ohne alle Aufsicht und Controle der Auswanderung zu überlassen. Der Herr Vorsitzende giebt demnach der Versammlung anheim, die angeforderte Verwilligung nur unter der Bedingung auszusprechen, daß seitens der Polizeibehörde Anstalten zur Ueberwachung der drei Auswanderer getroffen werden können.

Herr Aronheim spricht sich gegen die Verwilligung überhaupt aus, da polizeiliche Ueberwachung jenseits des Oceans eine Unmöglichkeit sei, drei unmündige Menschen aber dem wahrscheinlichen Verderben preiszugeben gewissenlos sein würde, um so mehr, als dem Staate in der Correctionsanstalt zu Beuern ein Mittel zu Gebote stehe und zugleich die Verpflichtung obliege, dieselben auf sichererem Wege einem gesetzwidrigen Lebenswandel zu entziehen.

Nachdem auf die Anfrage des Vorsitzenden, welche Mittel etwa zu Gebote ständen, jene für nöthig erachtete Aufsicht zu bewirken?

der Herr Oberbürgermeister Caspari die Möglichkeit einer solchen gleichfalls bezweifelt hat,

schließt der Herr Vorsitzende sich dem Antrage des Herrn Aronheim an, die Verwilligung nicht zu gewähren, und wird dieselbe dann von der Versammlung abgelehnt.

Gemäß der Tagesordnung

I. berichtet Herr Schmidt für die Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 18. v. Mts. laut dessen die Anwohner der Biewegsstraße um Herstellung einer offenen Gasse zur Ableitung sowohl des Spülwassers als auch des Regenwassers nachgesucht und sich bereit erklärt haben, zu den auf 60 ₰ veranschlagten Kosten 20 ₰ beizutragen. Der Magistrat anerkennt derartige Anlagen an den Straßen vor den Thoren im öffentlichen Interesse wie im Interesse der Anwohner für sehr wünschenswerth, hält auch den angebotenen Beitrag für angemessen und demnach die

Bewilligung des fraglichen Gesuches für unbedenklich, falls die Interessenten sich verpflichten, die Gasse wieder zu beseitigen und Senkgruben auf ihren Grundstücken anzulegen, sobald die Ansammlung des Wassers in dem am Nordende des Salzdammlumweges entlang ziehenden Graben — welcher ohne Vorflut ist und zufolge des Einspruchs der Herzoglichen Baudirection in den Graben der Campestraße nicht abgelenket werden darf — zu Beschwerden seitens der Eigenthümer der angrenzenden Gärten Veranlassung giebt. Unter dieser Bedingung also empfiehlt der Magistrat die Anlage der fraglichen Gasse zu genehmigen und die erforderlichen 40 \mathcal{R} aus der Stadtcasse zu verwilligen.

Die Commission dagegen ist der Meinung, daß bei Abführung von Spülwasser Unzuträglichkeiten in keiner Weise zu vermeiden seien, da der aufnehmende Graben nicht im Stande sein werde, dasselbe aufzusaugen. Die Commission giebt daher der Versammlung anheim, den Magistratsantrag in seiner gegenwärtigen Form abzulehnen, hingegen die Gesamtkosten der Anlage zu verwilligen unter der Bedingung, daß die Anwohner der Biewegsstraße veranlaßt werden können, von vornherein auf die Ableitung des Spülwassers zu verzichten und Senkgruben anzulegen.

Bei Beginn der Discussion

weist der Herr Oberbürgermeister Caspari zunächst darauf hin, daß Verlegenheiten, wie eine solche der Stadt durch den vorliegenden Antrag erwache, bei den zunehmenden Anbauten vor den Thoren und dem unleugbaren Bedürfniß, sowohl das Spülwasser als auch das Regenwasser von den Grundstücken abzuführen, sich voraussichtlich noch öfter wiederholen werden. Ueberlasse man, wie bisher, die Angelegenheit sich selbst, so werde mehr und mehr die Folge sein, daß beiderlei Wasser in die Straßen fließe und diese versumpfe und verpeste. Allerdings würde nun das Wünschenswerthe sein, Spülwasser überhaupt von den Straßen fern zu halten, nur sei leider nicht abzusehen, wie dies erreicht werden solle. Gegen die Verpflichtung der Grundbesitzer zur Anlage von Senkgruben spreche theils die Thatsache, daß letztere an sich unzulänglich seien, theils daß eine derartige Auflage voraussichtlich werde umgangen werden. Auf den Promenaden zwar dürfe nicht einmal Regenwasser in die Straße geführt werden; aber dort sei in den Umfluthgräben fast überall ein bequemer Abfluß dargeboten, während vor den Thoren die Leute positiv nicht wissen, wo mit dem Wasser bleiben. Dennoch habe der Magistrat, um dem Verderbe der öffentlichen Wege zu steuern, sich mit Herzoglicher Polizei-Direction in's Einvernehmen gesetzt; allein bei dieser Gelegenheit habe sich herausgestellt, daß betreffende Vorschriften für die Straßen außerhalb der Thore überhaupt nicht existiren, polizeiliches Einschreiten also unmöglich sei. Sonach bleibe nichts übrig, als auf dem durch den Magistratsantrag eingeleiteten Wege Abhilfe zu treffen. Wenn es ein Uebelstand, daß die Stadt durch die Anbauten vor den Thoren zu Maßregeln gezwungen werde, denen sie ohne dies wahrscheinlich fern geblieben wäre, so sei andererseits doch der Vortheil in Anschlag zu bringen, welchen eben jene Anbauten der Stadt eintragen. Demnach empfiehlt der Herr Oberbürgermeister die Annahme der Magistratsproposition besonders auch mit Rücksicht darauf, daß durch den Beitrag der Anwohner ein Präcedenz geschaffen werde, welches die städtischen Behörden ähnlichen Anträgen gegenüber werde geltend machen können.

Auch Herr Graß ist der Meinung, daß die Stadt den Gemeindegossen vor den Thoren behilflich sein müsse, sowohl das Spülwasser als auch das Regenwasser zu beseitigen. In dem gegenwärtigen Falle aber werde durch Anlage einer Gasse nichts gebessert werden, wenn nicht der zur Aufnahme der Abgänge bestimmte Graben mit dem zur Wolfenbüttler Straße führenden in Verbindung gesetzt werde. Bis dies erreicht scheine es gerathen, die Anlage nicht zu verwilligen und ebenfowenig die Abführung von Spülwasser in jenen Graben zu gestatten.

Herr Reck erörtert die Unzweckmäßigkeit der Senkgruben. Die Fähigkeit des Bodens, Spülwasser aufzunehmen, sei sehr beschränkt; üble Ausdünstungen von Senkgruben würden nur dadurch zu vermeiden sein, daß man sie alle vier Wochen und häufiger ausbringen lasse; wahrscheinlich also würde die Verpflichtung, dergleichen anzulegen, nur die Folge haben, daß statt einer überriechenden Gasse, auf jedem der betreffenden Grundstücke eine ebenso unzutragliche Senkgrube entstehe.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt anheim, einen Beschluß dahin zu fassen, daß die Magistratsproposition auf den Fall genehmigt sein solle, wenn der Magistrat sich mit Herzogl. Baudirection über einen Abfluß des Grabens am Nordende des Salzthalerweges verständigen könne.

Die Commission erklärt sich mit dem so modificirten Vorschlage einverstanden, und wird derselbe hierauf auch von der Versammlung genehmigt.

II. Ein Magistratschreiben vom 24. März legt dar, wie der beabsichtigte Neubau des sub A. 2 ord. 23 am Bohlwege und Langenhofe belegenen Hauses des Kaufmanns Lundenberg dem Stadtbauamte Veranlassung gegeben hat, zu erwägen, in wie weit bei dieser Gelegenheit mit Regulirung der letztgenannten Straße ein Anfang gemacht werden könne. Eine vollständige Regulirung würde, nach Ausweis des Situationsplans, sehr erhebliche Abtretungen vom Areal der Häuser auf der Südseite des Langenhofes, und, da schon der Eigenthümer des gedachten Hauses, von welchem 230 □ Fuß der Straße zuzulegen wären, mit einer Forderung von 25 fl pro □ Fuß vorangegangen ist, einen unverhältnißmäßigen Kostenaufwand erfordern. Das Stadtbauamt hat daher geglaubt, von der Herstellung einer graden Fluchtlinie absehen und lediglich die Erzielung einer regelmäßigen Linie in's Auge fassen zu müssen. Zu diesem Zwecke ist die Beseitigung einer Ausbuchtung erforderlich, mit welcher das Haus des Kaufmanns Lundenberg in den Langenhof vorpringt. Herr Lundenberg hat sich bereit erklärt, den Raum dieser Ausbuchtung, 41 $\frac{1}{2}$ □ Fuß, gegen eine Vergütung von 500 fl zur Straße abzutreten. In Anbetracht daß eine Expropriation, abgesehen von der Unannehmlichkeit einer solchen Maßregel, schwerlich ein günstigeres Resultat ergeben würde, beantragt der Magistrat Genehmigung dieses Ankaufs.

In der Finanzcommission, für welche Herr Bantler berichtet, hat dagegen die Ansicht überwogen, daß eine Verbreiterung des Langenhofes und demgemäß die Herstellung einer graden Fluchtlinie unter allen Umständen das wünschenswerthere sei und daß dafür auch weitgehende Zugeständnisse gerechtfertigt erscheinen würden. Müsse nun auch die ursprüngliche Forderung Herrn Lundenbergs für zu hoch erachtet werden, so werde dieser, mündlicher Erklärung nach, nunmehr allensfalls bereit sein, dieselbe auf 3000 fl zu ermäßigen, ein Preis, welchen man nicht zu hoch nennen könne, zumal wenn man erwäge, daß für den Eigenthümer bei einer Abtretung von 230 □ Fuß

die Nöthigung eintrete, auch sein am Bohlwege belegenes Nebenhaus in den Neubau hineinzuziehen. Allerdings aber würde auch nach dieser Erwerbung eine wirklich gute Fluchtlinie nur dann zu erzielen sein, wenn das westliche Nachbarhaus auf dem Langenhofes gleichfalls mit in den Bauplan aufgenommen würde, während andernfalls dasselbe etwa 3 Fuß vorspringen und somit für die Folge ähnliche Verhandlungen und neue Opfer unvermeidlich sein würden. Demnach empfiehlt die Commission der Versammlung, dem Kaufmann Lundenberg für das abzutretende größere Terrain eine Entschädigung von 3000 fl unter der Bedingung zu verwilligen, daß er das bezeichnete Nachbarhaus anzukaufen und ohne weitere Entschädigung in die vorzuschreibende grade Fluchtlinie zu rücken sich bereit erkläre.

Dem gegenüber motivirt der Herr Oberbürgermeister Caspari, unter Recapitulation der stattgehabten Verhandlungen, den Standpunkt des Magistrats. Von Anfang an sei derselbe von der Erwägung ausgegangen, was in diesem Falle ohne einen übermäßigen Kostenaufwand sich erreichen lasse. Mit dem Stadtbauamte aber sei der Magistrat der Meinung, daß einerseits der seiner Zeit für die Abtretungen an der Schuhstraße verwilligte Preis hier nicht maßgebend sein könne, und daß andererseits die Stadt keine Veranlassung habe, in diesem Falle solche Opfer zu bringen. Und in der That, die Wichtigkeit des Langenhofes richtig angeschlagen, werde man zu dem Schlusse kommen müssen, daß eine Verbreiterung desselben nicht durch ein Bedürfnis, sondern lediglich durch die Rücksicht auf Verschönerung geboten erscheine; eine solche aber würde mit 3000 fl unfreiwillig zu hoch bezahlt sein. Dazu komme dann noch, daß, auch auf dem von der Finanzcommission vorgeschlagenen Wege, für lange Zeit dennoch keine Regelmäßigkeit der Straße zu erreichen wäre, und daß bei jedem ferneren Neubau die Stadt zu neuen Opfern genöthigt sein würde. Dagegen habe die Aufwendung einer kleineren Summe zur Abhilfe eines wirklichen Uebelstandes, wie jene Ausbuchtung des Lundenberg'schen Hauses einer sei, wohl zu empfehlen geschienen und dafür sei 500 fl nicht zu viel, zumal, wie schon im Magistratschreiben ausgeführt worden, bei einer Expropriation das Resultat der Abschätzung sich im Voraus nicht übersehen lasse. Falls jedoch die Versammlung hierin anderer Meinung sei, so werde der Magistrat auch gegen ein Expropriationsverfahren keine Einsprache erheben.

Herr Bantler anerkennt, daß ein unumgängliches Bedürfnis zur Verbreiterung des Langenhofes nicht vorliege. Principiell aber glaube die Finanzcommission empfehlen zu sollen, in jedem Falle die möglichst große Ausweitung der Straßen in's Auge zu fassen, und in diesem Falle liege auf der Hand, daß wenn das Lundenberg'sche Haus einmal auf ungünstiger Fluchtlinie wieder aufgebaut sei, zum Langenhofes nur noch auf der anderen Seite zuzulegen möglich sein werde. Die vom Magistrate beforgten fernerweiten Schwierigkeiten anlangend, so können dieselben nach Hereinziehung des nächsten Nachbarhauses, welche auch der Commissionsantrag zur Bedingung mache, keinesfalls erheblich sein, da weiterhin Terrain von der Straße abzugeben, nicht hinzuzukaufen sei.

Herr Leiste, aus den vom Herrn Oberbürgermeister entwickelten Gründen gegen den Commissionsantrag sich aussprechend, hält zugleich auch dafür, daß die Beseitigung des Anbaues am Lundenberg'schen Hause mit 500 fl zu theuer erkaufte sein würde.

Herr Graß bekennt sich mit der Commission darin einverstanden, daß eventuell

die möglichste Ausweitung der Straßen zu erstreben sei, glaubt jedoch, daß so bedeutende Opfer wie hier erforderlich wären, nur bei nachweislicher Nothwendigkeit gerechtfertigt sein würden, in diesem Falle also der Commissionsantrag abzulehnen sei. Dagegen hält Redner die vom Magistrate befürwortete Entschädigung für angemessen und der Billigkeit entsprechend, obschon immerhin Herr Lundenberg sich möglicherweise durch seinen eigenen Vortheil könnte bewogen finden, beim Neubau seines Hauses eine regelmäßige Fluchtlinie inne zu halten.

Der Herr Vorsitzende für den Commissionsantrag. Die Wichtigkeit des Langenhofes für den Verkehr sei nicht zu unterschätzen: durch seine Lage, als mittlere der drei aus den westlichen Stadttheilen zum Bohlweg führenden Passagen, sei er ganz geeignet, eine sehr frequente Straße zu werden; daß er dies noch nicht sei, habe seinen Grund nur in seiner unbequemen Beschaffenheit. Könne er mit Aufwendung von 3000 fl nicht passirbar gemacht werden, so werde selbst ein noch größeres Opfer nicht zu scheuen sein; die geringe Ausweitung dagegen, welche die Magistratsproposition in's Auge fasse, würde auch mit 500 fl zu theuer erkauft werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt letzteres unbedingt zu: wolle man den Langenhof erweitern, so müsse ein Zurücktreten sämmtlicher Häuser der südlichen Reihe angestrebt werden, und zu diesem Behuf würde allerdings jede nicht über alles Maß hinausgehende Aufwendung gemacht werden. Allein von einem Erweiterungsplan sei überall sowohl der Magistrat als auch das Stadtbauamt zurückgekommen, da ein solcher durch ein Bedürfniß des Verkehrs nicht geboten erscheine. Es handle sich jetzt lediglich darum, ob man den Neubau des Lundenberg'schen Hauses auf einer äußerst unangenehm in's Auge fallenden Fluchtlinie gestatten, oder diese nach Maßgabe der Bauordnung wegschaffen wolle. Entscheide man sich für letzteres, so müsse in nothwendiger Consequenz auch eine Entschädigung gewährt werden, wobei dann allerdings zur Wahl stehe, ob man die vom Magistrate befürwortete Summe ohne weiteres verwilligen oder es auf eine Abschätzung ankommen lassen wolle. Wenn seitens der Commission neue Verhandlungen zur Erzielung einer weiter zurücktretenden Fluchtlinie und eventuell die Verwilligung einer größeren Entschädigung vorgeschlagen werde, so sei dies — allerdings von einem andern Standpunkte aus als den die Magistratsvorlage einnehme — immerhin sachgemäß; wolle man aber auf diesem Wege nicht vorgehen, so werde nichts übrig bleiben, als die Anträge des Magistrats zu genehmigen.

Herr Lissebon weist darauf hin, daß bei der Enge des Durchgangs am Nordostende der Burgkirche der Langehof immerhin für Fußgänger, schwerlich aber jemals für Fuhrwerk einen geeigneten Verkehrsweg abgeben werde, und schließe sich daher der Proposition des Magistrats an, die Fluchtlinie des Lundenberg'schen Hauses einfach gerade zu legen. Da jedoch die geforderte Entschädigung allerdings zu hoch erscheine, glaubt Herr Lissebon sich für das Expropriationsverfahren erklären zu müssen.

Herr Leiste hält die von dem Herrn Vorredner angeregten Bedenken für hinreichend, um die Frage nach dem Bedürfniß einer Verbreiterung des Langenhofs endgültig im verneinenden Sinne zu entscheiden. Stehe demnach nur noch die andere Frage zur Entscheidung: ob die geforderte Entschädigung von 500 fl verwilligt oder das Resultat einer Abschätzung im Expropriationsverfahren erwartet werden solle, so habe man zu erwägen, ob dasselbe mit einiger Wahrscheinlichkeit erheblich niedriger

ausfallen werde. Falls der Unterschied voraussichtlich nicht bedeutend, werde man das Expropriationsverfahren ohne Zweifel lieber vermeiden sehen.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister seine Meinung dahin geäußert hat, daß der Gewinn, welchen die Stadt möglicherweise auf diesem Wege erzielen könne, die Unannehmlichkeiten desselben keinesfalls aufwiegen werde,

wird von der Versammlung der Commissionsantrag abgelehnt, die vom Stadtbauamte festgesetzte Fluchtlinie genehmigt, und zur Entschädigung des Kaufmanns Lundenberg die Summe von 500 \mathfrak{M} verwilligt.

Hierauf

III. berichtet Herr Gravenhorst über die durch ein Magistrats Schreiben vom 1. März an die Versammlung gelangten Vorschläge, die Verwendung des von der Stadt angekauften Stiftscuriengebäudes in der Kleinen Burg betreffend.

Der Magistrat beabsichtigt 1. die im Parterre des Hauptgebäudes zur rechten Hand belegenen Räume zum Bureau der Stadtcasse, 2. die gegenüberliegenden zum Bureau der beabsichtigten allgemeinen Krankencasse zu verwenden; 3. die Wohnung im ersten Stockwerke des Hauptgebäudes sammt den dazu gehörigen Wirthschaftsräumen dem Stadtkämmerer gegen einen jährlichen Miethzins von 100 \mathfrak{M} zur Wohnung zu überlassen; 4. im Vorderhause einem städtischen Unterbeamten eine freie Wohnung gegen die Verpflichtung einzuräumen, für die Reinigung und Heizung der für die städtischen Cassen bestimmten Locale sowie für Reinigung des Hofes und der Straße zu sorgen, auch kleine Dienstleistungen für die betreffenden Cassen zu übernehmen; 5. in dem Nebengebäude an der Westseite des Hofes ein Wachtlocal für die Nachtwächter vorrichten zu lassen. Die sub 1. vorgeschlagene Einrichtung empfiehlt sich dadurch, daß das bisherige Geschäftslocal der Stadtcasse an erheblichen Mängeln leidet, welche in dem neuen Locale zu vermeiden sind, die Lage des letztern für das Publicum ebenso bequem ist wie die des erstern, der Stadtkämmerer in demselben eine Wohnung beziehen kann und endlich durch die Uebersiedelung der Stadtcasse im Neustadtrathause für die Bibliothek ein sehr wünschenswerther Raum gewonnen wird. Die Einräumung des ersten Stockwerks zur Wohnung für den Stadtkämmerer (sub 3) hält der Magistrat deswegen für sehr geeignet, weil so theils das Grundstück unter ständige Aufsicht eines zuverlässigen städtischen Beamten gestellt wird, theils auch der Dienst bei der Stadtcasse selbst nur gefördert werden kann. Die Annahme eines Unterbedienten (sub 4) ist nicht nur für die bezeichneten Arbeiten unbedingt erforderlich, sondern ebenso auch für die Sicherheit des Grundstücks und der nach demselben zu verlegenden Cassen dringend wünschenswerth. Demnach empfiehlt der Magistrat die Genehmigung dieser drei Maßregeln und die Verwilligung der zur Einrichtung des neuen Stadtcassenlocals und zur Instandsetzung der Wohnung des Stadtkämmerers veranschlagten Kosten im Betrage von resp. 375 und 100 \mathfrak{M} , indem hinsichtlich der Einrichtung des Krankencassenbüreaus und des Wachtlocals für Nachtwächter nähere Mittheilungen und Vorschläge nach vorbehalten werden.

Die Commission schließt sich diesen Anträgen an, empfiehlt zugleich jedoch, dem Magistrat die Erwägung anheimzugeben, ob nicht die Localitäten der Stadtcasse und der allgemeinen Krankencasse so einzurichten seien, daß beide von einem und demselben Chef übersehen werden könnten.

Herr Graß, mit der Verlegung der Stadtcasse durchaus einverstanden, erkennt einen erheblichen Mangel des betreffenden Vorschlages darin, daß keine Maßregel vorgesehen sei, das neue Local feuerfest zu machen, und stellt daher den Antrag, daß der Magistrat ersucht werde, die Kosten der demgemäß veränderten Anlage ermitteln und hierauf der Versammlung eine Vorlage darüber zugehen zu lassen.

Herr Gravenhorst führt an, daß dieser Punkt auch in der Commission zur Sprache gekommen, und daß das Votum derselben von der Voraussetzung ausgehe, der Magistrat werde ein sicheres Local herrichten lassen — eine Voraussetzung, welche in der Höhe der geforderten Verwilligung allerdings wohl begründet zu sein scheine.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß in dem mitgetheilten Kostenanschlage zwar eine Vergitterung der Fenster, Maßregeln zur Abwendung von Feuergefährdungen dagegen nicht figuriren.

Die Höhe des veranschlagten Kostenbetrags erklärt der Herr Oberbürgermeister Caspari aus dem anerkannten Bedürfnis eben jener Fenstervergitterung und eiserner Geldschränke. Besondere Vorkehrungen gegen Feuergefährdungen seien nicht für nothwendig erachtet, da solche bei der Lage des Hauses sich nicht grade drohend darstelle. Indessen werde die Herstellung eines massiven Locals, falls die Versammlung sich dafür entscheide, mit keinen übergroßen Schwierigkeiten verknüpft sein.

Während Herr Gravenhorst es für genügend hält, wenn sich im Local der Stadtcasse ein feuerfester Raum befinde,

Herr Reuter eingemauerte eiserne Schränke für ein hinreichendes Sicherungsmittel ansieht, zumal da beabsichtigt werde, die Nachwächter auch beim Feuerlöschwesen zu verwenden, und überdies eine Spritze in dem Gebäude unterzubringen, so daß dasselbe gewissermaßen eine stehende Feuerwache haben werde,

spricht Herr Leiste sich dafür aus, nochmals von Technikern untersuchen zu lassen, ob nach dem Plane der Vorlage die Stadtcasse gegen Diebes- und Feuergefährdungen hinlänglich gesichert sein werde, indem auch erstere bei der Ablegenheit des in Rede stehenden Hauses, welches überdies im Winter von dem vorüberfließenden Okerarm aus zugänglich sei, in der Vorlage nicht hinlänglich in Anschlag gebracht zu sein scheine,

und wird hierauf der von Herrn Graß gestellte Antrag von der Versammlung angenommen.

Gegenüber dem Antrage der Commission eine Verbindung der allgemeinen Krankencasse betreffend, führt der Herr Oberbürgermeister Caspari aus, wie der Stadtkämmerer sich nicht in der Lage befinde noch eine zweite Verwaltung zu übernehmen, eine Thatsache, welche bereits durch Beschlüsse der Versammlung selbst anerkannt worden, indem derselbe der Verwaltung der Armenkasse entzogen, auch neuerdings noch das Personal der Stadtcasse vermehrt worden sei.

Herr Gravenhorst erläutert die Meinung der Commission dahin, daß der Kämmerer nicht Rendant der allgemeinen Krankencasse sein, sondern nur eine Oberaufsicht über beide Cassen ihm übertragen werden solle,

doch wird dieser Theil des Commissionsantrages von der Versammlung abgelehnt.

Ohne Discussion werden sodann die beiden noch übrigen Anträge des Magistrats, die Ueberweisung des ersten Stockwerks an den Stadtkämmerer und die Annahme

eines Unterbeamten mit freier Wohnung in dem gedachten Hause betreffend, von der Versammlung genehmigt.

Neben der Tagesordnung

IV. berichtet der Herr Vorsitzende über einen Antrag der Direction des Gaswerks, die Papestraße vor dem Steinhore mit Gasröhren zu belegen. Die Anwohner dieser Straße haben darum nachgesucht, indem sie sich zur Anlage von 53 Gasflammen und zur Aufbringung von 24 fl. für die erforderlichen 2 Laternen verpflichtet. Da sich hiernach eine Amortisation der auf 264 fl. veranschlagten Kosten dieser Anlage in nahe Aussicht stellt,

erklärt, auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden, die Versammlung sich mit derselben einverstanden, indem sie zugleich ferner beschließt, den Magistrat zu autorisiren, Anlagen gleicher Art unter Beobachtung der dabei bisher befolgten Grundsätze mit Genehmigung der städtischen Deputation auch ohne speciellen Beschluß der Versammlung vornehmen zu lassen.

Hierauf

V. ertheilt die Versammlung auf Vortrag des Herrn von Seckendorff als Referenten der Finanz-Commission, nachträglich ihre Genehmigung zum Ankauf der Gasleitungen u. s. w., welche 1863 bei Gelegenheit der Versammlung deutscher Geschichts- und Alterthumsforscher zur Beleuchtung des Brunnens auf dem Altstadtmarkte vom Broncearbeiter Hestner angefertigt, und nunmehr vom Stadtbaumeister für 120 fl. mit Rücksicht darauf für die Stadt erworben sind, daß dadurch die Beleuchtung des gedachten Brunnens bei ähnlichen Veranlassungen erheblich geringere Kosten verursachen würde.

Zum Schlusse

bringt Herr Reuter den selbstständigen Antrag ein:
die Versammlung wolle

- 1) den Magistrat ersuchen, daß derselbe auf Grundlage der im laufenden Jahre zu erhebenden Communalsteuer Zusammenstellungen anfertigen, autographiren und an die Stadtverordneten vertheilen lasse
 - a. über alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche von einem Einkommen von 700 fl. und darüber steuern, und zwar nach den Steuerklassen, in welchen sie vertheilt sind;
 - b. über alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche gleiche Geschäfte treiben.
- 2) unter Benützung dieser Verzeichnisse das nächste Jahr die Veranlagungen zur Communalsteuer allerdings, auf Grund des Regulativs vom October 1855, den einzelnen Deputationen überlassen, die Superrevision jedoch, gestützt auf §. 5 der Geschäftsordnung, in Comiteesitzungen anstellen, an welchen sämtliche Stadtverordnete Theil nehmen.

Als Motiv dieses Antrags bezeichnet Herr Reuter das anerkannte Interesse der Stadt, eine möglichst gleichmäßige Vertheilung der Communalsteuer zu erzielen. Diene

diesem Zwecke schon die angeordnete Superrevision der Abschätzungscommissionen unter einander, so werde noch größere Sicherheit in dieser Beziehung das oben vorgeschlagene Verfahren gewähren, welches auch in andern größeren Städten alle 3—4 Jahre zur Anwendung komme.

Der Antrag wird der Statutencommission überwiesen.

Nachdem eine Anfrage des Herrn Flaggé nach dem Stande der Vorbereitungen der neuen Gartenordnungen

durch den Herrn Vorsitzenden dahin beantwortet ist, daß der vorgelegte Entwurf wegen gewisser Bedenken von der Statutencommission an den Magistrat zurückgegangen sei, jetzt aber wiederum der Commission vorliege, welche in nächster Zeit darüber in Berathung treten werde, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung eine Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts, ein Gesuch um Nachlaß der Communalsteuern und eine Reclamation gegen die Veranlagung zu denselben.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 114. Stücke des 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 16. Mai 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Aronheim, Kloss, Rimpau, Struck, Westermann.

Die Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet. Nachdem die Versammlung das Protokoll der öffentlichen Verhandlungen vom 5. April genehmigt hat, erbittet Herr Bieweg eine Aufklärung darüber, wie es gekommen sei, daß entgegen dem in dies Protokoll aufgenommenen Beschlusse der Versammlung der Magistrat hinterher die Belegung der Papestraße mit Gasröhren verweigert habe. Der Herr Redner will gegen diese Entscheidung selbst, welche ohne Zweifel durchaus sachgemäß sei, keinerlei Bedenken erheben; allein die zwiespältige Beschlussfassung der beiden städtischen Körperschaften habe dem Publikum zu Mißdeutungen hinsichtlich des zwischen denselben bestehenden Verhältnisses Anlaß gegeben, und diesen wünsche er durch die erbetene Auslassung begegnet zu sehen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß der betreffende Antrag ihm von der Direction der Gasanstalt während der Sitzung selbst kurzer Hand als den Intentionen des Magistrats entsprechend mit dem Ersuchen zugestellt sei, sofort eine Beschlussnahme darüber zu veranlassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Allerdings habe er sich in voriger Sitzung noch nicht in der Lage befunden, der Versammlung von einer festgestellten Ansicht des Magistrats über die fragliche Angelegenheit Mittheilung zu machen, da der Antrag in der soeben von dem Herrn Vorsitzenden dargelegten Weise, jedoch

ohne zuvor dem Magistrate vorgelegen zu haben, eingebracht worden sei. Gegen den Beschluß der Versammlung sei dann aber ein gerechtes Bedenken daher entstanden, weil es sich in diesem Falle nicht um eine öffentliche Straße, sondern um ein Privatgrundstück handle, und unter ähnlichen Verhältnissen — z. B. gegenüber den Bewohnern des Johannis Hofes — gleichen Anträgen nie Statt gegeben, vielmehr immer der Bescheid ergangen sei, daß die gewünschten Anlagen wie andere Abzweigungsrohre von der Straßenleitung lediglich auf Kosten der Grundeigenthümer beschafft werden müßten. Diese Auffassung glaube der Magistrat denn auch diesmal als nach Lage der Dinge durchaus correct aufrecht halten zu müssen.

Herr Reuter constatirt, daß in dem Gesuche der Gasdirection eine Regulirung der Eigenthumsverhältnisse hinsichtlich der Papestraße ausdrücklich zur Voraussetzung genommen sei.

Der Herr Vorsitzende hält die soeben vernommenen Erklärungen für genügend, um jede irrthümliche Auffassung, welche etwa im Publicum habe entstehen können, zu beseitigen, zumal da die Versammlung in der That nicht den Anspruch erheben könne, daß der Magistrat mit jedem ihrer Beschlüsse einverstanden sei.

Hierauf

I. macht der Herr Vorsitzende der Versammlung die Mittheilung, daß der Herr Generalleutnant von Grichsen — welchem gemäß dem in vertraulicher Sitzung am 5. April gefaßten Beschlusse, zur Feier seiner goldenen Hochzeit das Ehrenbürgerrecht ertheilt worden war — ihm seinen tiefgefühlten Dank ausgesprochen habe, mit der Bitte, dessen Vermittler gegenüber der Versammlung zu sein.

Die erste Vorlage, betreffend die Anstellung eines Proceßes, wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Statutencommission darüber noch nicht hat schlußig werden können.

Es berichtet daher

II. Herr Bode namens der Schulcommission über eine vom Magistrate beantragte Klassentrennung in der südlichen untern Bürgerschule.

Nachdem nämlich dort früher nur fünf Klassen bestanden hatten, dann wegen eingetretener Ueberfüllung die fünfte zuerst in zwei Klassen, und weiter dadurch, daß in Klasse 5b. Mädchen und Knaben getrennt wurden, in drei Klassen getheilt worden war, ist nunmehr auch in 5a. die Zahl der Schüler und Schülerinnen auf 145 gestiegen, welche nicht einmal Platz zum Sitzen finden, geschweige mit Nutzen zu gleicher Zeit unterrichtet werden können. Demgemäß hat der Schuldirektor Friedrichs darauf angetragen, auch in Klasse 5a. Knaben und Mädchen zu trennen, jede dieser Abtheilungen in 18 Stunden wöchentlich unterrichten zu lassen, und dem

Klassenlehrer Röttger für die somit erwachsende größere Arbeitslast eine jährliche Remuneration von 120 M aus der Gemeindeschulcasse zu verwilligen. Der Magistrat empfiehlt die Annahme dieses Vorschlages als einen unvermeidlichen Nothbehelf und eröffnet zugleich die Aussicht auf gründlichere Abhilfe dadurch, daß kommende Michaelis die höhere Töchter Schule in ihr neues Local verlegt werden, und alsdann in deren jetzigem Locale eine dritte mittlere Bürgerschule eingerichtet, das Local am Catharinentkirchhofe aber zur Aufnahme einiger Classen der untern Bürgerschulen benutzt werden soll.

Die Schulcommission schließt sich dem Antrage des Magistrats an und wird dieser hierauf ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Es folgt

III. durch Herrn Bantler erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den Rechnungsabschluß der Stadtwasserkunst vom Jahre 1866 sowie über den Vorausschlag derselben für das Jahr 1867.

Beides ist vorbehältlich der Vergleichung des Abschlusses mit den geführten Büchern, von der Verwaltungsdeputation gebilligt und mit einem Magistratschreiben vom 3. Mai der Versammlung zur Beschlußnahme zugegangen. Der Magistrat hebt hervor, daß der vorjährige Abschluß bei fast durchgängiger Ueberschreitung sowohl der Einnahme- als auch der Ausgabenpositionen des Vorausschlages, ein sehr günstiges Resultat ausweise, indem selbst nach Verzinsung der aus der Stadtcasse vorgeschossenen 47,000 M noch ein Ueberschuß von 1891 M 2 S 6 D verbleibt, wenn die für das Privateinrichtungsconto angeschafften Vorräthe und Utensilien zu Gelde angeschlagen werden. Wenn nun auch der größte Theil dieses Ueberschusses, nämlich 1631 M 11 S 1 D , eben von dem Privateinrichtungsconto herrühre, dessen Erträge sich in dem Maße mindern müssen, wie die Privatanlagen ihrer Vollen dung entgegengehen, während andererseits durch Amortisation der aus der Stadtcasse geleisteten Vorschüsse die Ausgaben der Wasserkunst sich mehren werden, so sei doch gleichwohl gegründete Aussicht, daß diese mindestens ohne Zuschuß werde bestehen, die Stadt also die großen Vortheile derselben ohne weitere Leistungen als der 5000 M für das zu öffentlichen Zwecken gebrauchte Wasser auch fernerhin werden zu Theil werden können.

Da die Mehrausgaben für den Betrieb in dem gesteigerten Consume die genügende Rechtfertigung finden, wird seitens des Magistrats beantragt:

1) in der Voraussetzung und unter der Bedingung, daß die einzelnen Positionen des Rechnungsabschlusses auf Grund der Rechnungsbücher noch festgestellt werden, zu genehmigen, daß der Direction der Stadtwasserkunst für das Rechnungsjahr 1866 Decharge ertheilt werde.

Um, namentlich zur Herstellung von Privatleitungen, einen Betriebsfonds gründen zu können, wie solcher der Gasanstalt bereits zur Verfügung steht, hat die Direction der Wasserkunst darauf angetragen, daß die aus der Stadtcasse zur Deckung des Deficits aus dem Jahre 1865 geleistete Zahlung von 656 fl 6 gr 2 A zwar erstattet, der Betrag der dafür erwachsenen Zinsen hingegen niedergeschlagen und der Rest des Ueberschusses dem Werke als Betriebsfond belassen werde.

In Anbetracht, daß die Stadtwasserkunst eines solchen nicht wohl entzathen kann, empfiehlt der Magistrat der Versammlung,

2) jenen Antrag der Direction der Stadtwasserkunst zu genehmigen.

Von letzterer sind ferner zwei Rechnungen, die eine im Betrage von 432 fl für eine Erweiterung des Röhrennetzes, die andere im Betrage von 144 fl für Reparaturen an Hydrants und Wasserhähnen, welche vor Eröffnung des Betriebes nöthig geworden sind, dem Magistrate zur Zahlungsanweisung überreicht, mit dem Bemerkten, daß diese Ausgaben vom Betriebe nicht bestritten werden könnten. Da dies in Betreff der ersteren unbedingt und unter allen Umständen anerkannt werden muß, von letzterer aber darum, weil sie unstreitig durch Bedürfnisse des Baues erwachsen ist, so beantragt der Magistrat

3) zu genehmigen, daß die genannten beiden Rechnungen im Gesamtbetrage von 576 fl 7 gr als Theil der Baukosten aus der Stadtcasse berichtigt und dem Baufond für die Stadtwasserkunst zur Last geschrieben werden,

unter der Zusage der erforderlichen Schritte, um den vertragsmäßigen Beitrag des Staates zu dieser Ausgabe wieder zu erlangen.

Gegen den Voranschlag für 1867, welcher auf Grundlage des vorjährigen Ergebnisses unter Erhöhung einiger Einnahmeposten nach Maßgabe der erfahrungsmäßig steigenden Zunahme des Consums, aufgestellt ist, findet der Magistrat nichts einzuwenden. Es sind darin sowohl die Zinsen für das aus der Stadtcasse vorgeliehene Capital von 47,000 fl , als die Amortisation für das ganze bisher festgestellte Baucapital von 197,000 fl aufgenommen; wenn demnach der Etat mit einem Deficit von 990 fl 23 gr 5 A abschließt, welches sich durch Verzinsung und Amortisation der ferneren Vorschüsse aus der Stadtcasse muthmaßlich noch vergrößern wird, so glaubt der Magistrat doch annehmen zu dürfen, daß dasselbe durch eintretende Mehreinnahmen gedeckt werden wird.

Der Magistrat giebt hiernach der Versammlung anheim

4) auch den Voranschlag für das Jahr 1867 zu genehmigen.

Schließlich enthält das Magistratschreiben die Mittheilung, daß dem Director der Stadtwasserkunst aufgegeben ist, den provisorischen Tarif vom 2. April 1863 einer Revision zu unterziehen und wegen der nothwendig erscheinenden Abänderungen

desselben Vorschläge zu machen, wobei dann auch die Frage wegen des Preises für das nach Wassermessern abgegebene Wasser zur Erwägung kommen werde.

Aus den im vorjährigen Rechnungsabluß auftretenden Mehrausgaben hebt der Herr Referent diejenigen besonders hervor, welche durch Reinigungen des Filters erwachsen sind. Seien diese schon an sich kostspielig, so komme gegenwärtig noch der Umstand hinzu, daß bei dem Mangel eines zweiten Filters jedesmal sehr eilig müsse verfahren werden, wovon ein um so häufiger eintretendes Bedürfnis dieser Arbeiten die nothwendige Folge sei. In diesem Uebelstande aber erkenne die Commission einen triftigen Grund mehr, auf die möglichst baldige Herstellung eines zweiten Filters Bedacht zu nehmen, wenschon in Erwartung der genaueren Ansätze, welche gemäß früherer Beschlüsse der Versammlung angefertigt werden, ein bestimmter Antrag in dieser Sache für das Mal nicht gestellt werden solle. Indem die Commission die in Aussicht gestellte Revision des Tarifes, die jetzt, nachdem bereits ein ziemlich umfangreicher Betrieb stattgefunden, ebenso ausführbar wie wünschenswerth erscheine, dringend befürwortet, schließt sie sich sämmtlichen Anträgen des Magistrats an.

Die drei ersten derselben werden hierauf ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Hinsichtlich des Voranschlages für 1867 erhebt Herr Liss von Bedenken gegen den Ansatz von eventuell 1600 fl Gewinn aus dem Privateinrichtungsconto. Müßte bei den Preisen der betreffenden Utensilien einerseits ein so hoher Reinertrag zweifelhaft erscheinen, so würde es andererseits die Anlage nur fördern können, wenn man nicht in solchem Maße auf diesen Gewinn rechnete.

Herr Bantler hält jene Summe nach Maßgabe des Umsatzes gleichfalls für zu hoch und constatirt zugleich, daß vielfach Klagen über die immer noch hohen Preise der durch die Direction der Gasanstalt und Wasserkunst gefertigten Privatanlagen erhoben werden. Doch werde man vertrauen dürfen, daß dieselbe durch das soeben laut gewordene Bedenken sich veranlaßt finden werde, ihre Preise fernerhin so billig als irgend möglich zu stellen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt die Unsicherheit des beregten Ansatzes zu. In Betreff des zweiten Punktes aber sei zu beachten, daß weder die Gas- noch die Wasseranstalt bei Herstellung von Privatleitungen theurer arbeiten, als die hiesigen Gewerbetreibenden, daß vielmehr ihre Concurrnz die Preise bereits um ein Drittel herabgedrückt habe. Dies Resultat entspreche nun zwar durchaus der maßgebenden Absicht, welche, wie bekannt, von Anfang an dahin gegangen sei, das Publicum vor Uebertheuerung seitens der Privatindustrie zu schützen. Wenn seitdem aber die betreffenden Handwerker vielfach die Klage führen, daß sie dabei nicht bestehen können, so müsse es andererseits als eine billige Rücksicht erscheinen,

einen Mittelweg einzuschlagen, die Preise nicht bis zur möglichen Grenze niedrig zu stellen, sondern einen gewissen Vortheil beizubehalten, der auch den kleineren Gewerbetreibenden zur Bethheiligung an diesen Arbeiten zulasse.

Herr Halle ist der Ansicht, daß eine Concurrrenz seitens der städtischen Anstalten überall nicht geboten sei, da auch ohne solche die Preise im Laufe der Zeit die wünschenswerthe Ermäßigung erfahren würden. Um fernere Beeinträchtigungen der hiesigen Gewerbetreibenden zu verhüten, bringt der Herr Redner den selbstständigen Antrag ein:

daß vom künftigen Jahre an die Herstellung von Privatleitungen seitens der Stadtwasserkunst aufgegeben werde.

Herr Lissebon tritt dem, namentlich in Betreff der Wasserleitungen, entgegen. Bei Anlage der Stadtwasserkunst habe in erster Linie das Motiv gewaltet, Jedem, auch dem minder gut Situirten, einen im allgemeinen Interesse höchst nothwendigen Comfort zu verschaffen. Es sei demnach ganz consequent, wenn die Stadt bedacht sei, daß Jedermann mit dem möglichst geringen Aufwande daran theilnehmen könne. Wenn die hiesigen Gewerbetreibenden mit der Wasserleitung nicht concurriren können, so sei dies lediglich Schuld der mangelhafteren Art und Weise ihres Betriebes. Der Herr Redner führt eine Reihe von Beobachtungen an zum Beweise, daß die von der Direction der städtischen Anstalten besorgten Gas- und Wassereinrichtungen meist billiger und besser ausfallen, als die anderen.

Herr Reuter tritt dem Antrage des Herrn Halle mit dem Hinweis auf die gleiche Einrichtung in anderen Städten entgegen, eine Einrichtung übrigens, welche dadurch, daß für die Herrichtung der Zuleitungen von den Haupttröhren in den Straßen doch einmal Leute gehalten werden müssen, geschäftlich geradezu geboten sei. Gegenüber dem Wunsche des Herrn Lissebon, noch billiger zu arbeiten, sei zu bemerken, daß der Jahresumsatz auf dem Privateinrichtungsconto 8200 \mathfrak{f} betrage, der veranschlagte Ueberschuß von 1600 \mathfrak{f} also etwa 20 % repräsentire. Es sei dies an sich verhältnißmäßig kein übermäßig hoher Gewinn, namentlich wenn man berücksichtige, daß alle erforderlichen Gegenstände aus den besten Quellen, in großen Mengen, gegen Cassa, also möglichst vortheilhaft eingekauft würden; daraus folge, daß der beabsichtigte Gewinnzuschlag die Arbeitgeber nicht drücke, während auf der andern Seite, durch ein irgend erhebliches weiteres Herabgehen mit den Preisen das Gegentheil dessen, was Herr Halle wünsche, nämlich die Ausschließung der Privatindustrie, herbeigeführt werden würde. Wie die Sache in Wirklichkeit liege, ergebe sich am besten aus einigen Beispielen. So seien vor zwei Jahren Kostenanschläge zu einer Wasserleitung für das große Waisenhaus von hiesigen Unternehmern eingefordert; der Eine habe weit über 2000 \mathfrak{f} , der Andere, dessen Anschlag nicht eingesehen werden könne, habe rund 2000 \mathfrak{f} dafür gefordert und

die Anlage sei unterblieben. Darauf habe Redner im vergangenen Jahre die noch um mehrere Abzweigungen erweiterte Anlage auf 1145 fl 11 gr veranschlagt und sei dieselbe bis auf 2 Waschkimmer, welche noch im Bau begriffen wären und in denen die Einrichtung pp. 135 fl kosten werde, für 845 fl 25 gr ausgeführt, die ganze Anlage werde demnach trotz mehrfacher Erweiterungen noch nicht einmal halb so viel kosten, als der Mindestfordernde verlangt habe. Ähnliche Beispiele führt Redner noch mehre an und auch solche, wo sehr kostspielige Leitungen sich so schlecht bewährt, daß sie haben wieder entfernt werden müssen, um durch rationelle ersetzt zu werden, die ungleich billiger gewesen seien. Er halte den eingeschlagenen Weg um so mehr für richtig, als die ganze Situation des Werkes zufriedenstellend genannt werden müsse; keineswegs habe man die Anlage geschaffen, um Gewerbetreibende eine besondere Einnahmequelle zu eröffnen; tüchtige und beschäftigte Unternehmer würden bei gleicher Preisstellung einen angemessenen Gewinn erzielen, und daß das Geschäft in allzuviel Hände gerathe, sei im Interesse des Publicums nicht wünschenswerth. Denn wer, wie es vorkomme, im Jahre nur eine oder zwei Leitungen auszuführen habe, der werde um nur ohne Schaden dabei wegzukommen, schon sehr viel höhere Preise nehmen, oder, was noch schlimmer sei, zu Materialien von geringerer Beschaffenheit greifen müssen.

Herr Lissebon formulirt seinen Antrag dahin:

die Versammlung möge sich einverstanden erklären, daß die städtische Gas- und Wasseranstalt bei den in Rede stehenden Arbeiten ihren Gewinn nicht bis zu 20 % berechne.

Herr Halle beharrt bei seinem Antrage, indem er die schlechtere Beschaffenheit der von den Gewerbetreibenden beschafften Arbeiten im Allgemeinen bestrittet.

Dagegen führt Herr Ding aus eigener Beobachtung mehrere Beispiele nor-

risch mangelhafter Anlagen an, welche der Privatindustrie zur Last fallen; ebenso Herr Lissebon, welche auf letztere wenigstens in Betreff der Wasser-

leitungen keinerlei Rücksicht genommen zu sehen wünscht, und wird hierauf sowohl der Antrag des Herrn Halle als auch der des Herrn Lissebon von der Versammlung abgelehnt, und dem Magistratsantrage gemäß der Voranschlag der Stadtwasserkunst für 1867 genehmigt.

Anknüpfend an den von der Commission ausgedrückten Wunsch hinsichtlich des zweiten Filters bemerkt Herr Neuter, daß ein solches keineswegs außer Augen gelassen werde. Einerseits jedoch liegen die Rechnungen für das erste Filter ihm immer noch nicht vollständig vor; ein zweiter und triftigerer Grund aber, weshalb die Angelegenheit anscheinend noch nicht weiter gerückt sei, sei der, daß die bei dem jetzigen hohen Stande des Grundwassers gemachten Ermittlungen zu der

Ueberzeugung geführt haben, daß für das zweite Filter eine andere Construction gewählt werden müsse. Die Frage aber, wie diese zu wählen, sei bei der Beschaffenheit des Baugrundes und bei der Abhängigkeit von dem Wasserstande in der Oker allerdings sehr schwer zu lösen.

IV. Ferner berichtet der Herr Vorsitzende für die Statutencommission über den in der Sitzung vom 5. April eingebrachten Antrag des Herrn Reuter, den Magistrat zu ersuchen:

- 1) auf Grundlage der im laufenden Jahre zu erhebenden Communalsteuer Zusammenstellungen anfertigen, autographiren und an die Stadtverordneten theilen zu lassen,
 - a. über alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche von einem Einkommen von 700 fl und darüber steuern, und zwar nach den Steuerclassen, in welche sie theilt sind;
 - b. über alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche gleiche Geschäfte betreiben;
- 2) unter Benutzung dieser Verzeichnisse eine Revision der Steuerlisten, gestützt auf §. 5 der Geschäftsordnung, in Comitésitzungen, an welchen sämtliche Stadtverordneten theilnehmen, vornehmen zu lassen.

Diesen Anträgen habe die Statutencommission sich im allgemeinen nur anschließen können, da es von allen ihren Mitgliedern als Uebelstand anerkannt werde, daß bei Veranlagung der hiesigen Einwohner zur Communalsteuer bisher keine durchgängige Uebereinstimmung zur Geltung gekommen, vielmehr in den verschiedenen Bezirken die Abschätzungen häufig sehr verschieden ausgefallen seien. Allerdings habe man dem in etwas bereits durch die vor mehreren Jahren durchgeführten Revisionen der Centralcommission abgeholfen, seitdem jedoch sei wieder ein großes Mißverhältniß eingetreten, welches ähnliche Arbeiten aufs Neue nothwendig mache. Zu diesem Ende scheine der von Herrn Reuter beantragte Modus im ganzen durchaus zweckmäßig. Da eine Zusammenstellung der Steuerpflichtigen aller Classen zu zeitraubend sein würde, müsse man eine Beschränkung, wie Herr Reuter vorschlage, allerdings für geboten halten; auch sei zuzugeben, daß die gleichmäßige Veranlagung der oberen Steuerclassen die Hauptsache sei. Ob aber die von Herrn Reuter hingestellte Grenzlinie die richtige, habe die Commission nicht zu entscheiden gewagt, und empfehle daher der Versammlung, die Festsetzung dieser Grenzlinie je nach Zweckmäßigkeitsrücksichten dem Magistrat zu überlassen. Die Zusammenstellung der Steuerpflichtigen nach den Gewerben, abgesehen von den Handarbeitern, werde gleichfalls als sehr zweckmäßig anerkannt; auch sie werde ohne Zweifel vielfache Berichtigung der bisherigen Steuerätze ergeben; und ebenso sachgemäß erscheine das sub 2 ins Auge gefaßte gemeinsame Abschätzungsverfahren. Demnach empfehle

die Commission der Versammlung die letzten beiden Punkte zu unveränderter Annahme.

Auf das von Herrn Roth zuerst geäußerte Bedenken, daß diese neuen Aufstellungen zu umständlich sein dürften, um noch rechtzeitig zum Gebrauche bei den Veranlagungen für nächstes Jahr dienen zu können;

erläutert der Herr Oberbürgermeister Caspari seine Auffassung dahin, daß die neuen Verzeichnisse auf Grund der von der Versammlung bereits festgestellten Listen angefertigt werden sollen, eine erhebliche Verzögerung dadurch also nicht zu befürchten stehe.

Herr Flagge beantragt: die Steuerpflichtigen der oberen Klassen insgesamt zu einer Declaration ihrer Einnahmen auf Ehre und Gewissen zu veranlassen, da von der Ehrenhaftigkeit der Bürgerschaft Braunschweigs die Erwartung gesetzt werden dürfe, daß durch solches Verfahren das erforderliche Gleichmaß der Besteuerung am ehesten und sichersten werde zu erreichen sein.

Der Herr Vorsitzende macht dagegen geltend, daß abgesehen auch von allen übrigen Schwierigkeiten, eine Selbstbeschätzung dieser Art den Bestimmungen der Städteordnung nicht entspreche.

Herr Leiste fügt hinzu, daß, wenn man dennoch auf dies Verfahren eingehen wollte, dasselbe alsdann nothwendig für alle Steuerklassen eingeführt werden müsse.

Herr Halle, in der Erwägung, daß die überwiegende Mehrheit der Steuerzahlenden unter die Klassen von 500 bis 700 \mathfrak{M} Einkommen vertheilt sei, stellt den Antrag, die neuen Listen mindestens auch auf diese Klassen auszudehnen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari hält dies nicht für unbedingt nothwendig, da diese Klassen größtentheils unter die Zusammenstellung nach Gewerben fallen würden.

Es wird hierauf der Antrag Herrn Halle's sowie der Herrn Flagge's abgelehnt, der Commissionsantrag von der Versammlung angenommen.

Sodann

V. berichtet der Herr Vorsitzende Namens der Finanzcommission über die vom Magistrate eingegangenen Vorschläge wegen Herstellung eines feuerfesten Locals für die Stadtcasse.

Die dahin zielenden Wünsche der Versammlung hat der Magistrat so aufgefaßt, daß nicht das ganze Geschäftslocal der Stadtcasse, sondern nur ein zur Aufnahme der Geldschränke und der Bücher geeigneter Raum innerhalb desselben feuerfest gemacht werden soll. Dazu ist ein Raum auserselben, welcher unmittelbar

an die massive Capelle des Regibienklosters grenzt und mit den künftigen Geschäftsräumen in enger Verbindung steht. Dieser soll massiv ausgebaut und mit einer eisernen Thür versehen werden, und wird dies nach dem Anschläge des Stadthaumeisters einen Kostenaufwand von 290 fl. erfordern. Der Antrag des Magistrates, sich mit dieser Vorrichtung einverstanden zu erklären und die angegebenen Mittel aus der Stadtcasse zu verwilligen, wird von der Commission empfohlen und von der Versammlung ohne Discussion genehmigt.

Nach der Tagesordnung sollte endlich VI. der Bericht der Statutencommission über den Entwurf der neuen Gartenordnung folgen. Auf den Antrag des Herrn Bantler jedoch wird wegen der vorgerückten Stunde und weil den neuen Mitgliedern der Versammlung der Entwurf noch nicht hat mitgetheilt werden können, dieser Punkt der Tagesordnung ausgesetzt, und damit die Sitzung geschlossen.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 182. Stücke des 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 23. Mai 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Ding und Bieweg.

Nachdem die Versammlung zuvörderst in vertraulicher Sitzung eine Reihe von Gesuchen um das Wohnortsrecht erledigt hat, eröffnet der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung, indem er das Wort

Herrn Rothdurst ertheilt, welcher unter Berufung auf die am 14. Juni v. J. von der Versammlung gefassten Beschlüsse und mit der Bitte um eine Erklärung seitens des Magistrats darauf hinweist, daß der von Herzoglicher Bau-Direction verheißene Plan zur Canalisirung des Okerbettes noch immer nicht vorliege, trotzdem aber mit Verfüllung des letztern nach wie vor fortgefahren werde.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari antwortet mit der Mittheilung, daß der beregte Plan in Arbeit sei und demnächst werde vorgelegt werden. Daß dies bisher noch nicht geschehen, finde seine genügende Erklärung in den Schwierigkeiten der Arbeit. Die Verfüllung der Okercanäle erfolge genau nach Maßgabe der getroffenen Verabredungen, indem nämlich eine Strecke nach der andern und zwar nach vorhergegangener Vereinbarung des Magistrats mit der Polizei- und der Baudirection vorgenommen werde, die Einschüttung durch Private aber inhibirt sei.

Da Herr Rothdurst auf einen selbstständigen Antrag verzichtet, ist damit diese Angelegenheit für jetzt erledigt.

Nach Feststellung der Tagesordnung ist dem Herrn Vorsitzenden noch ein Gegenstand zugegangen, dessen Wichtigkeit eine unverzügliche Berichterstattung erforder-

bert, wenn schon Berathung und Beschlussfassung darüber auf die nächste Tagesordnung hat verschoben werden müssen.

Demnach berichtet

I. Herr Reich namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 18. Mai d. J., betreffend eine Umgestaltung des bisherigen Nachtwächterwesens.

Wie das Magistratschreiben ausführt, bestanden die hauptsächlichsten Mängel der bisherigen Einrichtung darin, daß die Wächter oft ohne Entschuldigung gar nicht zum Dienste erschienen, und sehr oft auch statt zu patrouilliren, sich an geschützten Stellen dem Schläfe hingaben. Die Ursachen dieser Dienstwidrigkeiten liegen nach dem Dafürhalten des Magistrats und der Polizeidirection theils in der Unzulänglichkeit der Besoldung, bei welcher genügend zuverlässige Personen nur in den seltensten Fällen für dies Amt zu gewinnen waren, theils in der übergroßen Beschwerlichkeit eines ununterbrochenen Nachtdienstes von 10 Uhr Abends bis resp. 5 und 6 Uhr Morgens, theils endlich in der Unzulänglichkeit der bestehenden Controlemassregeln. Um diesen Uebelständen abzuhelpen, hat der Magistrat einen Entwurf zur neuen Organisation des Nachtwachendienstes ausgearbeitet, welcher seitens Herzoglicher Polizeidirection im wesentlichen genehmigt worden ist. Bisher war die Stadt in 21 Nachtwachendistricte eingetheilt, für welche, da die Wächter nur eine um die andere Nacht Dienst thaten, 42 Wächter angenommen waren. Jeder dieser Districte ließ sich in 18 bis 20 Minuten bequem begeben; doch war den Nachtwächtern zur Erleichterung für jede Patrouille eine halbe Stunde Zeit zugemessen, so daß sie nach jeder Begehung ihres Districts 10 bis 12 Minuten ausruhen konnten. Diese Ruhezeit nun ist häufig mißbräuchlich überschritten und hat insbesondere oft Veranlassung gegeben, daß die Nachtwächter schlafend angetroffen wurden. Es sollen deshalb nur 16 Districte angenommen werden, welche zur wirksamen Bewachung der Stadt ausreichen und in je 30 Minuten bequem zu begeben sind. Hiernach wird die Zahl der Wächter auf 32 zu reduciren sein, für deren jeden ein Jahresgehalt von 70 fl (statt wie bisher von 36) in Aussicht genommen wird, wogegen das Einsammeln von Trinkgeldern zu Neujahr und Fastnacht u. dgl. untersagt werden soll. Sodann soll in einem mit Pritschen, Strohmattlagen und Decken versehenen, erleuchteten und heizbaren Locale eine Nachtwache eingerichtet werden, auf welcher sämtliche Wächter sich allabendlich vor Beginn ihres Dienstes einzufinden haben, um abwechselnd während der ersten und der zweiten Hälfte Nacht zum einen Theile von dort aus den Patrouillendienst zu versehen, zum andern im Wachtlocale der Ruhe zu pflegen, mit dem Beding jedoch, daß vorkommenden Falls auch die zurückbleibende Hälfte sowohl in Ausübung des Sicherheitsdienstes wie auch als Feuerwehr Hand anlege. Die Controle über den so bemessenen Nachtwachendienst wird das Polizeidienercorps gegen eine aus der Stadtcasse zu bewilligende Gratification von 150 fl in der Weise ausüben, daß vor Anfang des Dienstes, vor und nach Ablösung der ersten Wache und am Ende des Nachtdienstes im Wachtlocal ein Appell abgehalten sowie während der ganzen Nacht der Patrouillendienst auf den Straßen streng überwacht wird. Von einer solchen Organisation, welche sich in anderen größern Städten bereits als durchaus praktisch bewährt hat, glaubt der Magistrat auch für das hiesige Nachtwachenwesen gute Wirkungen erwarten zu dürfen, indem der wesentlich verbesserte Gehalt die bedenklich verringerte Zahl der Bewerber um das Nachtwächteramt vermehren, mithin die Auswahl zuverlässiger Individuen erleichtern wird, die Wächter bei der vorgesehenen Verfürzung und Erleichterung ihres Dienstes

diesen mit frischeren Kräften werden versehen und überdies im Stande sein können, bei Tage ihren Geschäften nachzugehen, die Einrichtung des Wachlocals endlich die Controle wesentlich erleichtern und überdies den Nutzen gewähren wird, daß bei nächtlichen Unruhen sowie bei Feuersbrünsten, sofort eine Anzahl kräftiger und zuverlässiger Männer zur Disposition stehen. Dieses Wachlocal soll in dem einstöckigen Seitengebäude der von der Stadt angekauften ehemaligen Stiftscurie in der kleinen Burg verlegt werden. Die Kosten seiner ersten Einrichtung würden sich auf 742 fl , die alljährlichen regelmäßigen Ausgaben an Gehalten, für Heizung und Erleuchtung des Locals sowie für Remunerirung des Polizeidienercorps auf 2240 fl belaufen, abgesehen von den ersten Kosten also, da bisher nur 1512 fl an Nachtwächterlöhnen verausgabt sind, eine jährliche Mehrausgabe von 908 fl entstehen. In der neuen Organisation indessen glaubt der Magistrat ein hinreichendes Aequivalent für dieses Opfer erkennen zu müssen, zumal da diese Aufwendung hinter der in anderen Städten für den gleichen Zweig der Verwaltung erforderlichen erheblich zurückbleibt, und überdies dadurch denjenigen unter den hiesigen Einwohnern, welche bisher in der Lage waren sich Privatwächter halten zu müssen, nicht unbedeutende Ersparnisse möglich gemacht werden. Demnach giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß:

1. das Nachtwachenwesen in der ausgeführten Weise reorganisirt, die einzelnen Bestimmungen darüber jedoch und namentlich die Instruction für die Wächter — da hierin öfters Veränderungen eintreten können und werden, bei denen weitläufige Berathungen unthunlich erscheinen — zwischen dem Magistrate und Herzoglicher Polizeidirection vereinbart, sowie daß,
2. die Kosten der neuen Organisation auf die Stadtcasse übernommen werden. Zugleich beantragt der Magistrat daß
3. dem Polizeicontroleur Evers, welcher sich sowohl früher durch seine umsichtige und eifrige Controle des Nachtwachendienstes, als auch lezthm bei den zu behuf der neuen Organisation vorzunehmenden praktischen Ermittelungen verdient gemacht hat, eine Gratification von 50 fl aus der Stadtcasse verwilligt werde.

Wie der Herr Referent hinzufügt, hat die Commission den Ausführungen des Magistrats in allen Stücken beipflichten müssen. Bis zu welchem Grade in letzter Zeit Unzuträglichkeiten im Nachtwachenwesen eingerissen seien, erhelle aus der That- sache, daß von Juni bis September v. Jrs. 3 Nachtwächter haben entlassen, 30 mit Geldstrafen belegt werden müssen, und überdies noch 4 freiwillig von ihrem Dienste zurückgetreten sind. Unleugbar sei der Hauptgrund aller Mängel in dem Mißver- hältniß des Lohnes und der geforderten Leistungen zu suchen. Müsse demnach die Beseitigung dieses Mißverhältnisses als erster Schritt zur Abhülfe angesehen werden, so erscheine hierzu auch im Entwurfe des Magistrats der geeignete Weg vorgesehen, indem einmal die Besoldung der Nachtwächter erhöht, sodann aber auch eine solche Erleichterung ihres Dienstes gewährt werden solle, daß tüchtige Leute dabei auch noch für ein mäßiges Tagewerk bei Kräften bleiben können. Da diese Einrichtungen, wie ausgeführt worden, zugleich auch dem städtischen Feuerlöschwesen zu gut kommen werden, könne die Commission um so mehr die Uebnahme der verhältnißmäßig unbedeutenden Mehrkosten nur empfehlen. In den mitgetheilten Grundzügen der zur Regelung und Controle des Nachtwachendienstes beabsichtigten Bestimmungen finde

die Commission Alles beobachtet, was diese Mittel wirksam zu machen geeignet sei. Sachgemäß erscheine es, daß die Einzelheiten der Instruction einer Vereinbarung des Magistrates und der Polizeidirection überlassen bleibe; immerhin jedoch werde die Versammlung bei Guttheilung dieses summarischen Verfahrens den Vorbehalt machen müssen, daß wesentliche Veränderungen des Statuts nicht ohne ihre Mitwirkung in Kraft treten können. Auch die beantragte Remuneration für den Polizeicontrolleur Evers wird seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen.

Dem Antrage des Herrn Graß, sofort in die Berathung dieser Proposition einzutreten,

hält der Herr Vorsitzende das Bedenken entgegen, ob es nicht wünschenswerth sei, daß sämtliche Mitglieder der Versammlung den Gegenstand zuvor in Ueberlegung ziehen, zu welchem Zwecke der Entwurf des Magistrates in der Registratur desselben auf dem Stadthause zur Einsicht könnte ausgelegt werden, und entscheidet sich demnach die Versammlung für den Aufschub der Berathung.

Hierauf berichtet:

II. Herr Leiste für die Statutencommission über den unterm 3. d. M. ergangenen Antrag des Magistrats auf Ermächtigung zur Anstellung eines Processus.

Es haben nämlich die Bewohner der Bertramstraße Beschwerde darüber geführt, daß die Gräben neben der Chaussee daselbst das zusammenfließende Wasser nicht mehr zu fassen vermögen, letzteres vielmehr den Fußweg und die anliegenden Gärten überschwemme und in die Keller der Häuser eindringe. Wenn nun auch derartige Uebelstände bei anhaltend nasser Witterung bereits in früheren Jahren dann und wann eingetreten seien, so haben dieselben sich gegenwärtig doch dadurch erheblich gesteigert, daß der Obergerichtsadvocat Pape auf seinem hinter der Bertramstraße belegenen Grundstücke Drainsröhren habe legen lassen, und das so abgeleitete Wasser Tag und Nacht in die betreffenden Gräben fließe. Eine unter Zuziehung von Sachverständigen vorgenommene Prüfung des Sachverhalts hat diese Angaben durchaus bestätigt. Zur Erläuterung derselben fügt der Magistrat hinzu, daß die Gräben an der Bertramstraße wie auch an anderen Wegen keinen Abfluß haben, sondern nur zur Aufnahme des von der Chaussee abfließenden Regenwassers, welches darin verdunsten oder in die Erde einziehen muß, bestimmt sind und ausreichen, für künstlich angesammeltes und zugeleitetes Wasser aber selbstverständlich nicht genügen. Da nun der Obergerichtsadvocat Pape weder nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts, noch nach den Vorschriften des Gesetzes über die Entwässerung der Grundstücke vom 19. December 1851 (N. 4 de 1852) zu jener einseitig vorgenommenen Entwässerungsanlage berechtigt erscheint, auf die von Herzogl. Polizeidirection an ihn gerichtete Aufforderung aber, die Anlage zu beseitigen, sich dahin erklärt hat, daß er sich zu derselben für berechtigt halte, sie mithin freiwillig nicht wieder entfernen werde, so findet der Magistrat sich genöthigt, gegen diese Uebergriife den Weg Rechtens zu beschreiten, und zwar ebenso wohl zur Wahrung der Rechte der Stadt an dem bezeichneten Communalwege, als auch im Interesse der Anwohner desselben. Indem Magistrat hierzu die Genehmigung der Versammlung beantragt, hebt er besonders hervor, daß bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes die Stadt um Schutze des Weges und der anliegenden Grundstücke zu einer kostspieligen Canalanlage gezwungen sein würde, welche andernfalls wie bisher ganz unterbleiben könne, deren Kosten aber, wenn sie lediglich zur Entwässerung

der Pape'schen Grundstücke geschehen müßte, billigerweise von deren Eigenthümer, nicht aber von der Stadt zu tragen wären.

Die Commission, in vielen Punkten mit dem Magistrate einverstanden, würde den Beschluß, die unleugbaren Ausschreitungen des Obergerichts-Advocaten Pape im Rechtswege zurückzuweisen, durchaus empfehlen, wenn nicht gewichtige Zweckmäßigkeitsrückichten eine andere Abhilfe räthlicher machten. Nach eingehender Prüfung der Acten habe sich nämlich die Commission überzeugen müssen, daß eine gründliche Trockenlegung der Bertramstraße auch nach Abstellung der gerügten Unregelmäßigkeiten nur durch eine Canalanlage erzielt werden könne. Immerhin möge nicht ohne Grund behauptet werden, daß die Uebelstände über welche seitens der Anwohner der Bertramstraße Klage geführt werde, erst in Folge der Pape'schen Anlage in solchem Grade fühlbar geworden seien; aber ebenso sei es Thatsache, daß schon vorher dieselben Klagen fort und fort laut geworden. In der That erklären sich jene Uebelstände zum großen Theile aus der zunehmenden Bebauung der Bertramstraße, indem dadurch die Auffaugungsfähigkeit des Bodens vermindert, der Traufensfall und die Abgänge an Spülwasser und dergleichen vermehrt worden seien. Aus diesen Gründen haben Sachverständige denn auch schon vor Jahren anerkannt, daß eine Canalisirung an dieser Stelle wünschenswerth wäre. Ebenso habe Herzogliche Polizeidirection anheim gegeben, von dem Verfahren gegen Pape abzusehen und vielmehr jene andre auch in sanitätischer Hinsicht höchst räthliche Maßregel in's Auge zu fassen. Auch der Antrag der Anwohner zielt nicht sowohl auf Inhibirung der erwähnten Uebergriffe, als vielmehr auf eine Canalisirung der Bertramstraße. Eine solche werde aber auch nicht übermäßig kostspielig sein. Von zwei vorliegenden Plänen veranschlage der eine die Kosten auf 1500 \mathfrak{P} ; der andere, welcher einen unterirdischen über das an der Bertramstraße belegene Birnbaum'sche Grundstück nach dem alten Festungsgraben zu leitenden Canal projective und, da der Eigenthümer jenes Grundstücks die Anlage gestatten wolle, am empfehlenswerthesten scheine, erfordere zu seiner Ausführung nur 400 \mathfrak{P} . Eventuell aber sei auch anzunehmen, daß das Entwässerungsgesetz eine Handhabe bieten werde, die Interessenten zu den Kosten heranzuziehen. Unter diesen Umständen müsse die Commission eine in der angegebenen Weise zu beschaffende radicale Abhilfe für das Gerathenste halten. Da indessen andererseits auch die principielle Bedeutung des durch den Obergerichtsadvocaten Pape hereingeführten Falles nicht verkannt werden könne, so gehe der Antrag der Commission dahin:

die Versammlung wolle zu der vom Magistrate beabsichtigten Processführung gegen den Obergerichtsadvocaten Pape unter der Bedingung ihre Zustimmung ertheilen, daß der Magistrat vor Anstellung des fraglichen Processes eine gütliche Einigung dahin versucht, daß der p. Pape und eventuell diejenigen Anwohner der Bertramstraße, welche bei deren Entwässerung mitinteressirt sind, in Verbindung mit dem Magistrate solche Entwässerung auf gemeinschaftliche Kosten durch einen unterirdischen, wo möglich über das an der Bertramstraße belegene Grundstück nach dem alten Festungsgraben resp. nach der Oer hinzuleitenden Canal herstellen.

Nach Eröffnung der Debatte

spricht sich zunächst Herr Bantler für die gründliche Entwässerung der Bertramstraße aus. Selbst 1500 \mathfrak{P} werde kein zu hoher Preis sein, um gerade an dieser Stelle, wo städtische Neubauten immer dichter anwachsen, eine definitive Regulirung

dieser so wichtigen Frage herbeizuführen. Werde dann das von dem Pape'schen Grundstücke abfließende Wasser in den Canal geleitet, so werde dasselbe wesentlich zur Reinhaltung desselben beitragen.

Herr Reck weist in gleicher Absicht darauf hin, wie eine für die Gesundheit höchst nachtheilige Infection des Bodens unvermeidlich sei, wenn das von den anliegenden Grundstücken abfließende Spülwasser wie bisher anhaltend müsse aufgesogen werden, wie aber ebenso auch eine Ableitung des Wassers von dem Pape'schen Grundstücke für die Wohnungen darauf durchaus erforderlich sei.

Auch Herr Graß ist mit der vorgeschlagenen radicalen Abhilfe einverstanden. In Anbetracht des Umstandes jedoch, daß der Obergerichtsadvocat Pape der Stadt nicht einfach als Eigenthümer, sondern zugleich auch als Speculant gegenüberstehe, werde es gerathen sein, bei dem Versuche einer Vereinbarung mit demselben strenger als sonst in ähnlichen Fällen darauf zu bestehen, daß von ihm ein erheblicher Beitrag zu den Kosten geleistet werde.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari findet gegen den Commissionsantrag nichts einzumenden. Da es sich aber im vorliegenden Falle um ein Princip handle, müsse sorgsam Alles vermieden werden, was die Frage von ihrem richtigen Wege abbringen könnte. Dazu aber scheine insbesondere der von Herrn Bautler und Herrn Reck geltend gemachte Gesichtspunkt geeignet. Allerdings — und dies verkenne der Magistrat am wenigsten — sei eine Entwässerung der Bertramstraße in hohem Grade wünschenswerth; keineswegs aber sei der Magistrat in der Lage, seinerseits ohne weiteres zu den erforderlichen Anlagen zu schreiten. Anderer Orten, z. B. in Dresden, müssen bei Erweiterungen der Stadt grade die betreffenden Grundbesitzer ganz besonders strenge Verpflichtungen übernehmen; nach den Gesichtspunkten der Herren Vorredner verfahren, hieße im Gegentheil der Stadt unerschwingliche Lasten aufbürden. Allerdings habe der Magistrat in Fällen wie der jetzt vorliegende gern die Hand geboten, begründeten Beschwerden abzuhefeln, billige Wünsche zu erfüllen. Immer aber sei als unerlässliche Bedingung einer Betheiligung der Stadt festgehalten, daß die Interessenten sich im Voraus zur Uebernahme eines entsprechenden Beitrags zu den Kosten bereit erklärten. Dies sei der allein richtige Weg, nicht aber der umgekehrte, welcher in diesem Falle beschritten worden: daß seitens Privater eigenmächtig dies und jenes unternommen und alsdann an den Magistrat die Forderung gestellt werde, die entstandenen Unbequemlichkeiten zu beseitigen. Diesem Verfahren gegenüber müsse der Magistrat vor allem den Rechtsgrundsatz sicher zu stellen suchen, daß Niemand zu Einrichtungen befugt sei, welche über sein eignes Grundstück hinausgreifen. Dies erreicht, werde der Magistrat einem gütlichen Vergleiche nicht abgeneigt sein; gegen die Anschauung aber müsse derselbe protestiren, als lege das in diesem und ähnlichen Fällen eingetretene Bedürfniß der Stadt *co ipso* die Verpflichtung auf, mit ihren Mitteln für dessen Befriedigung einzutreten.

Herr Kronheim anerkennt ohne Einschränkung das Recht des Magistrats, willkürliche Eingriffe, wie sie neuerdings in der Bertramstraße vorgekommen, abzuwehren; betont jedoch zugleich die Verpflichtung der Stadt, da wo durch natürlichen Anwachs neue Straßen entstehen, deren sachgemäße Gestaltung, zunächst auf dem bisherigen Wege, nach Möglichkeit zu befördern. Freilich aber werde dann darauf zu halten sein, daß die Stadt nicht mehr wie bisher in allen Richtungen und lediglich nach Maßgabe des persönlichen Beliebens der Grundbesitzer hinauschieße, daß vielmehr diese An-

bauten nach einem rationellen Plane geleitet werden, dessen schleunige Aufstellung demnach als ein dringendes Bedürfnis erscheine.

Der Herr Overbürgermeister Caspari erwidert, daß dieses Bedürfnis auch seitens des Magistrats anerkannt werde, und der Stadtbauemeister bereits beauftragt sei, einen solchen Plan zu liefern. Durch die erforderlichen umfangreichen Vermessungen sei dessen Abschluß einweilen noch verzögert; doch werde derselbe schon in nächster Zeit vorgelegt werden können.

Herr Bauler verwahrt sich gegen die Auffassung, als wolle er das mit Recht gerügte willkürliche Verfahren des Obergerichtsadvocaten Pape in Schutz nehmen, oder jeden Anbau vor den Thoren sofort mit allem städtischen Comfort ausgestattet wissen. Wenn aber ein Weg in dem Maße wie die Bertramstraße den Charakter einer wirklichen Straße angenommen habe, werde man, grade nach der bisher beobachteten Praxis, ein Entgegenkommen des Magistrats mit Recht erwarten dürfen, und nur dieses, nicht etwa daß die Stadt alle Lasten der gewünschten Anlage allein trage, habe er empfehlen wollen.

Nachdem Herr Leiste den Antrag der Commission als einen Compromiß entgegenstehender Principien nochmals empfohlen hat, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Es folgt hierauf

III. die Berathung des Entwurfs der neuen Feld- und Gartenordnung.

Herr Leiste, als Referent der Finanzcommission, motivirt zunächst die Anordnung dieses Entwurfs, welcher der Natur des Gegenstandes folgend, nach einer Reihe allgemeiner Bestimmungen (Abschn. I.) 1. vom Baugrunde, 2. vom Gartenlande und 3. vom Feldlande handle (Abschn. II. — IV.) hierauf die Vergütung und Schätzung von Gail und Gare, Bäumen und Gesträuchen normire (Abschn. V.) und mit Verfügungen über Aufrechterhaltung dieser Ordnung schliesse. Den Gesamttinhalt betreffend, seien Bedenken erhoben, ob die städtischen Behörden zu manchen der im ersten Entwurfe enthaltenen Anordnungen competent seien, sofern dieselben nämlich Bestimmungen privatrechtlicher, civilproceßlicher und strafrechtlicher Natur zur Geltung bringen sollten, welche die bestehenden Gesetze in der einen oder andern Weise modificiren würden. Diesen vom Magistrate als gegründet anerkannten Bedenken sei dann in den dem Entwurfe beigegebenen Modificationen und Zusätzen Rechnung getragen, so daß derselbe in dieser Beziehung keinen Anstoß mehr erregen könne.

Herr Bauler kündigt mehrfache anderweite Modificationsanträge an, welche nicht bloß aus seiner eigenen Meinung hervorgegangen, sondern das Resultat gemeinsamer Berathungen mit mehreren Mitgliedern der Versammlung seien.

§. 1 des Entwurfs, welcher die Gültigkeit der Feld- und Gartenordnung für alle sowohl von Einheimischen als von Fremden besessenen Grundstücke im Bezirk der Stadt Braunschweig feststellt, wird ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

§. 2, von der Eintheilung des Grund und Bodens innerhalb des städtischen Gebietes, bestimmt zunächst im Allgemeinen den Umfang von Baugrund, Garten- und Feldland, verweist hinsichtlich des Baugrundes auf die landesherrlichen Vermessungskarten von 1754, hinsichtlich des sogenannten alten Gartenlandes auf ein als Anlage beigelegtes Verzeichniß, und stellt außerdem eine Karte in Aussicht, auf welcher die

Grenzen des Baugrundes und des Gartenlandes, wie sich dieselben gegenüber dem Feldlande nach dem neuen Statut gestalten werden, genau verzeichnet werden sollen.

Der Herr Referent bemerkt, daß die Commission eine Gewähr für die Richtigkeit des erwähnten Verzeichnisses nicht übernehmen könne.

Herr Bantler beklagt den Mangel einer speciellen Karte. Nach den großen Veränderungen, welche während der letzten dreißig Jahre die Physiognomie der Stadt erlitten, könne die vorhandene ältere Karte in keiner Weise mehr als maßgebend betrachtet werden. Die hierin begründete Unsicherheit der Grenzen aber zwischen Baugrund und Gartenland einerseits, Gartenland und Feldland andererseits, werde unfehlbar eine Menge von Verwickelungen namentlich aber vielfache Streitigkeiten der Nachbarn über die Benutzung der Grundstücke zu Baulichkeiten, zur Folge haben. Biete nun auch in dieser Beziehung §. 3 eine Art von Correctiv, so erfordere derselbe doch noch eine Ergänzung. Der Herr Redner deutet dieselben an, behält sich jedoch einen Antrag bis zur Discussion von §. 3 vor.

Herr Flagge belegt durch specielle Anführungen die theilweise Unrichtigkeit des mitgetheilten Verzeichnisses der alten Gartenländereien und knüpft daran den Antrag, dasselbe vor Beschlußfassung über §. 2 nochmals zu prüfen.

Der Herr Stadtrath Rittmeyer bezeugt namens des Magistrats dessen Bereitwilligkeit zu der gewünschten Revision wenn schon jenes Verzeichniß von Gartengeschworenen aufgestellt und der Magistrat diesen allein Sachkundigen gegenüber nicht in der Lage sei, eine eigentliche Controle auszuüben.

Herr Lissa ben constatirt, daß auch die Ansicht der Gartengeschworenen in dieser Angelegenheit vielfach auseinandergehe, eine genaue Feststellung des fraglichen Verzeichnisses ihre großen Schwierigkeiten habe. Jedenfalls werde dieselbe nicht ohne eine specielle Karte zu erreichen sein, deren baldige Herstellung eben deshalb doppelt wünschenswerth sei.

Während Herr Gravenhorst sich dem Antrage des Herrn Flagge anschließt, eventuell die Berufung auf das Verzeichniß ganz zu unterlassen vorschlägt,

wünscht Herr Leiste, mit den Bedenken des Herrn Vorredners übrigens einverstanden, bei Beschlußnahme über §. 2 wenigstens den Vorbehalt gemacht zu sehen, daß jenes vorläufige Verzeichniß einer Revision zu unterziehen und endgültig in der Versammlung festzustellen sei.

Der Herr Vorsitzende hält dafür, daß dies nicht Aufgabe der Versammlung sein könne, daß aber alle Bedenken erledigt werden könnten, indem heute über jenes Verzeichniß überall keine Erklärung der Versammlung veranlaßt, über den §. vielmehr nur in der Voraussetzung abgestimmt würde, daß irgend ein Verzeichniß erfolgen solle, bei dessen Feststellung die Versammlung in geeigneter Weise mitwirke.

In diesem Sinne wird denn auch §. 2 von der Versammlung genehmigt.

§. 3 setzt fest, daß dem Garten- und Feldland, wofern es dem öffentlichen Interesse entspricht, vom Magistrate unter Zustimmung der Stadtverordneten und nach eingeholter Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums die Eigenschaft als Baugrund beigelegt, unter gleichen Voraussetzungen auch Feldland in Gartenland verwandelt werden, keine solcher Verfügungen aber früher zwischen den Nachbarn getroffene privatrechtliche Vereinbarungen berühren könne.

Der Herr Referent motivirt diese Bestimmungen mit der natürlichen Annahme, daß mit dem Anwachsen der Stadt auch das Bedürfniß nach neuem Baugrunde

entstehen werde. Eine Rückbildung von Baugrund zu Garten oder Feldland vorzusehen, habe nach diesem Ausgangspunkte der Erwägung fern gelegen. Auf seine frühern Ausführungen zurückkommend weist Herr B a u t l e r darauf hin, daß, wenn schon durch diese Bestimmungen die Möglichkeit geboten sei, Feld- und Gartenland in Baugrund zu verwandeln, dagegen, doch, durch Remonstrationen wirklich oder vorgeblich geschädigter Theile vielfach Schwierigkeiten erhoben werden möchten, falls nicht auch die Entschädigungsfrage durch das Statut geregelt sei. Demnach empfehle sich etwa folgende Zusatzbestimmung:

Bei Umwandlung von Feld- oder Gartenland zu Baugrund ist der durch Beobachtung der Grenzlinie den Nachbarn zugefügte Schaden durch Sachverständige festzustellen und von dem Bauunternehmer zu ersetzen. Die Entscheidung darüber, ob eine Entschädigung einzutreten habe oder ob die Umwandlung im öffentlichen Interesse ohne Entschädigung vorzunehmen sei, steht beim Magistrate.

Wenn nun ferner §. 2 neben dem alten Gartenlande als „neues“ den gesammten separirten Grund und Boden der Weichbildsgemeinden bezeichnet, während dieser thatsächlich doch noch keineswegs überall als solches benutzt werde, so sei allerdings auch der Fall möglich, daß auf diesem Gebiet die verschiedenartigen Interessen der Eigenthümer in Collision gerathen, und dürfte es daher vielleicht gerathen erscheinen, eine Verfügung zu treffen, vermittels deren erforderlichen Falls vom Gartenlande wieder zum Feldlande gelegt werden könnte. Allerdings aber scheint dieser Punkt, wie auch der Herr Referent hervorgehoben, von geringerer Wichtigkeit, und dürfe demnach allenfalls eine Entschließung darüber der Zukunft überlassen bleiben.

Gegenüber dem letzten Bedenken betont Herr L i s s e b o n die Thatsache, daß nach Ablösung der Schäferei- und Jagdgerechtsame das Gartenland kaum noch vom Feldlande verschieden sei, daß also da, wo Garten- und Feldbau durcheinander betrieben werde, die Nachbarn sich nur noch wegen des Pflügens zu vertragen haben, auch diese Nothwendigkeit aber in Wirklichkeit kaum noch eintrete, da der weitaus größte Theil des Feldlandes keinen Pflug mehr sehe.

Herr F l a g g e hält die angeregte Entschädigungsfrage für irrelevant, da die Gartenbesitzer ohne Ausnahme aller Wahrscheinlichkeit nach durchaus damit zufrieden sein würden, wenn ihre Grundstücke die Eigenschaft als Baugrund empfangen. Die Rückbildung von Garten in Feldland dagegen scheine allerdings vorgesehen werden zu müssen, da an einzelnen Stellen — der Herr R e d n e r erläutert dies durch ein Beispiel — die Verhältnisse keinesfalls so einfach liegen wie Herr L i s s e b o n meine. Demnach stellt Herr F l a g g e den Antrag, den betreffenden Passus in §. 3 so zu fassen:

„Unter gleichen Voraussetzungen kann auch Feldland in Gartenland und Gartenland in Feldland umgewandelt werden.“

Herr L e i s t e mißt diesem Antrage keine wesentliche Bedeutung bei, da es, wie die Sachen einmal liegen, nichts verschlagen würde, wenn alle hinsichtlich des Gartenlandes gültigen Bestimmungen auch auf das Feldland angewandt würden. Mit Unterschiedenheit erklärt sich der Herr R e d n e r gegen den Antrag des Herrn B a u t l e r. Wo Gartenland in Baugrund umgewandelt werde, gewinne dasselbe einen höhern Werth, werde also in der Regel ein Anspruch auf Entschädigung auf keiner Seite hervortreten. Gesezt aber auch, es finde einer der Interessenten mit Recht oder mit

Unrecht sich durch diese Maßregel geschädigt, so würde es doch absolut verkehrt sein, den vereinzelt kleinen Nachtheil aus dem Zusammenhange gerissen und für sich allein in Betracht zu ziehen, und für dergleichen unberechtigte Ansprüche eine statutenmäßige Handhabe zu schaffen.

Herr Bantler hält diesen Einwand deswegen für unzutreffend, weil die bezügliche Bestimmung in §. 3 doch nur eben den Sinn haben könne, daß Jedem die Möglichkeit eröffnet werden solle, auf seinem einzelnen immerhin kleinern Gartengrundstücke bis an die Grenze zu bauen.

Herr Overbürgermeister Caspari. Der von Herrn Flagge eingebrachte Antrag scheine durchaus nicht überflüssig, weil allerdings sehr wohl der Fall eintreten könne, daß die Besitzer eines größern Complexes separirter Ländereien dessen Umwandlung in Feldland für vortheilhafter halten und auch der Magistrat dies billig finden müsse. Auf solchen Fall aber gebe der beabsichtigte Zusatz dem letztern eine bequeme Handhabe, die Verhältnisse zweckdienlich zu reguliren. Dagegen sei Herrn Bantler's Antrag in hohem Grade bedenklich. Derselbe beruhe, wie Herr Bantler selbst soeben constatirt habe, auf einer durchaus irrigen Auffassung des Statuts. Denn dieses beabsichtige ganz und gar nicht, jedem einzelnen Grundbesitzer die Möglichkeit zu eröffnen, aus seinem kleinen Besitze Baugrund zu machen, sondern könne nur den Zweck haben, ein ganzes neues Revier, welches bis dahin Feld- oder Gartenland war, für Baugrund zu erklären, die Beschränkungen, welche seiner Bebauung entgegenstanden, aufzuheben, und zwar im öffentlichen Interesse, welches von dem Falle, welchen Herr Bantler im Auge habe, überall nicht berührt werde. Eine Benachtheiligung der Grundbesitzer aber sei dann um so weniger wahrscheinlich, als Magistrat und Stadtverordnete dabei nie einseitig verfahren, sondern durch Verhandlungen mit den Interessenten das Billige feststellen würden, bevor sie eine Entscheidung trafen. Der von Herrn Bantler geforderte Zusatz würde Entschädigungsansprüche geradezu provociren, während andererseits gewiß sei, daß die gegenseitigen Interessen wie im allgemeinen so auch in diesem Falle sich am besten selbst reguliren werden.

Herr Bantler läßt hierauf seinen Antrag für jetzt fallen, jedoch mit dem Vorbehalt denselben bei Gelegenheit von §. 13 wieder aufzunehmen, und concentrirt sich nunmehr die Discussion auf den von Herrn Flagge beantragten Zusatz.

Dem von den Herren Duenstedt und Rischbieter geltend gemachten und durch eine eingehende Darlegung der von ihnen beobachteten factischen Verhältnisse unterstützten Einwande, daß der vorgesehene Fall kaum jemals eintreten werde,

stellt der Herr Overbürgermeister die Bemerkung entgegen, daß hierin doch immerhin eine Täuschung möglich, jedenfalls aber auch vom Standpunkte der beiden Herren aus jener Zusatz unbedenklich sei, während der Magistrat die Annahme desselben wünschen müsse, um auf alle Fälle freie Hand zu behalten.

Herr Lissebon macht den Vorschlag, die bestehende Meinungsdivergenz durch eine entsprechende Abänderung der im §. 2 gegebenen Definition des Begriffes »Gartenland« zu beseitigen,

und schließt diesem Vorschlage auch Herr Bode sich an, da es in der That eine Willkür sei, alles separirte Feldland schlechthin für Gartenland zu erklären.

Dem entgegen glaubt der Herr Stadtrath Rittmeyer für den Magistrat die Anerkennung beanspruchen zu dürfen, daß bei Feststellung dieses §. mit aller erdent-

licher Umsicht verfahren sei. Gartengeschworene und Deputirte haben dabei mitgewirkt, und gerade auf den ausdrücklichen Wunsch dieser Sachverständigen sei die angefochtene Bestimmung in das Statut aufgenommen.

Eine Wiederaufnahme der Discussion über §. 2 wird von der Versammlung abgelehnt und zugleich die Discussion über §. 3 geschlossen, welcher sodann mit dem von Herrn Flaggé beantragten Zusatz vorbehältlich der etwa erforderlichen redactionellen Aenderungen angenommen wird.

Die Fortsetzung der Berathung wird hierauf wegen der vorgerückten Tageszeit auf die nächste Sitzung verschoben.

und damit die heutige Sitzung geschlossen.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 215. Stücke de 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 6.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 6. Juni 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Kellner, Kloss, Overlach, Rischbieter und von Seckendorf.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Sitzung eröffnet hat, schreitet die Versammlung der Tagesordnung gemäß

I. zur Wahl von zwei städtischen Deputirten für das auf die drei Tage vom 23. bis 25. August angelegte Aushebungsgeschäft, und werden dazu die Herren Rischbieter und Quenstedt, zu deren eventuellem Stellvertreter Herr Rothdurf bestimmt.

Die Tagesordnung unterbrechend

II. berichtet der Herr Vorsitzende über einen nachträglich unterm 2. d. M. eingegangenen Antrag des Magistrats: dem Lehrer Herrmann 25 fl zum Zweck des Besuches der allgemeinen Turnlehrerversammlung zu bewilligen, welche im Laufe dieses Sommers zu Stuttgart stattfinden und vornehmlich die Frage discutiren wird, ob das in Würtemberg und mehreren andern süddeutschen Staaten befolgte, in erster Linie auf die Wehrhaftmachung der Jugend gerichtete, oder das in Norddeutschland vorherrschende Fahn-Spies'sche System, welches mehr die allgemeine körperliche Ausbildung bezweckt, den Vorzug verdiene.

Bei der großen Bedeutung dieser Frage für das gesammte Turnwesen glaubt der Magistrat sich der beantragten Bewilligung nicht entziehen zu können; zugleich beabsichtigt derselbe, dem Lehrer Herrmann ein Referat über die Ergebnisse der Versammlung aufzugeben.

Durch den Herrn Vorsitzenden empfohlen, wird der Magistratsantrag auch von der Versammlung genehmigt,
nachdem

Herr Reck den Wunsch ausgesprochen, daß etwas lebhafter als bislang mit der Einführung des Turnens als obligatorischen Theils des Schulunterrichts möchte vorgegangen werden,

der Herr Vorsitzende darauf hingewiesen hat, wie eben in dieser Hinsicht auch der von dem Lehrer Herrmann zu erwartende Bericht förderlich sein werde.

Hierauf

III. tritt die Versammlung in die Berathung der bereits in voriger Sitzung zum Bericht gelangten Grundzüge einer Reorganisation des Nachtwachenwesens ein.

Anknüpfend an diejenige Bestimmung des Entwurfs, wonach das Wächtercorps, soweit es jeweils nicht in Thätigkeit begriffen ist, bei ausbrechendem Feuer der Löschmannschaft zu Hilfe eilen und zu diesem Behuf mit einer kleinen Spritze ausgestattet werden soll, beantragt Herr Reuter, daß in die auszugebende Instruction die Verpflichtung aufgenommen werde, an den Uebungen der Feuerwehr theilzunehmen und wenigstens bei größeren Feuersbrünsten sich auch am Tage einzufinden.

Herr Bautler, gestützt auf die Erfahrung, daß in Fabriken die Ablösung nach halbem Nachtdienst den Arbeitern keineswegs angenehm sei, stellt zur Erwägung, ob die gleiche Einrichtung im vorliegenden Falle die beabsichtigte Wirkung haben, oder ob es nicht vielmehr zweckmäßiger sein werde, die Wächter von Nacht zu Nacht abwechseln zu lassen. Falls man sich aber dennoch für ersteres glaube entscheiden zu müssen, werde die verhältnismäßig doch nur seltene Eventualität eines Feuers es kaum rechtfertigen könne, die Abgelösten im Wachlocal zurückzuhalten, da sie zu ihrer Tagesarbeit, der auch der neue Gehaltsatz sie keineswegs überhebe, unstreitig tüchtiger sein würden, wenn sie für den Rest der Nacht in ihrer Behausung der Ruhe pflegen könnten. Von dieser Erwägung geleitet, stellt Herr Bautler den entsprechenden Antrag.

Dem gegenüber erinnert Herr Lissebon daran, daß der im Wachlocal zur Verfügung bleibenden Mannschaft Decken und Matrasen geliefert werden sollen, für die Sammlung ihrer Kräfte also einigermaßen gesorgt sei. Auf Herrn Reuter's Bemerkung eingehend erklärt Redner, die angezogene Bestimmung dahin verstanden zu haben, daß die Reserve der Gefahr nur im ersten Moment mit ihrer Spritze entgegenwirken, dann aber nachdem die Feuerwehr angetreten, gleich den anderen 16 Mann zum Patrouillendienst verwandt werden solle, welcher bei der in solchen Fällen entstehenden Unruhe doppelt nöthig. Zu einer derart beschränkten Hilfleistung aber werde es regelmäßiger Uebungen kaum bedürfen.

Herr Leiste tritt den Vorschlägen des Herrn Bautler zunächst mit dem formellen Bedenken entgegen, daß dieselben in das Detail der Organisation eingreifen, welches nach dem Antrage des Magistrats und der Commission ersterm überlassen bleiben solle. Sachlich scheine dagegen einzuwenden, daß einmal die Analogie der Fabrikarbeiter auf die vorliegende Frage keine Anwendung finde, da der abgelösten Mannschaft Gelegenheit gegeben werde, im Wachlocal die nöthige Ruhe zu finden, sodann aber, ganz abgesehen von dem Zweck einer Unterstützung der Löschmannschaft, auch für andere Eventualitäten, bei denen die Mitwirkung des gesammten Wächtercorps erforderlich sein könne, dessen beständige Vereinigung an einem Orte höchst wünschens-

werth sei. — Herrn Reuter's Wünsche betreffend, so werde die Verwendung der Reserve beim Löschwesen als Neben Zweck allerdings in's Auge zu fassen sein; wollte man aber die Leute zu Uebungen und weitergehenden Leistungen während der Tageszeit nöthigen, so würde dies eine höhere Bezahlung bedingen und überdies leicht den Hauptzweck gefährden, als welcher unter allen Umständen der Sicherheitsdienst zu betrachten sei. Beiden Modificationen anträgen gegenüber werde es sich unbedingt empfehlen, den Grundgedanken der Magistratsvorlage festzuhalten.

Den gegen Herrn Bautler's Ausführungen vorgebrachten Gründen schließt auch Herr Reuter sich an. Zur Begründung seiner eigenen Meinung dagegen verweist derselbe auf die Nothwendigkeit, Leute, welche beim Löschwesen verwandt werden sollen, darauf auch vorzubereiten. Dieses Erforderniß sei anderer Orten bereits anerkannt; in Leipzig z. B. übe man nicht nur die Nachtwächter, sondern auch die Laternenanstrecker ein. Da hier zu Braunschweig die Uebungen der Feuerwehr nur viermal im Jahre und zwar an Sonntagmorgen stattfinden, so werde die Theilnahme an denselben kaum als eine Leistung anzusehen sein, für die ein höherer Gehalt gewährt werden müßte. Redner bringt demnach den Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, daß in die Instruction der Wächter die Bestimmungen aufgenommen werden:

Die Nachtwächter müssen an den Uebungen der besoldeten Feuerwehr theilnehmen. Falls am Tage ein großes Feuer ausbricht, haben sie sich mit der ihnen überwiesenen Spritze auf der Brandstelle einzufinden.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, aus den Gründen, die schon Herr Leiste entwickelt, den Vorschlägen Herrn Bautler's nicht beistimmen zu können. Gegen die von Herrn Reuter beantragten Uebungen werde nichts einzuwenden sein, da dies eine im voraus und ganz bestimmt zu normirende Leistung; wohl aber sei zu wünschen, daß der zweite Theil des Antrages ausfalle, weil dieser den Leuten eine Function auferlegen würde, die, unberechenbar wie sie sei, möglicherweise mit dem Hauptdienste zum Schaden desselben in Collision gerathen könnte, während ihre möglichen Vortheile nie von großem Belang sein würden.

Herr Bautler zieht hierauf seinen Antrag zurück, indem er zugleich in Uebereinstimmung mit Herrn Lissebon empfiehlt, die Verwendung des Wachtercorps zum Löschdienst auf die ersten Maßregeln nach Ausbruch eines Feuers zu beschränken, um hierauf mit doppelten Kräften die Ueberwachung der Stadt versehen zu lassen.

Herr Reuter ist der Meinung, hierzu werde die einfache Wächterzahl unter allen Umständen ausreichen. Für Feuersbrünste am Tage wünsche er mit seinem Antrage allerdings die immerhin doch nicht zu verachtende Hilfe von 32 geübten Männern disponibel machen; da nichts entgegenstehe, die Hälfte derselben Abends zum Wachtdienst zu entlassen, so sei die Wahrscheinlichkeit der befürchteten Beeinträchtigung desselben nicht wohl abzusehen. Müßte man ja für diese Leistungen ein besonderes Honorar verwilligen, so werde ein solches in den Fällen, welche Redner im Sinne habe, sicherlich wohl angewandt sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Herr Vorredner bringe nicht in Anschlag, daß die Discharbeit ermüde und durchnässe, also in aller Weise eine schlechte Vorbereitung auf den nächtlichen Wachtdienst sei. Halte man das Löschpersonal für ungenügend, so werde es zweckmäßiger sein, dasselbe zu vergrößern. Mache aber die Versammlung Herrn Reuter's Wünsche zu den übrigen, so werde der Magistrat in die

üble Lage versetzt werden, der Herzöglichen Polizei-Direction gegenüber auf eine Einrichtung bestehen zu müssen, welche er nach bestem Ermessen für schädlich halten müsse. Demnach könne er nur anheimgeben, von diesem Punct abzusehen.

Es werden alsdann der erste Punct des von Herrn Reuter gestellten Antrags genehmigt, der zweite abgelehnt, die drei Magistratspropositionen dagegen einstimmig angenommen,

worauf

IV. die Versammlung die in voriger Sitzung abgebrochene Discussion des Entwurfs der neuen Feld- und Gartenordnung wieder aufnimmt.

§. 4 derselben, welcher allgemeine Grundsätze über die rechtliche Qualität des Baugrundes aufstellt, wird ohne weiteres genehmigt.

§. 5, von lebenden Hecken beginnt mit der Bestimmung, daß diese wie andere Befriedigungen unmittelbar auf die Grenze gesetzt werden können, ihre Höhe jedoch nicht über 6 Fuß und nicht unter 5 Fuß betragen darf.

Herr Bantler befürchtet, daß es hiernach den Anschein gewinnen könnte, als wenn in keinem Falle eine Höhe unter 5 Fuß statthaft sein solle. Da dies aber nicht wohl die Absicht sein könne, vielmehr der Uebereinkunft unter den Nachbarn einiger Spielraum zu lassen sei, so werde es sich empfehlen, am Schlusse des §. 5 noch den Zusatz anzuhängen:

»Lebende Hecken, welche unmittelbar das Nachbargrundstück berühren, können nach gemeinsamer Uebereinkunft auch niedriger als 5 Fuß gehalten werden.«

Während Herr Aronheim jene Verfügung auch deswegen für wenig sachgemäß hält, weil möglicherweise das natürliche Wachsthum der Hecke hinter dem geforderten Maße zurückbleiben kann,

Herr Flaggé in gleicher Absicht wie Herr Bantler einfach die Weglassung der Worte »und nicht unter 5 Fuß« vorschlägt,

glaubt Herr Leiste, daß es bedenklich sein würde, die niedrigste Höhe nicht zu normiren, wenigstens soweit es sich um Außenbefriedigungen handle.

Dem gegenüber erklärt der Herr Stadtrath Rittmeyer, daß die in Frage stehende Bestimmung nicht ein öffentliches, sondern lediglich das Interesse der Nachbarn bezwecke. Einer Uebereinkunft unter diesen, wie solche Herr Bantler in's Auge fasse, stehe demnach nichts entgegen. Es sei diese Bestimmung auf besondern Wunsch der Gartenschworenen in den Entwurf aufgenommen, um eine Norm zu haben, falls etwa die Parteien sich nicht einigen könnten; der Magistrat lege darauf keinen besondern Werth.

Herr Liffeson bittet, ebenfalls aus Zweckmäßigkeitsrücksichten, den Satz unverändert zu lassen. Wo eine Hecke erst anzupflanzen sei oder im Wachsthum zurückbleibe, könne einstweilen ein Stakett der Anforderung genügen.

Herr Aronheim. Sollte das Verbot eines Maßes unter 5 Fuß, wie dies nach der soeben seitens des Magistrats abgegebenen Erklärung in der That der Fall zu sein scheine, nur dazu dienen, die Grundstücke vor unbefugtem Eintritt der Nachbarn zu bewahren, so sei es vollends ungerechtfertigt, da Niemand Maßregeln zum Schutze seines Eigenthums Andern auferlegen könne.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari empfiehlt als den geeignetsten Ausweg in §. 5, wie von Herrn Flaggé vorgeschlagen, die Worte »und nicht unter 5 Fuß«

zu streichen, im §. 4 aber nach den angezogenen §§. 58—62 der Bauordnung noch §§. 66 derselben einzuschalten,
und zieht Herr B autler alsdann zu Gunsten dieses Vorschlages seinen Antrag zurück.

Die gleichfalls in §. 5 ausgesprochene Verpflichtung zum »ordnungsmäßigen« Beschneiden der auf Grenzlinien stehenden lebenden Hecken wünscht Herr Flagge dahin erläutert zu sehen, daß dasselbe einmal im Laube bis Johannis, einmal außer Laubes im Herbst vorzunehmen sei, — eine Vorschrift, durch welche allen Chicanen am wirksamsten vorgebeugt werde,

für die daher auch Herr Lissebon sich ausspricht.

Herr Struck dagegen hält ein einmaliges Beschneiden für ausreichend, und derselben Meinung ist Herr B autler, welcher indessen mit Herrn Flagge darin übereinstimmt, daß eine bestimmte Frist, und zwar spätestens auf Johannis, für das Beschneiden festgesetzt werde.

Herrn Leiste scheint dies um so bedenklicher, als jedes Verfehlen wider die Gartenordnung strafrechtlich verfolgt werden solle; zugleich aber auch unnöthig, nachdem durch Anziehung von §. 66 der Bauordnung das ästhetische Interesse bei Außenbefriedigungen gewahrt sei.

Herr Stadtrath Rittmeyer theilt mit, daß der Antrag des Herrn Flagge auch bei der Vorberathung schon zur Sprache gekommen, die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen aber wenig geneigt gewesen sei, dergleichen detaillirte Bestimmungen in den Entwurf aufzunehmen, zumal da der Ausdruck »ordnungsmäßig« für Jeden, der die in Betracht kommenden Verhältnisse einigermaßen kenne, durchaus genüge.

Der zweite Antrag des Herrn Flagge wird demnach abgelehnt.

Ferner beantragt Herr Flagge, daß an dieser Stelle der Grundsatz ausgesprochen werde: Hecken müssen den Pflanzen weichen.

Nachdem jedoch der Herr D e r b ü r g e r m e i s t e r die Unzulässigkeit desselben nachgewiesen, indem Hecken ein gemeinsames Eigenthum zweier Nachbarn seien, welches der Wille des einen nicht beseitigen könne,

zieht Herr Flagge diesen Antrag zurück,

und wird hierauf §. 5 mit Auslassung der Worte »und nicht unter 5 Fuß« genehmigt.

§. 6, von Bäumen, Gesträuchen und Früchten handelnd, setzt u. a. fest, daß Zweige und Wurzeln, welche in des Nachbarn Grundstück hineinragen, durch diesen selbst entfernt werden dürfen, wenn seine Aufforderung zur Beseitigung derselben von dem Eigenthümer unbeachtet bleibt.

Herr B autler empfiehlt vor dem Worte »unbeachtet« einzuschalten: »acht Tage lang«, da ohne solche Einschränkung vielfache Streitigkeiten zwischen den Nachbarn einreißen möchten.

Dem Einwand des Herrn Leiste, daß eine Frist, welche allen praktischen Vorkommnissen gerecht werde, schwerlich zu ermitteln sei, und daß am besten daher in dieser Beziehung überall keine bestimmte Vorschrift zu erlassen sein dürfte,

wird von Herrn Lissebon der Fall entgegen gehalten, daß etwa ein Baum welcher in angemessener Entfernung von der Grenze steht, durch seine Fruchtlast darüber hinausgezogen werde. Wenn in solchem Falle, wo der Eigenthümer mit,

Leichtigkeit durch Stützen Abhilfe schaffen könne, der Nachbar alsbald die überhängenden Zweige abschnitte, so würde dies keineswegs der Billigkeit entsprechen. Dieser und ähnlichen Unzuträglichkeiten aber werde der von Herrn Bantler in Anregung gebrachte Zusatz wirksam vorbeugen.

Herr Struck, in Anbetracht der Störung, welche die Vegetation der Bäume durch unzeitige Wegnahme eines Zweiges oder einer Wurzel erleiden kann, hält es für geboten, jene Selbsthilfe nur während des Winters zu gestatten.

Dagegen macht Herr Bantler geltend, daß überragende Zweige und Wurzeln den Betroffenen gerade im Sommer schädigen, die auf den Winter verschobene Abhilfe also erst im folgenden Jahre wirksam sein würde;

Herr Leiste, daß der Antrag des Herrn Struck eine wesentliche Abänderung bestehender Rechtsverhältnisse einschließe, zu der die städtischen Behörden nicht befugt seien, während das von Herrn Bantler vorgeschlagene *modicum tempus*, welchem Redner nach den Ausführungen des Herrn Lissabon zuzustimmen geneigt ist, allerdings gemeinrechtliche Geltung habe.

Herrn Bantler's Antrag und im übrigen auch §. 6 wird von der Versammlung angenommen.

Dhne Discussion genehmigt dieselbe hierauf

§. 7, welcher das Verfahren bei Erhöhung und Vertiefung des Erdbodens regelt, ferner die §§. 8 — 11, welche, zu Eingang des III. Abschnittes, die hinsichtlich der Binnenbefriedigungen angenommenen Grundsätze, und ebenso §. 12, welcher die Beschaffenheit der Außenbefriedigungen sowie deren Entfernung von der Grenze feststellt.

§. 13, die Entfernung der auf Gartenland errichteten Häuser und anderen Baulichkeiten von der Grenzlinie betreffend, giebt

Herrn Bantler Veranlassung, seinen bereits bei §. 3 gestellten Antrag auf eine die Umwandlung von Gartenland in Baugrund sowie die eventuelle Entschädigung der dadurch beeinträchtigten Theile bezweckende Zusatzbestimmung (§. 9 des Protokolls vom 23. Mai) nochmals einzubringen. Der Herr Antragsteller geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die in §. 3 für größere Strecken vorgesehene Umwandlung auch für kleinere Gebiete im öffentlichen Interesse wünschenswerth sein könne, z. B. in der Absicht, um bei voraussichtlicher Erweiterung der Stadt in einer bestimmten Richtung dort im voraus den Schluchten und Winkeln entgegenwirken, welche §. 34 der Bauordnung vermieden wissen wolle. In solchen Fällen werde die empfohlene Bestimmung der Stadt eine Handhabe bieten, Eigenthümer, welche einem privaten Abkommen sich unzugänglich zeigen, zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Diese Bestimmung erfährt lebhaften Widerspruch Seitens der Herren Aronheim und Leiste und des Herrn Oberbürgermeister Caspary, welche ausführen, daß falls wirklich einmal irgend ein öffentliches Interesse die Benutzung eines einzelnen Gartengrundstückes als Baugrund erfordern sollte, es an Mitteln nicht fehlen werde demselben zu genügen; daß aber die Bestimmungen von §. 34 der Bauordnung dazu schwerlich je Veranlassung geben werden, da auf deren Durchführung außerhalb der Stadt nach Lage der Dinge von vornherein verzichtet werden müsse. Herr Bantler's Antrag laufe darauf hinaus, den jetzigen Zustand, vermöge dessen die Gebäude auf Gartenland in gewisser Entfernung von der Grenzlinie zu halten sind, dahin zu modificiren, daß bei Uebertretungen nicht mehr die Wegnahme der störenden Bauten, sondern nur eine Entschädigung gefordert werden könne; dies aber wäre nichts anderes

als die Expropriation zu Gunsten Einzelner, eine flagrante Rechtsverletzung, zu welcher die Regierung niemals ihre Zustimmung ertheilen würde.

Herr B autler zieht hierauf seinen Antrag zurück, da die Entschädigungsfrage allerdings nur von secundärer Bedeutung zu sein scheine, sein hauptsächlichstes Motiv vielmehr die Rücksicht auf die unvermeidliche Ausdehnung der Stadt und die augenscheinliche Unzulänglichkeit des gegenwärtig vorhandenen Baugrundes gewesen, nach den stattgefundenen Erläuterungen aber das öffentliche Interesse in dieser Hinsicht durch §. 3 sicher gestellt sei.

Herrn Fl agge's Antrag, als normale Breite der Wege und Straßen statt 40 Fuß 48 anzuordnen, wie dies schon zum öftern als wünschenswerth bezeichnet, wird von der Versammlung genehmigt und hierauf §. 13 im Uebrigen gleichfalls angenommen.

In §. 14, welcher die Anlage von Brunnen, Düngergruben und Gassen betrifft, glaubt Herr B autler die Meinung voraussetzen zu dürfen, daß Gassen nur da angelegt werden sollen, wo sie einen Abfluß haben. Um jedoch Mißverständnissen vorzubeugen, empfiehlt Redner dies gradezu auszusprechen.

Herr L i s s e b o n würde einer solchen Vorschrift, welche allerdings das wünschenswerthe bezeichne, zustimmen, wenn dieselbe nicht eine Inconsequenz enthielte, sofern nämlich Düngergruben gestattet seien.

Der Herr Stadtrath R ittmeyer hält dieselbe, falls dadurch eine absolute Beiseitigung aller unreinen Flüssigkeiten bezweckt werden solle, für unausführbar; falls aber die Absicht sei, ein gehöriges Gefälle der Gassen zu erzielen, werde man sie für überflüssig halten müssen, weil dies schon durch die Bestimmung erreicht werde, daß die Gassen keine stagnirende Flüssigkeiten enthalten dürfen.

Der Herr Oberbürgermeister C a s p a r i fürchtet, daß an eine Vorschrift solcher Art Conclusionen geknüpft werden könnten, welche nicht beabsichtigt seien, und empfiehlt demnach den Entwurf in diesem Punkte unverändert zu lassen.

Nachdem hierauf Herr B autler seinen Antrag zurückgezogen hat, wird §. 14 unverändert angenommen,

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.
indem wegen vorgerückter Tageszeit Fortsetzung und Schluß der Berathung für die nächste Sitzung vorbehalten wird.

In vertraulicher Sitzung verwilligten die Stadtverordneten ein Extraordinarium.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 237. Stücke der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 11. Juli 1867.

Abwesend und als entschuldigt angenommen die Herren Kellner, Rimpau, Schmidt, v. Sedendorf, Bieweg, Westermann.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet. Vor Wieder-
aufnahme der Berathungen über die neue Feld- und Gartenordnung sind einige neuere
Magistratsanträge zu erledigen.

I. Wie ein Schreiben vom 16. Juni mittheilt, ist der Bau der neuen hö-
heren Töchter Schule soweit vorgeschritten, daß voraussichtlich wenigstens die Schul-
räume schon zu Michaelis in Benutzung genommen werden können. Zu diesem
Ende ist die schleunige Bestellung des nöthigen Inventars erforderlich, welches nebst
den im frühern Anschlage noch nicht berücksichtigten sonstigen Vorrichtungen zur In-
standsetzung des Hofes, der Nebengebäude, der Wohnung für die Schulwärterin u.
einen Aufwand von 6607 fl 9 gr erfordern wird. Da Ersparnisse hierbei nicht
thunlich sind, wenn die Schule zweckmäßig eingerichtet und das Ganze mit dem
schönen Schulgebäude in Einklang gebracht werden soll, der generelle Anschlag auch,
nach welchem die Gesamtkosten der Anlage auf 65275 fl berechnet waren, selbst
bei dieser Ausgabe noch nicht erreicht wird, empfiehlt der Magistrat der Versamm-
lung, sich mit der Verwendung obiger Summe einverstanden zu erklären.

Die Schul- und die Finanz-Commission, für welche Herr Bode berichtet, schließt sich diesem Antrage an,

und wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

II. Der Gemeindeschullehrer L. Kiehn, Neujahr 1862 für die erste Knabenklasse der südlichen untern Bürgerschule angestellt, seit dem Sommer d. J. 1864 aber zur Wiederherstellung seiner sehr schlechten Gesundheit fast ununterbrochen beurlaubt und durch einen Aushilfslehrer vertreten, zu dessen Remunerirung er jährlich 120 ₰ von seinem Gehalte abgetreten, hat auf Anmahnung Herzogl. Consistorii unter Einreichung eines ärztlichen Attestes um seine Pensionirung gebeten, jedoch mit dem Antrage, ihm den Wiedereintritt in sein Amt nach erfolgter Genesung zu sichern. Der Magistrat hält die Pensionirung für durchaus nothwendig, die erbetene Zusicherung für unbedenklich, und stellt demnach in einem Schreiben vom 9. Juli den Antrag auf Zustimmung seitens der Versammlung. Da ferner jene innegelassenen 120 ₰ bisher dazu verwandt sind, den Lehrer der sechsten Mädchenklasse mittlerer Bürgerschule westlichen Bezirks, welche wegen der großen Zahl von 114 Schülerinnen hat getheilt werden müssen, für seinen Unterricht zu honoriren, diese Einrichtung aber auch für die Folge beibehalten werden muß, so trägt der Magistrat zugleich darauf an, zu genehmigen, daß zu gedachtem Zwecke von Michaelis d. J. an jährlich 120 ₰ aus der Gemeindeschul-Casse verwandt werden.

Von Herrn Bode als Referenten der Schulcommission empfohlen, werden beide Anträge von der Versammlung angenommen.

III. In einem dritten vom 2. Juli datirten Schreiben trägt der Magistrat einen Antrag der Direction der Stadtwasserkunst vor, dahin gehend, daß die bei der neulichen Blumenausstellung in der Aegidienkirche hergestellte Röhrenleitung, zu deren Kosten der land- und forstwirtschaftliche Verein 150 ₰ beigetragen hat, wogegen die Direction sich das Recht vorbehalten, die gebrauchten Röhren und sonstigen Utensilien wieder wegnehmen und anderweit benutzen zu dürfen, zur Benutzung bei künftigen ähnlichen Gelegenheiten erhalten, der Kostenrest aber, im Betrage von 163 ₰ 29 gr 5 A, unter den gewöhnlichen Bedingungen von dem Baufonds der Stadtwasserkunst berichtigt werde. Da der Stadt hieraus kein Schaden erwächst, indem ihr der geleistete Zuschuß von der Stadtwasserkunst verzinst, diese selbst aber durch die Vergütung bei fernerm Gebrauch entschädigt wird, befürwortet der Magistrat die Genehmigung dieses Antrages mit dem Bemerken, daß die Zustimmung Herzogl. Staats-Ministeriums zu der beabsichtigten Einrichtung demnächst eingeholt werden solle.

In der gleichen Erwägung empfiehlt diesen Antrag namens der Finanzcommission der Herr Vorsitzende,
und wird derselbe hierauf ohne Discussion angenommen.

Hierauf

IV. geht die Versammlung zur fernereren Berathung der neuen Feld- und Gartenordnung über.

Zu derjenigen Bestimmung des §. 14, welche „Hecken und Früchte“ vor Beschädigung durch die Gasse des Nachbarn sicher stellt,

wird auf Antrag des Herrn Lissebon noch die redactionelle Aenderung „Befriedigung“ statt „Hecken“ beliebt.

§. 15 normirt die Höhe der Bäume und Gesträuche sowie deren Entfernung von der Grenze, und spricht den Grundeigenthümern das Recht zu, die aus dem Nachbargrundstücke herüberraagenden Wurzeln und Zweige nach vergeblicher Aufforderung an den Eigenthümer selbst zu beseitigen.

Die Commission hat vorgeschlagen, den betreffenden Satz, übereinstimmend mit der entsprechenden Bestimmung in §. 6, so zu fassen, daß jene Zweige und Wurzeln nicht ganz, sondern nur „soweit“ sie auf fremden Grund und Boden herüberraagen dem Beschädigten preisgegeben erscheinen, dem Eigenthümer auch zu ihrer Beseitigung eine Frist von acht Tagen gesetzt wird.

Herr Bantler vermißt in diesem §. eine Bestimmung darüber, welcher der beiden Theilnehmenden die Kosten der Beseitigung zu tragen habe;

Herr Halle wünscht erklärt zu sehen, wem das Eigenthumsrecht der abgeschnittenen Holzstücke zustehe.

Die erste dieser Fragen findet der Herr Vorsitzende in der selbstverständlichen Alternative gelöst, daß der geschädigte Theil entweder auf Wegnahme der störenden Zweige oder Wurzeln klagbar werden, oder dieselben auf seine eigenen Kosten entfernen müsse.

Die zweite Frage beantwortet der Herr Stadtrath Rittmeyer dahin, daß schon nach einer Bestimmung des römischen Rechts das Holz demjenigen zufallen müsse, welcher es abhaue.

Zu größerer Klarheit schlägt Herr Gravenhorst vor, statt

„die 3 Fuß von der Grenze entfernt zu haltenden Bäume und Sträucher dürfen die Höhe von sechs Fuß nicht übersteigen“,
zu setzen

„die nicht weiter als 3 Fuß von der Grenze entfernt stehenden Bäume u.“

Mit dieser und den von der Commission beantragten redactionellen Aenderungen wird §. 15 angenommen.

§. 16 ordnet an, daß an öffentlichen Plätzen und Hauptwegen Alleeebäume, die mindestens 2 Ruthen von einander entfernt stehen, wofern es der Raum nicht anders gestattet, bis zu 4 Fuß der Grenze nahe gepflanzt werden dürfen, daß indeß auch von solchen Bäumen der Nachbar weder den Ueberstand der Zweige in seine Luftsäule noch das Hereintragen der Wurzeln in seinen Grund und Boden zu dulden brauche.

Herr Bantler ist der Meinung, daß am füglichsten dieser §. ganz weggelassen und die Entfernungen, wie sie in §. 15 vorgeschrieben, als allgemeingültig festgehalten würden, da Alleeebäume kaum ohne Schädigung des Anliegers bis auf 4 Fuß der Grenze nahe gerückt werden können. Plätze und Wege von so geringer Breite aber sehr wohl auch ohne Bäume bleiben können. Wenigstens aber werde im Interesse der Anlieger die Verfügung zu treffen sein, daß so nahe Bäume da fort bleiben oder entfernt werden müssen, wo ein Gebäude bereits steht oder nachträglich erbaut wird.

Vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses aus wird dieser Antrag durch die Herren Leiste, Aronheim und Flagge bekämpft. Dieselben befürchten, daß dadurch aller Privatlicheance Thür und Thor geöffnet und so der Ruin der Alleen angebahnt sein würde, welche ein Schmuck unserer Stadt sind. Indem 2 Ruthen als normale Entfernung der Alleeebäume unter einander festgesetzt worden, scheine das Mögliche geschehen, um eine Schädigung zu vermeiden. Gesezt aber auch, daß die vorgeschriebenen Maße dem praktischen Bedürfnis nicht überall auf ein Haar gerecht werden, so sei doch der Grundgedanke dieser Bestimmungen ohne Zweifel ein richtiger, und deshalb die Beibehaltung derselben dringend geboten.

Nach diesen Bemerkungen von der Undurchführbarkeit seines Antrages überzeugt, zieht Herr Bantler denselben zurück,

und wird dann §. 16 von der Versammlung genehmigt.

Zu §. 17, welcher die Entfernung der verschiedenen Gartenfrüchte von der Grenze vorschreibt,

bemerkt Herr Bantler, daß bei der großen Zahl derselben die Aufzählung besser unterbleiben, und folgende Fassung dieses §. vorzuziehen sein dürfte:

„Niedrig bleibende Früchte dürfen bis zur Grenzlinie gebaut werden, höher aufschießende, wozu alle Akearten zu rechnen, müssen 1 Fuß von der Grenze entfernt bleiben. Spargelbeete müssen mindestens 2 1/2, Hopfenpflanzungen mindestens 6 Fuß von der Grenze weichen.“

Herr Leiste ist der Meinung, daß die Sachverständigen ihren guten Grund gehabt haben, die einzelnen Fruchtarten namhaft zu machen, hält dieses auch für durchaus unbedenklich.

Ebenso Herr Aronheim, welcher hinzufügt, daß wenn schon in Streitfällen

immerhin auf die Sachverständigen zu recurriren sein werde, diesen doch eine feststehende Norm für ihre Entscheidungen jedenfalls erwünscht sein müsse.

§. 17. Wird in der Fassung des Entwurfes angenommen,

dagegen der §. 18. des Entwurfes, welcher vom Schutz der zum Saamentragen bestimmten Früchte handelt, da derselbe ganz neue und überaus bedenkliche Beschränkungen enthalte, auf Antrag des Magistrats und der Commission gestrichen, und ohne Discussion die §§. 19 — 25 genehmigt, welche die Bearbeitung des Gartenlandes, das Räumen desselben und die Erhöhung und Vertiefung von Grund und Boden regeln, sowie auch §. 26, welcher zum Feldlande übergehend, die Entfernung der Befriedigungen, Gebäude, Bäume, Gesträuche u. von der Grenze festsetzt.

Den §. 27, die Bearbeitung des Feldlandes betreffend, beantragt Herr Struck an passlicher Stelle mit der Zusatzbestimmung zu versehen:

„In die Grenzfurchen dürfen Steine, Unkraut und dergleichen nicht geworfen werden.“

Herr Bode findet durch die Bestimmungen dieses §. seine Meinung bestätigt, daß die §. 2 gegebene Definition des Begriffes „Gartenland“ unzutreffend. Denn wenn wirklich alles separirte Feldland eo ipso Gartenland sei, so könne kein Besitzer eines solchen Grundstückes gezwungen werden, wie der vorliegende §. es ausspreche, dem Nachbar das Stellrecht daran zuzugestehen. Den hieraus sich ergebenden Antrag auf eine entsprechende Abänderung von §. 2 ist Herr Bode bereit bis zum Ende der Sitzung zu verschieben.

Mit der von Herrn Struck vorgeschlagenen Zusatzbestimmung, vorbehaltlich der Redaction derselben, wird §. 27 angenommen.

§. 28, vom Räumen auf Feldland, lautet:

„Feldland, imgleichen solches Gartenland, welches als Feldland verpachtet und bebaut wird, muß auf Michaelistag von allen Früchten geräumt werden.“

Herr Bautler empfiehlt den Ausfall der Worte „ingleichen — bebaut wird.“ Allerdings sei nach der Separation der allergrößte Theil der umliegenden Ländereien rechtmäßig zu Gartenland gemacht, und werde ein nicht unbedeutender Theil dieses neuen Gartenlandes immer noch als Feldland benutzt. Allein die Erfahrung habe gelehrt, daß Differenzen in der durch diesen §. vorgesehenen Angelegenheit aus jenem Verhältnisse gar nicht oder nur vereinzelt erwachsen seien. Demnach werde auch für diese Länderei die Bestimmungen des §. 21 über die regelmäßige Räumzeit auf Gartenland Anwendung finden, eventuell den Interessenten überlassen bleiben dürfen, Anderes im Pachtcontract zu vereinbaren.

Damit einverstanden erklären sich Herr Lissebon und Herr Stadtrath Rittmeyer,

während

Herr Flagge besorgt, daß nach der beantragten Kürzung chicanöse Berufungen auf diesen §. möglich sein werden;

Herr Leiste eben in der Art und Weise der Bebauung den entscheidenden Grund erkennt, welcher die Fixirung der Räumungsfrist rechtfertigt, und diesen daher auch ausgedrückt zu sehen wünscht;

Herr Aronheim endlich seine Stellung zu dem vorliegenden Antrage von der Annahme oder Ablehnung der durch Herrn Bode angeregten Abänderung in §. 2 abhängig macht: so lange durch jene unter den Begriff „Feldland“ weniger falle, als begriffsmäßig dahin gehöre, scheine die vorgeschlagene Streichung allerdings geeignet, Anlaß zu Streitigkeiten zu liefern.

Auch der Herr Vorsitzende hält es für nöthig, daß auf die Uebereinkunft der Parteien als Grund der etwa abweichenden Räumungsfrist ausdrücklich hingewiesen werde, und empfiehlt daher, §. 28 entweder unverändert zu lassen, oder einen entsprechenden Zusatz in §. 21 einzufügen.

Ebenso hält es der Herr Oberbürgermeister Caspari bei der Schwierigkeit, zwischen Garten- und Feldfrüchten überall eine feste Grenze zu ziehen, für den richtigsten Ausweg, den Grundsatz aufzustellen, daß jede Abweichung von der für das Gartenland festgesetzten Räumungsfrist im Pachtcontracte festzustellen sei. Dadurch werde Jedermann ein Anhaltspunkt gegeben werden, zu wissen, wie ohne ausdrückliche Verabredung im Streitfall zu entscheiden sein werde.

Es gewinnt indessen die Meinung, daß eine Abänderung der Definitionen in §. 2 unvermeidlich sei, in der Versammlung das Uebergewicht, und wird demgemäß die von Herrn Bantler beantragte Kürzung beschlossen und in dieser Fassung §. 28 angenommen.

Desgleichen ohne Discussion §. 29 die Erhöhung und Vertiefung von Feldland, sowie §. 30 und 31 die Schätzung von Gail und Gare betreffend, letztere beiden in der von der Commission vorgeschlagenen, in den angehängten „Modificationen und Zusätzen“ enthaltenen Fassung.

§. 32 enthält unter anderen Bestimmungen über die Schätzung von Bäumen und Gesträuchen auch folgende:

„Bei der Werthschätzung von wilden Bäumen und Ziersträuchern kommt gemeiniglich nur der Holzwerth, unter Umständen aber auch die besondere Schönheit oder Seltenheit derselben in Betracht.“

Herr Lissebon beantragt die Streichung der gesperrten Worte, weil dieselben bei der Verschiedenheit der individuellen Meinungen über Werth und Unwerth solcher Bäume die Quelle vielfältiger Streitigkeiten werden möchten.

Herr Leiste dagegen findet es in der Fassung des Entwurfs hinlänglich hervorgehoben, daß in der Regel nur der Holzwerth ersetzt werden solle,

und schließt dem auch der Herr Oberbürgermeister Caspari sich an, welcher die angefochtenen Worte als einen unverfänglichen Hinweis auf vorhergegangene besondere Verabredungen unter den Parteien kennzeichnet.

Demzufolge wird Herr Lissebon's Antrag abgelehnt, §. 32 in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung hierauf den in den „Zusätzen und Modificationen“ enthaltenen §. 33, welcher auf den Fall, daß die Parteien sich dem angeordneten schiedsrichterlichen Schätzungsverfahren nicht unterwerfen, in Ermangelung sonstiger Einigung auf das gerichtliche Verfahren verweist.

Ebenso endlich nach Maßgabe der nachträglichen Commissionsanträge die im IV. Abschnitte (§§. 30 — 40) getroffenen Bestimmungen.

Zum Schlusse berichtet Herr Leiste, daß ein vollkommen zuverlässiges Verzeichniß der aus früherer Zeit mit Gartengerechtfamen versehenen Länderei nicht zu beschaffen sei, der Mangel eines solchen aber auch bisher zu keinerlei Inzuträglichkeit geführt habe. In Folge dessen sei der Magistrat der Meinung, daß die in §. 2 enthaltene Verweisung auf ein solches Verzeichniß füglich ausfallen könne, und empfehle auch die Commission die Genehmigung dieses Ausfalls. Da in gleicher Weise auch die Anfertigung der in Aussicht gestellten Karte mit unverhältnißmäßigen Kosten und Schwierigkeiten verknüpft sein würde, so gebe der Magistrat und Commission ferner anheim, die betreffende Berufung gleichfalls zu unterlassen.

Herr Bode bringt den Antrag ein, in der Definition in §. 2:

„Gartenland besteht b. aus dem separirten Grund und Boden der Reichsbildsgemeinden“

die Einschränkung aufzunehmen:

„soweit dasselbe eingefriedigt ist.“

Herr Aronheim, von dem Bedenken geleitet, daß, falls auch die Promenaden unter die Bestimmungen des soeben angenommenen Statuts gestellt würden, entweder erstere vermittlest §. 16 desselben den Privatchicanen ausgesetzt, oder eine stillschweigende Streichung dieses §. voraussetzen sein würde, wünscht die Debatte über §. 1, den Umfang der Gültigkeit der Feld- und Gartenordnung wieder aufgenommen zu sehen.

Auf den Vorschlag des Herrn Reiste werden diese letzten beiden Anträge an die Commission zurückverwiesen und damit die öffentliche Sitzung geschlossen, indem auch die Beschlußfassung über den Commissionsantrag zur nächsten Sitzung verschoben bleibt.

In vertraulicher Sitzung genehmigte die Versammlung einen nachgefügten theilweisen Erlass der Communal- und Armensteuer.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 240. Stücke der 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 8.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 15. August 1867.

Abwesend und für entschuldigt gehalten die Herren Aronheim, Leiste, von Sendorf.

Nachdem die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet und das nunmehr im Druck erschienene Protocoll vom 23. Mai genehmigt ist,

I. verwilligt die Versammlung, dem Antrage des Magistrats gemäß, auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden die herkömmlichen Beiträge zur Uebersiedelung einiger Corrigenden nach Amerika.

Sodann

II. berichtet Herr Overlach für die Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 26. Juli, betreffend einen Zuschuß für das Tuckermann'sche Waisenhaus.

Schon die Kosten für den unvermeidlichen Neubau desselben auf dem angekauften Grundstücke an der Pflegehausstraße werden den mutmaßlichen Erlös aus dem Verkaufe des jetzigen Grundstücks an der Schützenstraße mit aller Wahrscheinlichkeit um 7000—8000 \mathfrak{M} übersteigen; außerdem aber ist noch eine nicht unbedeutende Summe für die Herrichtung eines Waschhauses, die Instandsetzung des Brunnens und des Gartens und die Anschaffung des nöthigen Inventars erforderlich. Da alle diese Zuschüsse von dem Capitalvermögen der Stiftung zu entnehmen sind, welches an und für sich nur mäßig groß ist, so wird die nothwendige Folge sein, daß

die wohlthätigen Leistungen der Anstalt beschränkt, die Zahl der verpflegten Kinder vermindert werden müssen. Diesem Uebelstande nach Kräften vorzubeugen, hat der Provisor der Anstalt, Stadtrath Bardenwerper, sich bereits durch öffentlichen Aufruf an die Mithätigkeit der hiesigen Einwohner gewandt, bisher freilich ohne erheblichen Erfolg, und ist derselbe neuerdings beim Magistrate darum eingekommen, der Anstalt aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde eine Beihilfe von 500 R zu bewilligen. In Anbetracht, daß diese Casse nach dem Rechnungsabschlusse von 1866 einen Capitalbestand von 5350 R aufweist, für welchen es bis jetzt an einer bestimmten Verwendung fehlt, auch nach §. 13 des Statuts vom 14. December 1853 diese Einnahmen zu Zwecken verwandt werden sollten, welche zum Besten der ärmeren Classen dienen: so hält der Magistrat den erbetenen Zuschuß für durchaus gerechtfertigt, und giebt demnach der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären. In diesem Sinne beschließt die Versammlung.

Ferner

III. trägt, anschließend an ein Magistrateschreiben vom 6. v. Mts., namens der Schulcommission Herr Bode vor, wie der größte Theil der Schüler und Schülerinnen der beiden Michaelis 1865 in der vormaligen Catharinen-Schreibschule als Grundlage für eine dritte mittlere Bürgerschule eingerichteten Elementarclassen deren Cursus Michaelis d. J. werden durchgemacht haben, in den fünften Classen der beiden mittlern Bürgerschulen aber für sie kein Platz sein wird, indem der Abgang derselben schon durch den Zuwachs aus den sechsten Classen dieser Schulen selbst voraussichtlich mehr als gedeckt ist. Unter diesen Umständen hat der Schuldirector Friedrichs darauf angetragen, daß in dem Hause auf der Steinstraße nach Verlegung der höhern Töchterschule in das neue Local in der kleinen Burg, als Fortbau für die zu errichtende dritte mittlere Bürgerschule zu Michaelis zwei neue Classen eingerichtet und für diese zwei Lehrer — mit einem Gehalte von 300 R jährlich — angestellt werden möchten. Der Magistrat und die Commission empfehlen diese eben so zweckdienliche wie unvermeidliche Einrichtung zu genehmigen und trägt zugleich darauf an, zur Bestreitung der Kosten für Heizung und Reinigung der beiden neuen Schulclassen 25 R aus der Gemeinbeschul-Casse zur Verfügung zu stellen, indem die jetzt für das Haus auf der Steinstraße angestellte Schulwärterin in das neue Schulhaus der höhern Töchterschule mit übersiedeln muß.

Beide Anträge werden von der Versammlung genehmigt.

Desgleichen

IV. berichtet namens der Schulcommission Herr Bode über ein Schreiben des Magistrates vom 6. d. Mts., laut dessen der Gemeinbeschullehrer Chamloth seine Pensionirung auf Michaelis d. J. nachgesucht, und der Schulvorstand dieses Gesuch mit dem Antrage empfohlen hat, dem Petenten in Anerkennung langjähriger treuer Dienste seinen vollen Gehalt als Pension zu belassen. Im Jahre 1789 geboren, kann der Lehrer Chamloth die Pensionirung selbst gesetzlich fordern, es erscheint solche aber auch im Interesse der Schule selbst wünschenswerth, da bei so hohem Alter dem sonst überaus tüchtigen Manne natürlich die Eigenschaften nicht mehr zur Seite stehen, welche zu einer gedeihlichen Wirksamkeit im Lehramte erforderlich sind. Da die Dis-

renz zwischen dem jetzigen Gehalte des Petenten und der ihm seinem Dienstalter nach zustehenden Pension nur gering ist, derselbe auch vor seiner Anstellung an einer städtischen Schule schon 10 Jahr lang am hiesigen Waisenhause als Lehrer fungirt hat, überdies aber eine Dienstzeit wie die seinige so selten ist, daß Berufungen auf diese ausnahmsweise Begünstigung nicht zu befürchten stehen: so schließt sich der Magistrat den Anträgen des Schulvorstandes an und empfiehlt selbige der Versammlung zur Genehmigung.

Herr B a u t l e r begrüßt diese Anträge als eine willkommene Gelegenheit, einem hochverdienten Lehrer die Anerkennung der städtischen Behörden zu bezeugen. Die geringfügige pecuniäre Begünstigung werde um so billiger erscheinen müssen, als ohnedies für die nächste Zeit eine Erhöhung der Schullehrergehalte bevorstehe.

Demnach werden beide Anträge von der Versammlung angenommen.

V. Wie ein Schreiben vom 10. d. M. ausführt, hat die Frage nach der Thunlichkeit der Anstellung von Lehrerinnen an den Gemeindeschulen, nachdem schon Herzogl. Staatsregierung durch Beschluß der Landes-Versammlung um Prüfung dieses Gegenstandes angegangen ist, auch den Magistrat vielfach beschäftigt, und zwar ebensowohl, um durch solche Einrichtung gebildeten, unverheirathet bleibenden Frauenzimmern Gelegenheit zu bieten, auf gemeinnützige und ehrenvolle Weise ihr Brod zu verdienen, als um dadurch dem fühlbaren Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken und zugleich der Gemeinde die Last der Lehrerbefoldung zu erleichtern. Der Magistrat ist nicht der Meinung, daß an allen Töchterklassen der hiesigen Gemeindeschulen ohne Unterschied Lehrerinnen beschäftigt werden können, hält aber, nach den an der höheren Töcherschule und anderwärts gemachten Erfahrungen, für zulässig, weibliche Lehrkräfte in den drei untersten Klassen der unteren und mittleren Bürgerschulen zu verwenden, so daß in ersteren in den zwei, in letzteren in den drei obersten Klassen ausschließlich Lehrer unterrichten würden. Den Gehalt glaubt der Magistrat auf anfänglich 200 R mit einer Zulage von je 50 R nach fünf- und zehnjähriger Dienstzeit, 300 R aber als Maximum feststellen zu müssen. Diese Grundsätze, mit denen der Schuldirektor Friedrichs gutachtlich sich einverstanden erklärt hat, sind von Herzogl. Consistorium sowie auch von Herzoglichem Staats-Ministerium gebilligt worden. Zugleich hat Herzogliches Consistorium wegen Einsetzung einer Examinations-Commission für die Schulamts-aspirantinnen Verfügung getroffen, sich damit einverstanden erklärt, daß zu deren Ausbildung bei der hiesigen höhern Töcherschule eine Seminareinrichtung getroffen werde, und die Uebernahme der Hälfte der hieraus erwachsenden Kosten auf die Klosterkasse zugesichert; die andere Hälfte glaubt der Magistrat auf die Gemeindeschulkasse übernehmen zu müssen, da solche Betheiligung der Stadt ohne die Ausführung des Planes zu gefährden, nicht zu umgehen ist, zugleich aber auch dadurch gerechtfertigt erscheint, daß gerade hiesige Stadt von jener Einrichtung in doppelter Beziehung großen Nutzen haben wird, einmal weil vorzugsweise junge Mädchen von hier die so gebotene Gelegenheit zu angemessenem Erwerbe benutzen, sodann aber auch, weil an den hiesigen Gemeindeschulen die meisten Lehrerinnen Verwendung finden werden, und hierdurch im Laufe der Zeit eine nicht unerhebliche Ersparniß zu erzielen ist. Die erforderlichen Kosten sind auf etwa 300 R jährlich veranschlagt. Der Magistrat ersucht demnach die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß zu dem fraglichen Zwecke

eine Summe bis zum Betrage von 200 R aus der Gemeinde-Schulcasse verwandt werden könne.

Die Commission hält die fragliche Maaßregel aus den angeführten Gründen für durchaus zweckmäßig und empfiehlt dieselbe zur Annahme.

Bei Beurtheilung dieser Angelegenheit wünscht Herr Reck vor allem in Betracht gezogen zu sehen, ob die Vorbereitung der unteren Klassen durch weibliche Lehrkräfte ebenfogut wie durch männliche könne versehen werden. Diese Frage aber sei in dem angezogenen Berichte des Schuldirectors noch ganz offen gelassen. Ein Fachblatt rühme den Lehrerinnen im allgemeinen regen Eifer für ihren Beruf, treue Hingebung, eine günstige Einwirkung auf das Benehmen der Schülerinnen nach, und dies möge immerhin richtig sein. Ob aber eine Frau im Stande sei, Klassen von solchem Umfange, wie deren die hiesigen Gemeindeschulen aufzuweisen haben, disciplinairisch in Ordnung zu halten, und dabei noch Kraft zum Unterrichte zu finden, das sei billig zu bezweifeln. Wenn die beabsichtigte Einrichtung dazu führen sollte, die Klassen zu theilen, so würde dies allerdings als ein Vortheil zu begrüßen sein; aber auch dann noch würde der ausgesprochene Zweifel seine Geltung behalten. Gewiß stehe zu erwarten, daß der Schuldirector Friedrichs bei Einführung der neuen Maaßregel mit aller Vorsicht und Wachsamkeit zu Werke gehen werde; erwäge man aber, wie demselben dadurch zu seinen jetzigen drei Aemtern noch ein viertes auferlegt werde, so müsse das Bedenken wohl gerechtfertigt erscheinen, ob alle seine Tüchtigkeit unsere Schulen vor den möglichen Nachtheilen der beantragten Einrichtung werde bewahren können. Dem gegenüber aber scheint dem Redner aller sonstige Nutzen, welchen man sich von derselben verspreche, vor allem aber die gehoffte Ersparniß, nicht in's Gewicht zu fallen.

Herr Reuter verweist auf das Beispiel der hiesigen Harder'schen Schule, an welcher Frauen mit bestem Erfolge wirken, wie die trotz der höhern Schulgeldsätze immer zunehmende Frequenz dieser Anstalt am besten bezeuge.

Auf den Einwand des Herrn Reck, daß hier eben die geringere Zahl der Schülerinnen als günstiges Moment in Anschlag zu bringen sei,

führt Herr Reuter an, daß auch in der Harder'schen Schule 264 Schülerinnen in 6 Klassen vertheilt seien, und noch in der zweiten Klasse Lehrerinnen zur Verwendung kommen. Ferner vermißt Herr Reuter in den Ausführungen des Vorredners eine gerechte Würdigung des vorwiegenden Motivs der Magistratsproposition: des Wunsches nämlich, dem fühlbaren Lehrermangel abzuhelpen und den Frauen einen angemessenen Berufskreis zu eröffnen.

Besonders dem zweiten mißt auch Herr Graß die entscheidende Bedeutung bei, während er mit Herrn Reck darin übereinstimmt, daß für eine volle Klasse Lehrerinnen nicht genügen dürften, gerade die Auseinanderlegung solcher aber ein höchst wünschenswerther Fortschritt sein würde.

Herr Bode findet in dem Gutachten des Schuldirectors triftigen Grund zu der Hoffnung, daß der beabsichtigte Versuch glücken werde. Wenn übrigens Herr Reck seine Ausführungen auf den Nachweis richte, daß Frauen nicht als Klassenlehrerinnen fungiren können, so sei zu bemerken, daß die Magistratsproposition über die Art und Weise der demnächstigen Verwendung von Lehrerinnen noch keinerlei Vorschläge ent-

halte, diese Frage vielmehr noch ganz unentschieden bleibe. Uebereilt werde bei deren Entscheidung schon deswegen nicht verfahren werden können, weil ja die erforderlichen Lehrerinnen einstweilen gar nicht vorhanden, sondern erst noch heranzubilden seien.

Anknüpfend erinnert auch Herr Oberbürgermeister Caspary, daß es sich in diesem Augenblicke nur erst darum handele, ob die Mittel aufgewandt werden sollen, um in Verbindung mit der höhern Töcherschule eine Unterrichtsanstalt zur Ausbildung von Lehrerinnen zu gründen. Dem aber werde man sich nicht entziehen können, wenn man nicht von Haus aus auf einen Versuch verzichten wolle, welcher vornehmlich im Interesse der weiblichen Bevölkerung beabsichtigt werde. Denn — wie schon von anderer Seite betont — weder die muthmaßlichen Ersparnisse, noch die Ergänzung der fehlenden Lehrkräfte habe dem Magistrate bei seinem Antrage in erster Linie vorgeschwebt, sondern der allgemeinere Vortheil, daß dadurch jungen Mädchen von geeigneter Anlage Gelegenheit zu einer Ausbildung geboten werde, welche sie in den Stand setze, selbstständig für ihren Unterhalt zu sorgen.

Die Discussion ist damit geschlossen, und wird alsdann die angeforderte Bewilligung durch die Versammlung ausgesprochen.

Noch

VI. berichtet Namens der Schulcommission Herr Bode über die in einem Schreiben vom 5. d. Mts. enthaltenen Anträge des Magistrats auf verschiedene neue Einrichtungen in der höheren Töcherschule.

Seit dieselbe Michaelis 1863 von der Stadt übernommen wurde, ist die Zahl ihrer Schülerinnen von 160 auf 300 gestiegen und hat diese Zunahme die Vermehrung der Classen von 5 auf 7 nöthig gemacht. Damit ist denn die von Anfang an beabsichtigte Classeneintheilung erreicht, so daß eine weitere Vermehrung der Frequenz, abgesehen von der Einrichtung eines Lehrerinnen-Seminars, nur die Errichtung von Parallelclassen zur Folge haben würde. Von den Lehrern der Anstalt sind bis jetzt nur zwei fest angestellt; der Zeichenlehrer, welcher an dieser Schule sowie an den unteren beiden Bürgerschulen seit einer Reihe von Jahren unterrichtet, muß nach dem Reglement vom 12. December 1864 zu Michaelis d. Jrs. in eine feste Stellung eintreten; an den Verhältnissen der übrigen Lehrer, welche an anderen hiesigen Schulen angestellt sind, kann nichts geändert werden. Dagegen hat der Schuldirector Friedrichs beantragt, fünf theils mit dem Unterrichte in verschiedenen Disciplinen, theils mit Aufsichtsführung betrauten Lehrerinnen, der Schreiblerin und zwei Industrielehrerinnen, welche sämmtlich auf halbjährige Kündigung engagirt sind, jetzt, nachdem sie während eines Zeitraums von vier Jahren sich tüchtig gezeigt haben, eine feste Anstellung mit Pensionsanspruch zu gewähren, denselben auch, mit Ausnahme der einen, welche bereits 300 \mathfrak{M} bezieht, eine Zulage zu bewilligen. Der Schulvorstand hat sich mit einigen Modificationen gleichfalls hierfür ausgesprochen und beantragt demnach der Magistrat, folgende Beschlüsse zu fassen:

Die an der höhern Töcherschule jetzt beschäftigten Lehrerinnen werden von Michaelis d. Jrs. ab fest angestellt und erhalten die gleichen Pensionsansprüche wie die Gemeindeschullehrer, wenn sie wegen Alters oder Kränklichkeit dienstunfähig werden; jedoch fällt der Pensionsanspruch weg, wenn

das Beste der Schule die Entlassung derselben vor jenem Zeitpunkte fordert, worüber allein der Stadtmagistrat auf die gutachtlichen Vorschläge des Schulvorstandes entscheidet, ohne daß gegen diese Entscheidung der Rechtsweg zulässig wäre, und wohin auch der Fall zu rechnen ist, wenn eine der Lehrerinnen sich verheirathet.

Zur Erläuterung dieses Antrages fügt der Herr Oberbürgermeister Caspary hinzu, daß die Anerkennung einer unbedingten Pensionsberechtigung aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, in diesem Falle bedenklich, der Vorbehalt einer eventuellen Entlassung ohne gerichtliches Verfahren nothwendig erschienen sei. Materiell sei derselbe von keiner großen Bedeutung, da der Fall, daß gegen eine Lehrerin in dieser Weise hätte vorgegangen werden müssen, noch nie eingetreten sei. Nach den Äußerungen des Schuldirectors seien die Lehrerinnen selbst damit durchaus einverstanden, in dem Vertrauen, daß die Behörden von dieser Bestimmung mit aller Discretion Gebrauch machen werden. Als Vertrauenssache müsse die Angelegenheit denn auch ihrer Natur nach behandelt werden; jedes mögliche Vorkommniß ins Auge zu fassen und zu paraphiren, sei ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Versammlung genehmigt hiernach ohne Discussion zunächst diesen und weiter dann eine Reihe sich anschließender Vorschläge auf Gehaltserhöhung für die einzelnen Lehrerinnen.

Das Magistratsschreiben trägt ferner vor, daß in dem neuen Schulgebäude ein Turnlocal eingerichtet sei in der Absicht, das Turnen obligatorisch in den Schulplan aufzunehmen. Hierzu scheint das Engagement einer Turnlehrerin erforderlich, und da es zweifelhaft ist, ob eine geeignete Persönlichkeit sofort wird zu gewinnen sein, oder ob eine solche nicht erst in der Dresdener Turnbildungsanstalt ausgebildet werden muß, so trägt der Magistrat darauf an:

daß er ermächtigt werde, eine von dem Schulvorstande geeignet befundene Dame zu diesem Zwecke nach Dresden zu schicken und zu diesem Behuf eine Summe bis zu 100 fl zu verwenden.

Dieser Antrag giebt Veranlassung zu einer Debatte, indem

Herr Reck Bedenken gegen die Verwendung von Frauen als Turnlehrerinnen ausspricht, da selbigen nach dem Urtheile zahlreicher Fachleute meist sowohl die erforderliche Energie, als selbst auch die unentbehrliche Kraft der Stimme abgehe, wie denn auch ein Beispiel in unserer Nähe zur Genüge dargethan habe, daß Frauen diesem Berufe nicht gewachsen: Glaube man hierin etwa eine Connivenz gegen das Publicum beobachten zu müssen, so sei dagegen zu bemerken, daß viele Gebildete hiesiger Stadt schon seit Jahren ihre Töchter einem hiesigen Turnlehrer anvertraut haben.

Herr Bode ist der Ansicht, daß die Mehrzahl aller Eltern in der That sich schwer entschließen würden, zumal erwachsende Mädchen durch einen Turnlehrer unterrichten zu lassen. Wenn dies ein Vorurtheil, so sei es wenigstens eins von denen, welche Berücksichtigung verdienen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspary constatirt, daß der Schuldirector Friedrichs großen Werth auf die Anstellung einer Turnlehrerin legt, ja von dieser als unumgänglicher Bedingung die Entscheidung der Frage abhängig mache, ob der Turnunterricht zum integrierenden Bestandtheile des Schulplans erhoben werden solle oder

nicht. Daß manche Familien ihre Töchter einem Turnlehrer anvertrauen, sei kein Beweis für die Ueberflüssigkeit der beabsichtigten Maßregel: es geschehe dies nur von solchen Eltern, die auf das Turnen einen so hohen Werth legen, daß hinderliche Nebenstände für sie nicht in Betracht kommen. So aber stehen der Turnfrage die wenigsten gegenüber. Wenn man daher die Theilnahme am Schulturnen nicht von dem freien Willen der Eltern und der Kinder abhängig machen wolle, so dürfe keine Einrichtung getroffen werden, die möglicherweise einen, wenn auch nur äußerlichen, Vorwand geben könnte, sich jenem Unterrichte zu entziehen, oder aber geeignet wäre, die Gefühle der Eltern zu verletzen. Das Mißgelingen einer unter weiblicher Leitung stehenden Turnanstalt zu Wolfenbüttel könne gleichfalls nicht geltend gemacht werden, da die dortige Lehrerin allerdings zu schwächlich gewesen sei. Daß der Turnunterricht für Damen keine Schwierigkeiten habe, möge zugegeben werden; daß aber solche zu finden, welche demselben gewachsen seien, gehe aus der fortwährenden Frequenz der Dresdener Anstalt hervor, deren Eleven so vielfach Verwendung finden, daß z. B. einem seitens der Stadt dorthin ergangenen Gesuche auf Nachweis einer Turnlehrerin, keine Folge habe gegeben werden können.

Der Antrag des Magistrats wird hierauf von der Versammlung genehmigt.

Desgleichen der Antrag, die Remuneration der Schulwärterin vom 1. October d. J. ab von 120 R auf 160 R zu erhöhen, unter der Bedingung, daß dieselbe für die zur Leistung ihrer vermehrten Verpflichtungen etwa erforderlichen fremden Arbeitskräfte selbst zu stellen habe.

Zum Schluß äußert das Magistratsschreiben sich über die Schulgelbsätze. Wenn gleich die durch die vorgekommenen Anträge entstehenden Mehrausgaben von jährlich 475 R durch das jetzige Schulgeldeinkommen noch gedeckt sein würde, da die Schulcasse gegenwärtig ohne Zuschuß aus der Stadtcasse eine Miethe von 700 R bezahlt, welche künftig wegfällt, so erscheint doch eine Erhöhung des bisherigen Satzes nicht unbillig, weil die Stadt für die höhere Töchterschule durch Einrichtung eines neuen Schulgebäudes bedeutende Ausgaben gehabt hat, auch durch Einführung des Turnunterrichts ein neuer Lehrzweig hinzukommen und so den Eltern eine sonst zu machende Ausgabe erspart sein wird; sie liegt aber auch im Interesse der Schule selbst, weil dadurch allein einer dem Unterrichte schädlichen Ueberfüllung der Classen vorzubeugen ist, und endlich spricht dafür auch der Umstand, daß aller Wahrscheinlichkeit nach binnen kurzem noch ein Lehrer an dieser Schule angestellt werden muß, ein Bedürfniß, welches von der jetzigen Einnahme nicht bestritten werden könnte, der Stadt also neue Ausgaben aufbürden würde. Da aber eine Erhöhung für die Sätze der unteren Classen nicht zweckmäßig scheint, weil es wünschenswerth ist, daß die Kinder, welche die höhere Töchterschule besuchen sollen, möglichst früh dorthin gebracht werden, so beantragt der Magistrat:

daß das Schulgeld in der höheren Töchterschule von Michaelis d. J. an auf 16, 18, 22, 24, 26, 28 R je nach den sieben Classen festgesetzt werde.

Ohne Discussion erklärt die Versammlung sich damit einverstanden.

Demnächst

VII. berichtet Herr Bantler Namens der Finanz-Commission auf Grund eines

Magistratschreibens vom 4. d. Mts., wie der Pflege- und Armenhaus-Inspector Bette, in Erwägung daß er, zufolge hohen Alters, seinem Amte nicht mehr in der Weise vorzustehen vermöge, wie das Interesse der Anstalt dies erfordere, und nachdem ein zuvor von ihm beantragter Weg zu seiner Erleichterung sich als unthunlich herausgestellt hat, bei der Verwaltungsdeputation darum eingekommen ist, daß von Ostern 1869 ab seine Pensionirung eintrete, jezt aber ihm sofort der Vicesfeldwebel Saul als Adjunct cum spe succedendi beigeordnet werde. Die Deputation und die Armendirection haben beides zur Genehmigung empfohlen und zugleich darauf angetragen, dem Petenten eine Pension von 500 \mathcal{F} jährlich auszusprechen. Das Magistratschreiben bemerkt hierzu, daß die Pensionirung selbst nach den Gesetzen ohne dies nicht zu versagen auch im Interesse der Anstalt wünschenswerth und geboten erscheine, da ein Mann in so vorgerückten Jahren, wenn er auch bis dahin für sein Amt sehr tüchtig war, wie dies rücksichtlich des Inspectors Bette unzweifelhaft feststehe, diejenigen geistigen und körperlichen Eigenschaften nicht mehr besitzen könne, welche sein schwieriges und anstrengendes Amt nothwendig verlange. Da der Petent jezt außer einem Gehalte von 400 \mathcal{F} jährlich, freie Wohnung für sich und seine Familie, freie Heizung und Erleuchtung sowie freien Unterhalt aus den Vorräthen des Pflegehauses bezieht, auch vermöge seiner mehr als 50 jährigen Dienste als Soldat, Landjäger, Polizeidiener und Pflegehaus-Inspector seinen unverkürzten Gehalt als Pension beanspruchen könnte, so erscheint der vorgeschlagene Pensionsatz von 500 \mathcal{F} vollkommen gerechtfertigt, und empfiehlt daher der Magistrat diesen wie die Pensionirung des Inspectors Bette zu genehmigen. — Die Bestellung des Nachfolgers betreffend, weist der Magistrat zunächst darauf hin, daß der Inspector des Pflege- und Armenhauses nach §. 28 des Statuts für die hiesige Armenverwaltung vom 1. Juni 1863 in der Weise gewählt werden soll, wie §. 22. der revidirten Städteordnung vorschreibt, so daß den Stadtverordneten drei Personen zur Auswahl vorzuschlagen wären. In Anbetracht jedoch, daß die gedachte Stellung für das Wohl der Anstalt eine so wichtige und dabei eine so schwierige ist, daß eine größere Anzahl tauglicher Candidaten schwerlich zu ermitteln wäre, in Anbetracht ferner, daß es zweckmäßig erscheint, dem Bewerber eine sechsmonatliche Probezeit aufzuerlegen, diese aber nicht wohl von mehreren hinter einander bestanden werden kann, giebt der Magistrat anheim, von der angezogenen statutarischen Vorschrift in diesem Falle abzuweichen und es bei der Präsentation eines Bewerbers, vorbehaltlich einer anderen, falls dieser abgelehnt würde, bewenden zu lassen. Dem Antrage der Verwaltungs-Deputation gemäß hat der Magistrat von allen Bewerbern in erster Linie den p. Saul in's Auge fassen zu müssen geglaubt, da dieser vom Inspector Bette, der ihn kennt und ohne Zweifel am besten beurtheilen kann, dringend empfohlen ist, überdies aber auch nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß der zu wählende länger als $1\frac{1}{2}$ Jahr mit jenem zusammen wirken muß. Der p. Saul, welcher auch von andern Seiten als ein tüchtiger, ehrenhafter und zuverlässiger Mensch empfohlen wird, ist auf die Bedingung einer sechsmonatlichen Probezeit einzugehen bereit und damit zufrieden, daß ihm bis zu seiner festen Anstellung neben den Natural-Deputaten, welche der Inspector Bette genießt, eine monatliche Remuneration von 12 \mathcal{F} gezahlt werde. Außerdem soll dem p. Saul noch die Bedingung gestellt werden, daß er zu seiner Verheirathung die Genehmigung des Magistrats einhole, da die Persönlichkeit der Frau bei der Stelle von

hoher Bedeutung ist; die übrigen Bedingungen der Anstellung würden für ihn dieselben sein, wie bei dem Inspector Bette, nur daß sein Gehalt anfänglich auf 250 fl jährlich festzusetzen ist. Demnach giebt der Magistrat der Versammlung des Weiteren anheim:

die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der Vicefeldwebel Saul als Assistent für den Inspector Bette angenommen werde, für die ersten 6 Monate jedoch ohne alle Ansprüche auf Nachfolge, wenn aber derselbe inzwischen nach Ansicht der Verwaltungs-Deputation und des Magistrats sich tüchtig bewiesen, mit der Zusicherung, Oftern 1869 in die Stelle des p. Bette einzurücken; und daß dem p. Saul für jetzt neben freier Station eine monatliche Remuneration von 12 fl , nach seiner definitiven Anstellung aber ein jährlicher Gehalt von 250 fl ausgesetzt werde.

Herr B autler drückt Namens der Commission, welche im Uebrigen mit diesen Vorschlägen durchaus einverstanden ist, den Wunsch aus, daß künftig die Vorschriften der Städteordnung hinsichtlich der Präsentation von drei Bewerbern beobachtet werden möchten. Die ausgeworfenen Gehaltsätze, sowohl der provisorische als auch der nach definitiver Anstellung eintretende, seien der Commission etwas niedrig erschienen: letzterer entspreche zwar demjenigen, mit welchem auch der Inspector Bette seinen Dienst angetreten habe; allein seitdem seien 30 Jahre verflossen, die Werthverhältnisse ganz andre geworden, und glaube demnach die Commission die Hoffnung aussprechen zu sollen, daß in nicht allzuferner Zeit, falls der neue Inspector sich, wie zu hoffen, als tüchtig ausweise, eine Gehaltserhöhung für denselben werde in's Auge gefaßt werden.

Herr L i s s e b o n findet die beantragte Pension einigermaßen hoch, ist jedoch in Anerkennung der vorzüglichen Leistungen des Inspectors Bette mit Freuden bereit, dieselbe zu verwilligen. Daß der Nachfolger noch nicht verheirathet, müsse als großer Uebelstand betrachtet werden, da die Persönlichkeit der Hausfrau, namentlich der Kinder wegen, denen sie eine mütterliche Pflegerin sein solle, von höchster Wichtigkeit sei.

Nachdem Herr K e l l n e r in dieser Beziehung eine befriedigende Mittheilung gemacht, auch die bei Entscheidung der Verwaltungs-Deputation maßgebend gewesenen Rücksichten nochmals ausführlich dargelegt hat, wird die Pensionirung des Inspectors Bette mit einem Pensionsätze von 500 fl , sowie die Bestellung des Vicefeldwebels Saul zum präsumtiven Amtsnachfolger desselben von der Versammlung genehmigt.

VIII. Gleichfalls zustimmend entscheidet die Versammlung auf Vortrag des Herrn G r a v e n h o r s t über einen erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Antrag des Magistrats vom 12. d. M., die Anschaffung eines neuen feuerfesten Geldschrankes betreffend.

Schließlich

IX. berichtet Herr H ä u s l e r namens der Statutencommission über die drei am Schlusse der vorigen Sitzung eingebrachten Anträge zur neuen Feld- und Gartenordnung.

Von den Bedenken geleitet, ob die Bestimmungen derselben hinsichtlich der Ent-

fernung der Bäume von den Grenzen auch für die Promenaden und die Wege von den Thoren durchführbar seien, hat Herr Kronheim zu §. 1:

»Diese Feld- und Gartenordnung hat für die Stadt Braunschweig und deren Bezirk Gültigkeit«
den Zusatz beantragt:

»mit Ausnahme der Promenaden und der Wege vor den Thoren.«

Die Commission jedoch hat die vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig finden können, da die Promenaden, als innerhalb der Umsluthgräben gelegen, nach §. 2 zum Baugrunde gehören und für diesen keine Verfügungen erlassen sind, welche die Bäume irgend gefährden könnten; die Wege vor den Thoren allerdings unter die für das Gartenland bestehenden Verfügungen fallen, die Bestimmungen in §. 16 aber keine Nachtheile für den Baumwuchs der Wege herbeiführen können, sofern Sorge getragen wird, denselben in solchen Grenzen zu halten, daß dadurch die benachbarten Grundstücke nicht zu leiden haben, was nicht schwer fallen dürfte. Unter diesen Umständen hält die Commission den beantragten Zusatz nicht für geboten.

Dagegen ist die Commission mit Herrn Bode darüber einverstanden, daß es zu Unzuträglichkeiten führen könnte, wenn alles separirte Feldland als solches auch wider Willen des Eigenthümers als Gartenland betrachtet würde. Der von Herrn Bode beantragte Zusatz zu der betreffenden Definition im §. 2:

»soweit dasselbe eingefriedigt ist«,

stelle die Qualität jedes einzelnen Grundstückes in das Belieben des Eigenthümers und scheine somit durchaus geeignet, allen andernfalls vorauszufehenden Verwickelungen vorzubeugen, weswegen die Commission diesen Zusatz zur Annahme empfehlen müsse.

Ebenso zweckmäßig scheine auch die von der Commission vorgeschlagene Streichung der Verufung auf das Verzeichniß des alten Gartenlandes sowie auf eine in Aussicht zu stellende Karte, da die Herstellung letzterer überaus schwierig und kostspielig, jenes aber nicht ohne die weitläufigsten Berathungen festzustellen, bei etwaigem Streit über diesen Gegenstand aber viel leichter der einzelne Fall zur Entscheidung zu bringen sein würde.

Nach kurzer Discussion, an der sich die Herren Lissebon, Rischbieter und Struck betheiligen, wird der Antrag des Herrn Kronheim abgelehnt, der Herrn Bode's aber sowie der der Commission genehmigt, und schließlich mit diesen Aenderungen die gesammte Feld- und Gartenordnung angenommen.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts sowie einige Anträge auf Nachlaß an der Communalsteuer.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 285. Stücke de 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 9.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 19. September 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bode, Ding, Graß, Leiste, Wieweg, Westermann.

Nachdem die Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet und die Erledigung der noch nicht im Druck erschienenen Protocolle für die nächste Sitzung vorbehalten ist,

I. verwilligt die Versammlung den Anträgen des Magistrats gemäß auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden die üblichen Beiträge zu den Kosten der Auswanderung zweier gemeindeangehörigen Corrigenden.

Hierauf

II. schreitet die Versammlung zur Neuwahl ihrer Commission für die Gewerbesteuer-Einschätzung. Die bisherigen Mitglieder derselben, die Herren Flaggge, Kloss, Lissehon und Overlach werden darin auch für das nächste Jahr bekräftigt.

Dann

III. berichtet Herr Schmidt namens der Finanzcommission über einen unterm 24. August ergangenen Antrag des Magistrats, betreffend die Besserung des Fußweges hinter dem Bahnhofe.

Nachdem der üble Zustand namentlich des Fußweges auf dieser Strecke zu vielfältigen Beschwerden der Anlieger sowohl als des übrigen Publicums Veranlassung gegeben, hat der Magistrat zunächst den Kreisbaumeister Götter aufgefordert, Vorschläge zur Abhilfe sammt Kostenanschlag aufzustellen. Der hierauf eingegangene Bericht spricht sich dahin aus, daß die in Betracht kommende Fahrbahn von guter Beschaffenheit sei und nur an einigen Stellen einer Verbreiterung bedürfe, die Schlammhäufungen auf derselben nur von den zahlreichen Kohlentransporten herrühren, dieser Uebelstand aber bei einer Pflasterung des Weges, welche bis zur Einfahrt auf den Bahnhof 8000 \mathfrak{R} kosten würde, sich eher vermehren als vermindern werde. Für ein dringendes Bedürfnis dagegen wird die Aufbesserung des Fußweges erklärt; die beigefügten Vorschläge gehen dahin, daß derselbe chauffirt, grandirt und von der Fahrbahn durch eine gepflasterte Gasse getrennt, zugleich auch der an seiner Westseite befindliche Graben verschüttet, und statt dessen eine Drainirung hergestellt werde, welche auch das Wasser von der Fahrbahn durch Einfallschächte aufnehmen soll, wobei durch Schlammfänge das Eindringen des Sandes u. s. w. zu verhindern ist. Die Kosten dieser Anlage sind einschließlich einer dem Zimmermeister Wehrenpfennig zu zahlenden Vergütung von 154 \mathfrak{R} auf 1401 \mathfrak{R} 21 \mathfrak{g} 4 \mathfrak{d} berechnet, während die Herstellung eines Fußweges von Belpfer Platten etwa 1870 \mathfrak{R} , von Harzburger Steinen aber etwa 2470 \mathfrak{R} mehr kosten würden, selbst wenn der Weg mit ersteren nur in einer Breite von $3\frac{1}{2}$ Fuß, mit letzteren in einer Breite von 4 Fuß hergestellt würde, während der chauffirte Weg zu 6 — 8 Fuß projectirt ist. — Seitens der Anlieger war die Behauptung aufgestellt worden, daß nur eine Pflasterung der Fahrbahn und ein Fußweg von Platten oder Harzburger Steinen den bestehenden Uebelständen abzuhelpen vermöge. Da aber dergleichen Vorrichtungen, welche selbst innerhalb der Stadt von den Hausbesitzern auf ihre Kosten hergestellt werden müssen, vor den Thoren nicht von der Stadt übernommen werden können, hat der Magistrat in einem anberaumten Termine die Anwohner von der Sachlage in Kenntniß gesetzt und zu einer Erklärung darüber aufgefordert, ob und was sie zu den Mehrkosten der von ihnen gewünschten Anlage beizutragen geneigt seien. Bei diesen Verhandlungen ist nun der größte Theil der Interessenten von der frühern Behauptung zurückgetreten und hat die Ansicht ausgesprochen, daß die beabsichtigte Instandsetzung des Weges genüge, wenigstens sehr wohl damit vorerst der Versuch gemacht werden könne. Demzufolge ist denn ein Beitrag zu den Mehrkosten seitens der Anwohner nicht zu erwarten, und empfiehlt daher der Magistrat, das als genügend sich darstellende Project des Kreisbaumeisters Götter zu genehmigen und die erforderlichen Geldmittel aus der städtischen Wegebaucaße zu verwilligen.

Die Commission ist allerdings der Meinung, daß die projectirte Besserung

doch nur eine provisorische sein und daß im Laufe der Zeit zu einer Pflasterung werde geschritten werden müssen. Bei der Höhe der hierzu erforderlichen Kosten jedoch und da es kein Mittel giebt, die Anlieger zu einem Beitrage, auf welchen eintretenden Falls die Stadt unter allen Umständen werde zu bestehen haben, zu zwingen, erklärt die Commission sich mit dem vorgelegten Plane einstweilen einverstanden.

In gleicher Weise Herr Lisschön, obschon es auch ihm scheinen wolle, daß mit dieser Maßregel dem fraglichen Wege wenig gedient sei.

Herr Bantler dagegen glaubt, daß der Fußweg zwar bei schlechtem Wetter in Folge der allgemeinen Beschaffenheit dieser Strecke immer sehr schmutzig bleiben, die Drainirung aber doch die schlimmsten Uebelstände beseitigen und auf Jahre hinaus ausreichend sein werde, zumal da sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen lasse, daß die Anwohner von dem Augenblicke an, da von ihnen selbst eine Theiligung bei den erforderlichen Aufwendungen beansprucht wird, ihre Ansprüche an die Beschaffenheit des Weges bedeutend ermäßigen werden.

Die Versammlung ertheilt hierauf dem Magistratsantrage ihre Genehmigung.

IV. Mit einem Schreiben vom 2. Juli d. J. hat der Magistrat der Versammlung ein neues Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserkunst an Privatpersonen und die Einrichtung von Wasserleitungen in den Häusern sammt einem neuen Tarife zugehen lassen, wie beides von der Direction der Stadtwasserkunst aufgestellt und von der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke mit geringen Modificationen genehmigt ist, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die bisher normgebenden Bestimmungen in mehrfachen Punkten dem Bedürfnisse nicht mehr entsprachen. Die so in Aussicht genommenen Abänderungen des frühern Regulativs bestehen wesentlich nur in der Ausscheidung verschiedener jetzt überflüssiger Bestimmungen und in der Aufnahme einiger durch die Erfahrung als nothwendig erkannter neuer Vorschriften; der Tarif schließt sich an das bisher beobachtete Verfahren an und weicht von dem provisorischen Tarife in dem einen Punkte ab, daß die Sezung eines Wassermessers nur bei dem täglichen Verbrauche von 100 Cubikfuß Wasser gefordert werden kann, wenigstens der Betrag hierfür jedenfalls gezahlt werden muß: eine Abänderung, welche schon deshalb als nothwendig erschienen ist, weil bei geringerem Consume die Wassermesser nicht zuverlässig sind, ohne diese Bestimmung also diejenigen Consumenten, welche das Wasser nach einem Wassermesser entnehmen, vor denen, deren Grundstücke abgeschätzt werden, allzusehr begünstigt sein würden, und demnach der Preis für das nach dem Wassermesser abgegebene Wasser nur unter Voraussetzung eines größern Consums so billig, wie es geschehen ist, festgestellt werden könnte.

Mit den von der Statuten-Commission beantragten vom Magistrate jedoch noch nicht genehmigten Aenderungen und Auslassungen liegt der Entwurf der Versammlung vor. Als Referent der Commission motivirt dieselben Herr Aronheim.

Es werden zunächst ohne Discussion die §§. 1 — 15 des neuen Regulativs von der Versammlung angenommen.

Zu §. 16, welcher es in das Belieben des Hauseigenthümers stellt, die Zuleitungen auf seinem Grundstück entweder durch Vermittelung der Direction des Wasserwerks oder von einem hiesigen Gewerbetreibenden herstellen zu lassen,

bringt Herr Halle mit Berufung auf §. 28 des Regulativs, durch welchen die Auftraggeber vor Uebertheuerung seitens der Gewerbetreibenden hinlänglich geschützt seien, den Antrag ein, statt jener Bestimmung eine andere in dem Sinne eintreten zu lassen, daß die Direction des Wasserwerks sich mit der Anlage von Privatleitungen fortan nicht mehr befassen solle.

Herr Aronheim widerräth dem, da die Stadt sich in diesem Falle durchaus in der Lage jedes andern Industriellen befinde, also ihre Ausschließung von dem fraglichen Betriebe zu Gunsten anderer ganz mit den im Gewerbewesen heutzutage herrschenden Grundsätzen im Widerspruch stehen würde.

Auch der Herr Oberbürgermeister Caspari warnt dringend vor einer solchen Verfügung. Um die Wasserleitung möglichst auszudehnen, sei es keineswegs schon damit gethan, daß etwa die Preise für Privatleitungen regulirt werden können; wesentlich handle es sich vielmehr um die Art und Weise ihrer Ausführung. Diese aber werde von einer großen Anzahl der hiesigen Gewerbetreibenden, die sich damit befassen, durchaus nicht so beschafft, wie man wünschen müsse. Auf den Antrag des Herrn Halle eingehen heiße daher einen Rückschritt machen, der Erweiterung der Wasserwerke und damit dem bei ihrer Gründung in erster Linie verfolgten Zwecke für das Gemeinwohl der hiesigen Einwohner mit offenen Augen entgegenwirken.

Herr Bantler hätte vielmehr eine solche Fassung dieses §. gewünscht, daß dadurch jeder Eigenthümer verpflichtet würde, die Zuleitung auf sein Grundstück nur durch die Direction des Wasserwerkes anfertigen zu lassen. Bei der notorisch meist überaus mangelhaften Arbeit, welche die Gewerbetreibenden auf diesem Gebiete liefern, scheine es im allgemeinen Interesse höchst nothwendig, wenigstens eine strenge Ueberwachung derselben anzuordnen und zu diesem Zwecke bestimmte Vorschriften sowohl über die Beschaffenheit des zu verwendenden Materials als auch der Ausführung zu erlassen.

Herr Halle führt für seinen Antrag noch an, daß der Direction des Wasserwerks in mehr als einer Hinsicht Mittel zur Verfügung stehen, durch welche ihre Concurrenz eine Unbilligkeit werde. So sei gar nicht zu verhüten, daß diejenigen

Anträge auf Zuleitung des Wassers zuerst Berücksichtigung finden, bei denen ihr auch die Privatanlage übertragen wird.

Mit Berufung auf die schon einmal bei ähnlichem Anlaß erfolgten Ausführungen weist Herr Reuter darauf hin, daß die Direction zum Zweck der Erweiterung des Haupttröhrennetzes sowie auf den Fall, daß plötzlich Reparaturen erforderlich werden, eine gewisse Anzahl von Arbeitern zur Disposition halten müsse, für diese aber nur während des geringsten Theils des Jahres Beschäftigung haben würde, wenn ihr die Uebernahme von Privatleitungen untersagt werden sollte. Wenn demnach aber das bisherige Verfahren im Interesse der Anstalt sei, so diene es nicht weniger auch dem Publikum. Denn nur die wenigsten unter den hiesigen Gewerbetreibenden setze der Umfang ihres Geschäfts in die Lage bei gleicher Güte der Ausführung, auch nur annähernd so billig zu arbeiten, wie die Direction des Wasserwerks, wozu dann noch der Umstand komme, daß die fraglichen Anlagen eine Complication sehr verschiedener Handwerke erfordern, und dem zufolge von den soweit nöthig in allen in Frage kommenden Gewerben geübten Arbeitern des Wasserwerks naturgemäß besser ausgeführt werden, als von einem Gewerbetreibenden, dessen Arbeiter entweder nur auf Klempner- oder Schlosserarbeit oder sonst auf ein einzelnes Handwerk eingeübt sind. Das Hauptaugenmerk müsse darauf gerichtet werden, daß womöglich jedes Haus seine Wasserleitung erhalte. Dem aber — der Herr Redner belegt dies durch Zahlenangabe — sei nichts förderlicher, als möglichste Güte und Billigkeit der Anlagen. Auf dies Förderungsmittel zu Gunsten eines engen Kreises von Gewerbetreibenden zu verzichten, würde in keiner Weise sich rechtfertigen lassen. Ein Fall von Bevorzugung, wie ihn Herr Halle supponire, sei unbedingt niemals vorgekommen: es seien sowohl die im Laufe des Jahrs beantragten vollständigen Einrichtungen, etwa 90 an Zahl, wie auch die Verbindungen, etwa 14, meist innerhalb 24, längstens innerhalb 48 Stunden ausgeführt; von einer Verzögerung der Letzteren zu Gunsten der Ersteren könne daher überall nicht die Rede sein. Außerdem sei gar nicht erforderlich, daß die Hauseigenthümer, welche Wasserleitung wünschten, sich deshalb zuerst an die Direction wendeten, sie könnten vielmehr die Verbindung beantragen, nachdem die Hausleitung selbst bereits hergestellt sei.

Nachdem auch Herr Aronheim constatirt hat, daß die Commission keineswegs, wie Herr Halle annehme, von der Absicht ausgegangen sei, die Concurrenz der Gewerbetreibenden auszuschließen,

wird der Antrag des Herrn Halle mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, dagegen §. 16 in der von dem Magistrate und der Statutencommission beantragten Fassung angenommen,

und weiter, ohne Discussion, die noch übrigen 12 §§. des Regulativs sowie die 9 Bestimmungen des Tarifs gleichfalls von der Versammlung genehmigt.

Nach Feststellung der heutigen Tagesordnung sind der Versammlung noch zwei Magistratsanträge zugegangen, deren schnelle Erledigung wünschenswerth erscheint.

V. Ueber den einen derselben, betreffend eine Geldverwilligung zum Zweck der Verbreiterung der Schuhstraße, berichtet Namens der Finanzcommission Herr Bantler im Anschluß an ein Magistratschreiben vom 16. d. M.

Bei Gelegenheit des begonnenen und weiterhin noch in Aussicht stehenden Neubaus mehrerer Häuser auf der Schuhstraße hat sich das Stadtbauamt veranlaßt gesehen, zunächst durch den Stadtbaumeister die dabei festzuhaltende Fluchtlinie und zwar in der Weise ermitteln zu lassen, daß dadurch die engere Strecke der Straße thunlichst erweitert werde. Für die Strecke vor den Häusern sub Nris. ord. 43 — 46 liegt ein solches nicht vor; für die weiterhin folgenden, von denen zwar erst das sub Nro. 42 abgebrochen, voraussichtlich aber auch die sub Nris. 41 — 37 incl. binnen kurzem zum Neubau kommen werden, hat der Stadtbaumeister als die wünschenswerthe eine Linie bezeichnet, welche sich von dem Hause sub Nro. 42 bis zu dem Punkte erstrecken würde, wo die Schuhstraße eine Biegung nach Süden macht. Da jedoch das Haus sub Nro. 36 erst vor wenig Jahren neu gebaut ist, mit den jetzt eintretenden Neubauten wahrscheinlich gleiche Dauer haben wird, und also an dieser Stelle auf Jahrhunderte hinaus ein höchst unangenehmer Winkel entstände, da ferner auch die Hauseigener die zur Herstellung dieser Linie erforderliche Fläche von ihren Baustellen nicht freiwillig abgeben wollen und bei dem geringen Flächeninhalte ihrer Areale zum Theil auch überhaupt nicht entbehren können, die Erwerbung durch Expropriation aber unter diesen Umständen sehr erhebliche Kosten verursachen würde: aus diesen Gründen hat der Stadtbaumeister selbst von der Wahl dieser Linie abgerathen und ebenso das Stadtbauamt dieselbe aufgegeben. Es sind hierauf zwei andere Linien projectirt, von denen die erstere sich von der südwestlichen Ecke des Hauses sub Nro 42, die andere von der südwestlichen Ecke des Hauses sub Nro 41 bis zur südwestlichen Ecke des sub Nro. 37 belegenden erstreckt, und hat das Stadtbauamt sich für erstere entschieden, da die durch die zweite zu erzielende Verbreiterung der Straße allzu unbedeutend sein würde. Die Hauseigenthümer haben sich zur Abtretung der erforderlichen Fläche von ihrer Area gegen eine Entschädigung von 25 fl pro \square Fuß, wie solche auch früher schon bei andern Häusern in der Schuhstraße verwilligt worden ist, bereit erklärt. Obgleich unter diesen Umständen zur Herstellung der empfohlenen Linie Erwerbungen zum Betrage von 4012 fl erforderlich sein werden, während bei der andern Linie nur für 1914 $\frac{2}{3}$ fl Terrain anzukaufen wäre, so glaubt der Magistrat doch, bei der Wichtigkeit der Schuhstraße für den Verkehr, sich gleichfalls für erstere entscheiden zu müssen. Rückichtlich

der Frage, ob gegenüber diesem allerdings sehr hohen Kaufpreise nicht eine Erwerbung durch Expropriation vorzuziehen sei, wozu die Genehmigung des Herzogl. Staats Ministerii allerdings wohl zu erlangen sein dürfte, ist der Magistrat der Meinung, daß nach früheren Vorgängen hierbei ein Erhebliches nicht zu ersparen sein würde, die Eigenthümer aber sich mit Grund darüber beschweren könnten, daß man sie weniger billig als ihre Nachbarn behandelte. Der Magistrat giebt demnach der Versammlung anheim, von einer Expropriation abzusehen und zur Erwerbung der bei Herstellung der empfohlenen Linie erforderlichen Grundfläche gegen eine Vergütung von 25 fl pro \square Fuß die Zustimmung zu ertheilen.

Allerdings, fährt Herr Bautler fort, sei in der Commission die Ueberzeugung herrschend, daß diese unerwartete und hocherwünschte Gelegenheit, eine so wichtige Verkehrspassage zu erweitern, unter allen Umständen benutzt werden müsse. Auch scheine die projectirte Linie einen immerhin nicht unerheblichen Zuwachs nicht nur des Fußweges, sondern auch der dessen noch dringender bedürftigen Fahrbahn einzutragen, den man vielleicht als genügendes Aequivalent der angeforderten Aufwendung werde betrachten können. Auch das müsse endlich in Anschlag gebracht werden, daß der gleiche Kaufpreis schon einmal gezahlt sei. Allein andererseits habe die Commission sich nicht verschweigen können, daß dieser Preis von einer wirklich exorbitanten Höhe, wie sofort einleuchte, wenn man bedenke, daß nach diesem Satze die Fläche eines Morgens 768,000 fl kosten würde. Als es sich neulich in Magdeburg darum gehandelt, zur Erweiterung der Stadt vom königlichen Fiscus ein Areal zu erwerben, habe das Stadtverordneten-Collegium die Forderung von 17,280 fl pro Morgen (20 Sgr. pro \square Fuß) zu hoch befunden und schließlich nur ein Angebot von durchschnittlich 7500 fl genehmigt. In der fernern Erwägung nun, daß den betreffenden Eigenthümern die Abtretung eines Terrainstreifens von 3 Fuß Breite keinen wesentlichen Nachtheil bereiten, wohl aber die Verbreiterung der Straße auch ihren Grundstücken zu gut kommen werde, finde die Commission sich nicht in der Lage, die angeforderte Verwilligung ausdrücklich empfehlen zu können, und müsse daher die Entscheidung lediglich der Versammlung anheimstellen.

Diesen Ausführungen schließt auch Herr Reuter sich an, indem er hinzufügt, daß die höchsten Preise für den \square Fuß Baugrund in Bremen 10 fl Gold, in Köln 4—5 fl , in München 4 fl im Allgemeinen nicht übersteigen. Demnach sei man im vorliegenden Falle auf Preise gerathen, welche gewiß unnatürlich genannt zu werden verdienen. Da aber das Gemeinwohl dem Einzelwohle vorgehe, so sei es ohne Zweifel gerechtfertigt, wenn ein Verfahren eingeschlagen werde, welches geeignet sei, rationellere Preise zu ermöglichen. In Anbetracht jedoch, daß die Entscheidung des vorliegenden Falles keinen Aufschub dulde, werde Redner

diesmal zwar für den Magistratsantrag stimmen, aber mit dem Antrage, daß der Magistrat künftighin unter gleichen Verhältnissen das Expropriationsverfahren einschlagen lasse.

Herr Flügge dagegen ist geneigt, auf den Ort, an welchem eine Abtretung erforderlich sei, das entscheidende Gewicht zu legen, in diesem Falle also die Verwilligung zu empfehlen, und zwar theils, weil ein gleicher Preis schon einmal verwilligt worden sei und wahrscheinlich auch bei einem Expropriationsverfahren werde zugewilligt werden, theils weil der allgemeine Wunsch des Publicums, gerade an dieser Stelle eine Erweiterung der Straße ins Werk gesetzt zu sehen, allzu ängstlicher Sorge um das Zuviel überhebe. Der vorbereitende Antrag Herrn Reuter's erscheine deswegen überflüssig, weil anderswo in hiesiger Stadt nicht leicht Jemand einfallen dürfte, so hohe Forderungen zu stellen.

Herr Bantler. Daß die Stadt schon einmal einen übertriebenen Preis gewährt habe, sei keineswegs ein Grund, denselben Fehler immer wieder zu begehen. Wenn noch etwas für den geforderten Preis angeführt werden könne, so sei es höchstens der Umstand, daß mancher unter den in Betracht kommenden Hauseigenthümern durch den Bau des Nachbarn ganz unerwartet und wider Willen in die Nothwendigkeit versetzt sei, gleichfalls zu bauen. Möge man sich mit Rücksicht hierauf zur Verwilligung dieses Preises bestimmt finden: an und für sich sei er unstreitig viel zu hoch gegriffen. Ergänzend fügt der Herr Redner noch hinzu, daß für den Fall einer zustimmenden Entscheidung durch die Versammlung die Commission den Antrag zu stellen beschloffen habe, daß der erzielte Raumgewinn, wenn nicht ausschließlich, doch vor allem der Jahrbahn zugewandt werde.

Herr Aronheim findet sich durch die angeführten Beispiele aus der Praxis anderer Städte bewogen, auf Einleitung des Expropriationsverfahrens anzutragen. Frühere Entschliessungen der städtischen Behörden können kein Präjudiz dagegen abgeben, um so weniger, als zu ihrer Zeit nicht mit solcher Bestimmtheit wie jetzt nach der kürzlich erfolgten anderweitigen gesetzlichen Regulirung zu wissen war, ob die Expropriation in diesen Fällen zulässig sein werde. Ein Zeitverlust sei davon nicht zu befürchten: man werde die gewählte Fluchtlinie zur Ausführung bringen können, sobald das Ministerium die Expropriation genehmigt habe. Ebenfowenig dürfe man aus Billigkeitsrücksichten davor zurückschrecken. Wolle man den allerdings wohl in eine schwierige Lage versetzten Eigenthümern zu Hilfe kommen, so möge man dies expresse thun, nicht aber unter einem fremden Titel, welcher überdies ein so beschwerliches Präjudiz schaffen müsse.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Magistrat sei vollkommen zufrieden, wenn die Versammlung sich mit der empfohlenen Fluchtlinie einverstanden erkläre, einerlei, ob übrigens die Verwilligung des geforderten Preises oder das Expropria-

tionsverfahren beschlossen werde. Vollkommen richtig sei, daß 25 \mathcal{P} pro \square Fuß zu hoch gegriffen. Wenn auch die von dem Herrn Referenten vorgebrachte Uebertragung auf einen Morgen kein zutreffendes Moment der Beurtheilung geben und auch das Beispiel von Magdeburg nicht für maßgebend gelten könne, da es sich dort um die Acquisition größerer Flächen handle, so werde man allerdings die Preise zu Grunde legen müssen, welcher in Städten von gleicher Bedeutung bei ähnlichen Veranlassungen gewährt worden, und da sei es dann in der That wohl entscheidend, daß z. B. in Köln, wo die Straßen zum Theil noch enger sind als unsere Schuhstraße, 10 \mathcal{P} für den \square Fuß für zu hoch gehalten werde. Der Magistrat habe den Preis von 25 \mathcal{P} vorgeschlagen, theils mit Rücksicht darauf, daß derselbe in der Schuhstraße schon einmal gezahlt worden, theils aber auch, um den Bauunternehmern eine Unterstützung zu gewähren: beides werde für denselben kein Hinderniß sein, sich dem ablehnenden Beschlusse der Versammlung mit bester Ueberzeugung anzuschließen. Vor dem Vermittelungsantrage des Herrn Reuter dagegen müsse Redner dringend warnen; denn natürlich werde nach nochmaliger Gewährung eines solchen Preises, die Herabdrückung desselben in jedem folgenden Falle nur um so schwieriger werden, sowohl den Eigenthümern als auch den Taxatoren gegenüber: besser also, denselben gleich jetzt zu verweigern. Daß die Expropriation stattfinden könne, erscheine nicht zweifelhaft; doch stehe zu hoffen, daß nach einem desfallsigen Beschlusse der Versammlung dieser Weg noch zu vermeiden sein werde. Wünschenswerth sei, daß seitens der Versammlung zugleich ein Maximum des Angebots festgestellt werde, welches dem Magistrate als Ausgangspunkt für den Weg der Güte dienen könne. Vielleicht dürften zu diesem Behufe 15 \mathcal{P} pro \square Fuß als billiges Angebot zu empfehlen sein.

Herr Aronheim stellt den Antrag, dies Maximum auf 13 \mathcal{P} festzusetzen, da dies, soviel bekannt, das Höchste sei, was in großen Städten wie Hamburg gewährt werde.

Herr Bantler bemerkt, daß er absichtlich jenes Resultat der Berechnung auf den Morgen vorgetragen habe, und zwar um dem großen Publicum die Bedeutung der gestellten Forderungen zu veranschaulichen. Man interessire sich in weiteren Kreisen für die Verbreiterung der Schuhstraße, und diesem Interesse gegenüber sei es schwer, andere Rücksichten, zumal die Pflichten gegen die Stadt zur Geltung zu bringen, von deren Mitteln im Allgemeinen die Vorstellung umgehe, als seien sie unerschöpflich und keiner Schonung bedürftig. — Gegenüber dem Antrage Herrn Aronheims glaubt Redner dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters den Vorzug geben zu sollen, da dieser eine bessere Aussicht auf den gewünschten Erfolg zu bieten scheine.

Herr Reuter läßt seinen Vermittelungsantrag fallen mit dem Bemerken, daß

ihn dazu gleichfalls die Rücksicht auf die Bauunternehmer verleitet habe, welche nach den Auslassungen des Herrn Oberbürgermeisters auch für ihn nicht mehr entscheidend sei. Hinsichtlich des Maximalangebots schließt Redner sich Herrn Aronheim um so lieber an, als die an der Straßenfront anzulegenden Verkaufslocale durch die erforderlichen Abtretungen nicht kleiner würden gebaut werden, also eigentlich die abzutretende Fläche nur den betreffenden Hintergebäuden entzogen werde, und andererseits die Straße durch 3 Fuß auf einer so kurzen Strecke nicht erheblich gewinne. Auch bei einem Preise von 13 Thaler werde immer noch ein erhebliches Mißverhältniß zwischen den Häuserpreisen und der gewährten Entschädigung bestehen.

Damit wird die Discussion geschlossen und zunächst die vom Stadtbauamte festgestellte Fluchtlinie genehmigt.

Ueber den Commissionsantrag: die Erwartung auszusprechen, daß bei Regulirung der Straße das gewonnene Terrain soviel als irgend thunlich zur Fahrbahn gelegt werde, erhebt sich noch eine kurze Discussion, indem

der Herr Oberbürgermeister Caspari einwendet, daß dies sich nicht vorausbestimmen lasse, sondern, zumal bei der hinsichtlich des Abbruchs einiger Häuser noch bestehenden Ungewißheit, dem Ermessen der ausführenden Techniker anheimgegeben werden müsse,

wogegen der Herr Vorsitzende geltend macht, daß jener Auffassung gegenüber die Versammlung zuvor auf die Ausarbeitung eines vorläufigen Planes dringen müsse,

Herr Bautler, daß die Fluchtlinie vorgeschrieben sei, ein Blick auf den Situationsplan erkennen lasse, daß die abzutretende Area sich durchaus eigne, der Fahrbahn zugelegt zu werden. Gleichwohl sei es nicht die Meinung der Commission, sich etwa dahin auszusprechen, daß jeder Zoll des gewonnenen Raumes zu diesem Zwecke verwandt werden solle; vielmehr sei auch die Commission bereit, dem sich herausstellenden practischen Bedürfniß Rechnung zu tragen.

Nach diesen Erläuterungen wird auch der Commissionsantrag von der Versammlung genehmigt,

die Verwilligung von 25 fl pro \square Fuß abgelehnt, dagegen der Antrag des Herrn Aronheim, den Eigenthümern das Angebot von 13 fl pro \square Fuß zu machen, genehmigt.

Schließlich

VI. berichtet Namens des Finanzcommission Herrn von Sefendorff über ein Schreiben vom 15. d. Mts., in welchem der Magistrat beantragt, daß „die

durch Uebersiedelung in das neue Schulhaus zu Ostern f. J. frei werdende Wohnung des Schuldirectors Friedrichs in dem ermietheten Hause auf der Steinstraße durch eine geringe bauliche Veränderung zu zwei kleineren Wohnungen hergerichtet und bis Michaelis 1869 für einen jährlichen Miethpreis von je 50 fl an zwei bezeichnete Lehrer, die Wohnung der Schulwärterin Brunke für denselben Zeitraum einer geeigneten vom Magistrate im Einverständnisse mit dem Schuldirector Friedrichs auszuwählenden Familie unentgeltlich, jedoch gegen die Verpflichtung überlassen werde, für Reinigung und Heizung der in jenem Hause noch benutzten Schullocalitäten sowie für das Fegen des Hofes und der Straße zu sorgen.

Von der Commission empfohlen, wird auch dieser Antrag von der Versammlung genehmigt.

Sodann erteilt der Herr Vorsitzende das Wort

Herrn Flagge, welcher, unter Hinweis auf die Thatfachen, das mit den Einschüttungen in die Okerkanäle unausgesetzt fortgefahen und das gewonnene Terrain hie und da schon von den Anwohnern in Gebrauch genommen werde, an den Magistrat die Frage richtet, ob der seitens der Baudirection verheißene Plan endlich vorgelegt sei, und die erwähnte Benützung des Terrains mit Wissen und Willen des Magistrats geschehe.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert, daß der gedachte Plan allerdings immer noch nicht eingegangen sei, und zwar, wie auf wiederholte Erinnerungen des Magistrats angeführt worden, weil die mit der Ausarbeitung desselben beauftragten Techniker sich über verschiedene Punkte noch nicht haben einigen können. Die Ingebrauchnahme des aufgeschütteten Terrains sei den Anliegern gestattet; doch habe der Kreisbaumeister die Grenzen der Grundstücke gegen die Oker festgestellt und den betreffenden Eigenthümern die Erklärung auferlegt, den gewonnenen Raum eventuell wieder abzutreten. Es sei auf diesem Wege der Vortheil erzielt, daß das wüste Terrain vorläufig wenigstens einigermaßen in Stand gesetzt werde.

Ferner stellt Herr Flagge die Anfrage, wieweit die Arbeiten zu Behuf der Regulirung des Hagenmarktes gediehen seien?

Herr Oberbürgermeister Caspari. Es seien in dieser Angelegenheit Vorschläge der Baudirection an den Magistrat gelangt, welcher darüber dann auch den Stadtbaumeister zu hören für nothwendig gehalten habe. Dieser sei nun in vielen Stücken anderer Ansicht, namentlich wünsche er, den Platz in der Weise regulirt zu sehen, daß die Katharinenkirche möglichst aus dem Boden hervorgehoben werde. Auf die zu diesem Zwecke ergangenen Vorschläge des Stadtbaumeisters erwarte man nunmehr die Erwiderung der Baudirection. Wenn man allgemein wüßte, wie

viele und schwierige Fragen bei dieser Angelegenheit in Betracht kommen, so würde über die lange Verzögerung der nöthigen Arbeiten nicht soviel Wunders sein.

Herr Lissebon nimmt Anlaß zu dem Vorschlage, daß die Versammlung den Magistrat ersuche, bei Herzoglicher Polizeidirection wenigstens eine leidliche Herrichtung der Fußwege über den Hagenmarkt auszuwirken, die sich in einem Zustande befinden, gegen den die Polizei unerbittlich einschreiten würde, wenn er je vor Privathäusern eintreten sollte. Auch der Kellerhals am Bieweg'schen Hause auf dem Papenstiege eigne sich sehr zu einer Klage über unbegreifliche Nachsicht der Behörden.

Herr Oberbürgermeister Caspari. In Betreff des ersten Punktes treffe der Vorwurf nicht die Polizei: hier hätte der Magistrat zutreten müssen. In der Hoffnung jedoch, daß diese Angelegenheit demnächst anderweit und gründlicher zur Erledigung kommen werde, habe der Magistrat geglaubt, die Aufwendung für eine provisorische Regulirung sparen zu sollen.

Der Herr Vorsitzende spricht die Hoffnung aus, daß die soeben vernommenen Aeußerungen dem Magistrate eine Anregung mehr geben würden, auf definitive Erledigung dieser allerdings hochwichtigen Angelegenheit thunlichst bedacht zu sein; und wird damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung außer einigen anderen Propositionen des Magistrats die Reclamation eines hiesigen Einwohners gegen seine Veranlagung zur Communalsteuer.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 294. Stücke de 1867
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 10.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. November 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Kloss, Reck, Schmidt und Westermann.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet. Nachdem die Versammlung die Protocolle vom 11. Juli und 15. August genehmigt hat,

lenkt Herr Bantler die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die in Vorbereitung begriffene Erweiterung des Herzogl. Krankenhauses. Durch seine eigenen Erkundigungen habe Redner die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß die Ausführung dieses Planes unabwendbar sei, falls nicht die städtischen Behörden nachdrücklich Einsprache dagegen erheben. Dies aber scheine in der That dringend geboten. Dem natürlichen Ermeßsen des Laien entgegen werde die gegenwärtige Lage der Anstalt für eine sanitätisch möglichst günstige erklärt und als authentisch die Thatsache angeführt, daß in keinem anderen Krankenhause eine verhältnismäßig so geringe Sterblichkeit zu beobachten sei. Wenn nun auch das Publikum von dieser Frage zunächst weniger berührt werde, so trete um so dringender die Besorgniß heran, daß die schon jetzt unläugbar vorhandene Gefahr von Krankheitsübertragungen durch die bevorstehende Maßregel noch beträchtlich vergrößert werden müsse; und weiter dränge sich dann auch die Frage auf, warum man die gegenwärtige Sachlage nicht benutze, um die Anstalt auf einen geeigneten Platz außerhalb der Stadt zu verlegen, wie dies in anderen Städten von der Größe und Bedeutung Braunschweigs

längst geschehen. In diesem Sinne sei bereits eine Eingabe der nächstbetheiligten Grundbesitzer an den Magistrat ergangen, viele andere hiesige Einwohner, deren Interesse für die Angelegenheit neulich bei Gelegenheit einer großen Bürgerversammlung angeregt worden, haben sich derselben angeschlossen, und halte demnach Redner sich für berechtigt und verpflichtet, jene Befürchtungen auch hier zur Sprache zu bringen mit der Bitte, daß die Versammlung den Magistrat ersuchen möge, diese Angelegenheit in Erwägung zu ziehen und die Stadt vor Schaden zu bewahren.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Bis jetzt sei dem Magistrate eine officiële Mittheilung über die erwähnte Absicht der Regierung nicht zugegangen, wohl aber am gestrigen Tagen die Eingabe einer Anzahl hiesiger Einwohner, deren Herr Bantler erwähnt habe. Der Magistrat werde Anlaß nehmen, dieselbe an das Herzogl. Staatsministerium gelangen zu lassen; eine Erklärung darüber abzugeben, wieweit die treibende Besorgniß gegründet sei oder nicht, sei der Magistrat nicht in der Lage. Thatsache allerdings sei, daß das Bedürfnis einer Erweiterung des Krankenhauses sich schon seit längerer Zeit dringend herausgestellt habe, da laut der an das Staatsministerium ergangenen Meldungen der betreffenden Behörde das Local nicht Raum genug biete, um die verschiedenen Krankenabtheilungen zu trennen, oder gar die Zimmer der einen oder der anderen zeitweilig ganz zu entleeren. Bevor aber Seitens der Stadt irgend ein Schritt unternommen werde, um das was immerhin das Wünschenswerthere sei, zur Geltung zu bringen, werde eine andere Seite der Sache zu erwägen sein: daß Herr Bantler, mit seinem heutigen Vortrage Gelegenheit gegeben, auch auf diese hinzuweisen, komme sehr gelegen. An allen anderen Orten seien Krankenhäuser lediglich Gemeindeangelegenheit; daß hier für dieses Bedürfnis die Regierung eintrete, gehe aus früheren Zuständen hervor, ein rechtlicher Anspruch darauf stiehe der Stadt in keiner Weise zu: Verhältnisse, aus denen man die Mahnung werde zu entnehmen haben, der Regierung diese Prästation nicht allzusehr zu erschweren. Wie bekannt, verfüge das hiesige Krankenhaus nicht über ein fundirtes Capitalvermögen, sondern empfangt seine Zuschüsse aus dem Klosterfond; größere Capitalien bei der Ständerversammlung flüssig zu machen, namentlich wenn es den Anschein habe, daß dies zu Gunsten der Stadt geschehe, halte außerordentlich schwer. Wenn daher an die Regierung das Ansinnen gestellt würde, auf anderer Stelle ein neues Krankenhaus zu erbauen, etwa mit einem Kostenaufwande — wie ihn jüngst zu Hannover der Bau eines städtischen Krankenhauses erfordert habe — von 150,000 \mathcal{F} , wozu dann die durch vergrößerte Entfernung von der Stadt verursachte Zunahme der Verwaltungskosten kommen müßte: so könnte die Angelegenheit möglicherweise die Wendung nehmen, daß ent-

weder die Stadt zu einem entsprechenden Beitrage herangezogen oder ihr das Ganze anheimfallen und dann ihr Etat mit einem Aufschlag von pp. 10,000 ₧ für Zinsen und Verwaltungskosten beschwert würde. Wie weit diese Bedenken in Frage kommen, könne freilich mit Sicherheit nicht bestimmt werden, bevor die Regierung sich geäußert: immerhin jedoch sei diese Eventualität mit in Betracht zu ziehen. Einstweilen werde es sich demnach nur darum handeln können, ob die bevorstehende Vergrößerung des Krankenhauses eine Gefahr für die Stadt hereinführe oder nicht. Hierüber sei von Sachverständigen zu entscheiden. Wenn sich herausstellen sollte, daß diese Gefahr nicht sehr drohend sei, so dürfte man allen Grund haben, kleine im Gefolge jener Maßregel eintretende Unzuträglichkeiten zu übersehen.

Der Herr Vorsitzende ist der Meinung, daß Fragen verschiedenster Art bei dieser Angelegenheit in Betracht kommen, technische und rechtliche, und unter diesen nebst anderen auch die, ob die Stadt gegenüber der Regierung nicht doch ein Recht habe, auf Erweiterung des Krankenhauses im Verhältniß des Wachstums der Stadt zu bestehen. Jede dieser Fragen aber erfordere zu vielfache Ueberlegung, als daß hier sofort irgend ein Abschluß herbeigeführt werden könnte.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet sodann namens der Statutencommission Herr Aronheim über ein neues Statut für den Rettungsverein, welches der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 14. Juni d. J. zugegangen ist.

Dasselbe ist eine Umarbeitung des unterm 15. Februar 1865 erlassenen Statuts und dadurch nöthig geworden, daß die Mitglieder des Rettungsvereins sich bereit erklärt haben, besondere Abtheilungen zu bilden, welche bei Feuersbrünsten in hiesiger Stadt die Bedienung von Spritzen übernehmen.

Nachdem das neue Statut von dem Herrn Referenten paragraphenweise erörtert und motivirt ist, wird dasselbe schließlich ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Ferner

II. berichtet Herr Bode für die Schulcommission über ein Magistratschreiben vom 2. October, eine Erhöhung des Diensteinkommens der hiesigen Gemeindeschullehrer betreffend.

Bisher waren diese in sechs um je 50 ₧ von 300 ₧ bis 550 ₧ ansteigende Gehaltsclassen vertheilt, und rückten die einzelnen Lehrer in die nächsthöhere Klasse lediglich nach Maßgabe der eintretenden Vacanzen auf. Nach Erlass des bezüglichen Gesetzes vom 24. April d. J. haben sie beim Schulvorstande unter

Anführung der unverhältnißmäßig gesteigerten Preise aller Lebensbedürfnisse und indem sie insbesondere eine Berücksichtigung der älteren unter ihnen anempfahlen, um eine abermalige Verbesserung ihrer Gehalte gebeten und zugleich darauf angetragen, daß das Aufrücken im Gehalte von nun an nach einer gewissen Reihe von Dienstjahren erfolgen möchte. Ohne der aufgestellten Berechnung über das Verhältniß der eingetretenen Preissteigerungen zu der seit Ende des Jahres 1864 gewährten Zulage eine entscheidende Bedeutung beilegen zu können, hat der Schulvorstand sich dennoch bereit erklärt, die vorgetragenen Wünsche zu befürworten, und den Petenten unter der Bedingung, daß dadurch den desfallsigen Verhandlungen ein für alle Mal ein Ende gemacht werde, folgende Vorschläge gemacht:

- 1) Die hiesigen Gemeindeschullehrer empfangen einen Gehalt von 300 bis 600 ₰ jährlich in Abstufungen von 600, 550, 500, 450, 400, 350 und 300 ₰ , wovon 50 ₰ als Miethentschädigung betrachtet und demnach bei denjenigen Lehrern in Abzug gebracht werden, welche freie Wohnung haben.
- 2) Das Aufrücken, bedingt durch treue Pflichterfüllung, findet nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren bis dahin statt, daß der Maximalsatz erreicht ist.
- 3) In die verschiedenen Gehaltsklassen werden die Lehrer dergestalt eingeordnet, daß angenommen wird, jeder sei mit einem Gehalte von 300 ₰ angestellt und habe je nach fünf Jahren eine Zulage von 50 ₰ erhalten.

In gleicher Weise wird das Aufrücken auch künftig geordnet, so daß also derjenige Lehrer, welcher seiner Gehaltsklasse nach jenem Grundsatz schon 4, 3, 2 oder 1 Jahr angehört haben würde, nach resp. 1, 2, 3 oder 4 Jahren, nicht erst nach 5 Jahren, eine Zulage von 50 ₰ erhält.

- 4) Sowohl die bereits angestellten, als auch die künftig hinzukommenden Lehrer werden in der Folge erst am 1. Januar des auf den fünfjährigen Turnus folgenden Jahres in eine höhere Gehaltsklasse aufrücken, wenn nicht gerade der 1. Januar derjenige Tag ist, an welchen sie in den Genuß des fraglichen Gehaltes gekommen sind.

- 5) Diese Bestimmungen bleiben in Gültigkeit bis durch ein neues Gesetz für die Lehrer an den übrigen Bürgerschulen des Landes andere Gehaltsbestimmungen getroffen werden, als in dem Gesetze vom 24. April d. J. enthalten sind. Es wird bestimmt, daß der Maximalgehalt der

Gemeineschullehrer hiesiger Stadt immer um 50 \mathfrak{f} höher sein soll, als der der übrigen Gemeineschullehrer des Landes.

Zur Erklärung aufgefordert, haben die Lehrer dann eine neue Eingabe überreicht, laut deren die verlangte Zustimmung nicht hat erlangt werden können, weil jeder der Betheiligten trotz der vorausgeschickten Anerkennung, daß namentlich die ältern Lehrer einer Gehaltsaufbesserung bedürfen, berechnet hat, wie er selbst sich nach Annahme jener Vorschläge stehen würde. Dagegen ist die allgemeine Zustimmung auf den Fall in Aussicht gestellt, daß entweder die jetzigen Bestimmungen des Regulativs vom 12. December 1864 beibehalten würden und nur eine neue Klasse mit einem Gehaltsfaze von 600 \mathfrak{f} hinzugefügt, oder aber statt der fünfjährigen Perioden beim Aufrücken vierjährige festgestellt, und zugleich der höchste Gehaltsfaze auf 600 \mathfrak{f} bestimmt würde. Hierauf hat der Schulvorstand, in der Erwägung, daß weitere Verhandlungen nach dieser Seite, wenn das Regulativ nur zum Vortheil der Lehrer abgeändert werden sollte, überflüssig wären, bei Ueberreichung jener Eingabe der Lehrer sich gegen den Magistrat dahin ausgesprochen, daß er das Aufrücken nach vier Jahren nicht empfehlen könne, indem dabei einmal die wünschenswerthe Gleichheit mit der Landesgesetzgebung doch nicht erreicht werden, sodann aber auch jene Einrichtung, wenngleich für den Augenblick etwas vortheilhafter, dennoch die Stadt der Gefahr aussetzen würde, nach Verlauf mehrerer Jahre sehr bedeutende, die vorhandenen Mittel unverhältnismäßig in Anspruch nehmende Zahlungen leisten zu müssen, sofern die Lehrer jetzt ungleich früher als vordem zur Anstellung gelangen, und demnach in beträchtlicher Anzahl eine lange Reihe von Jahren hohe Gehalte beziehen würden, zumal bei den in neuerer Zeit Angestellten eine große Altersverschiedenheit nicht bestehe. Dagegen ist der Schulvorstand der Ansicht, daß eine Verbesserung der Lehrergehalte in der Weise wünschenswerth und billig sei, daß der Maximalgehalt auf 600 \mathfrak{f} normirt, die Lehrer aber in sieben Gehaltsklassen vertheilt würden, weil dieselben bis zum Erlasse des Gesetzes vom 24. April d. J. in der obern Gehaltsklasse um 50 \mathfrak{f} höher gestanden, als die übrigen Gemeineschullehrer des Landes, und dies Verhältniß nach Lage der Dinge füglich beizubehalten sein dürfte. Wenngleich nun gegen die Ausführungen der Lehrer manche erhebliche Einwendungen sich darbieten und insbesondere nicht unberücksichtigt zu lassen, daß fast keiner auf seinen Gehalt beschränkt ist, viele selbst feste Nebeneinkünfte von nicht unbedeutendem Betrag haben, so ist der Magistrat gleichwohl mit den Vorschlägen des Schulvorstandes einverstanden und hat demgemäß folgende Bestimmungen entworfen, welche den aufzuhebenden §. 2 des Regulativs vom 12. December 1864 zu ersetzen bestimmt sind:

Die sämmtlichen ordentlichen Lehrer an den mittleren und unteren

den Bürgerschulen in Braunschweig, welcher dieser Schulen sie auch angehören, werden rücksichtlich ihrer Besoldung in folgende 7 Klassen vertheilt:

1. Klasse	600 \mathfrak{R}	Gehalt
2. „	550 „	„
3. „	500 „	„
4. „	450 „	„
5. „	400 „	„
6. „	350 „	„
7. „	300 „	„

Die Vertheilung in die Klassen soll möglichst gleichmäßig geschehen. Läßt die Zahl der Lehrer sich durch die Zahl der Klassen nicht gleichmäßig theilen, so sollen die überschießenden Lehrer in die Gehaltsklassen dergestalt eingereiht werden, daß damit von der 7. Klasse an begonnen wird.

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Januar 1868 in Kraft.

Die Genehmigung dieser Bestimmungen giebt der Magistrat der Versammlung mit dem Bemerken anheim, daß damit die Ausgabe für Lehrergehalte sich gegen das zu Michaelis d. J. eingetretene Verhältniß um 2050 \mathfrak{R} jährlich vermehren würde.

Die Commission hat sich diesen Anträgen im Allgemeinen angeschlossen, hält es jedoch, um den bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigten Ansprüchen der Lehrer noch einen Schritt weiter entgegenzukommen, für angemessenen, daß die bei Vertheilung in die Gehaltsklassen überschießenden Lehrer nicht von der untern Klasse, sondern von der obern beginnend eingereiht werden.

In diesem Sinne sprechen auch Herr Leiste und Herr Quenstedt sich aus: die durch die empfohlene Modification verursachte Mehrausgabe sei nicht so erheblich, daß die Stadt davor zurückschrecken brauchte; den einzelnen Lehrern werde damit ein nennenswerther Gefallen erwiesen, und stelle so die Stadt sich denselben würdiger gegenüber, als wenn man auf den kleinen Vortheil der vom Magistrat vorgeschlagenen Vertheilungsweise bestehen wollte.

Die Versammlung beschließt demnach, dem Antrage des Magistrats gemäß, den bisherigen sechs eine siebente Klasse mit einem Gehalte von 600 \mathfrak{R} hinzuzufügen, die von der Commission empfohlene Abänderung aber zur Erwägung des Magistrats mit der Erklärung zu verstellen, daß die Stadtverordneten mit dieser Maßregel einverstanden sein würden.

III. Wie ein Schreiben vom 23. October vorträgt, ist auf Verfügung des Magistrats die fünfte Klasse der nördlichen untern Bürgerschule, welche von 75 Knaben und ebensovielen Mädchen besucht war, nunmehr in zwei Abtheilungen nach den Geschlechtern getrennt, deren jede in 18 Stunden wöchentlich unterrichtet wird. Der Magistrat beantragt die nachträgliche Genehmigung dieser Maßregel sowie die Verwilligung einer außerordentlichen Remuneration von 120 fl. jährlich für den dadurch beträchtlich mehr in Anspruch genommenen Lehrer Zentner.

Von der Schulcommission, für die wiederum Herr Bode berichtet, dringlich empfohlen, wird der Magistratsantrag von der Commission ohne Debatte genehmigt.

Hierauf

IV. berichtet Herr Bantler namens der Finanzcommission über einen unterm 27. October ergangenen Magistratsantrag auf Veräußerung des städtischen Weinkellers Zum Engel.

Aus mehrfachen Gründen, namentlich aber weil gedachtes Haus, um den in Betracht kommenden Familienbedürfnissen sowie den Anforderungen des Geschäfts zu genügen, eines eingreifenden Umbaues bedarf, wie er von den städtischen Behörden schwerlich genehmigt werden dürfte, hegen die jetzigen Pächter den Wunsch, sich in den eigenthümlichen Besitz desselben zu setzen, und haben zu diesem Zwecke dem Magistrate einen Kaufpreis von 10,000 fl. geboten. Der Magistrat hält die Motive der Antragsteller für gerechtfertigt und den proponirten Verkauf des fraglichen Grundstücks dem Interesse der Stadtgemeinde nicht für zuwiderlaufend, da die Baulichkeiten desselben mehrere Jahrhunderte alt sind und, wenn auch im Kerne gut erhalten, voraussichtlich doch in nicht zu ferner Zeit nicht unerhebliche und ziemlich kostspielige Reparaturen erfordern werde, das erfolgte Angebot auch nach Ansicht des Stadtbaumeisters annehmbar ist, zumal der materielle Werth des Gebäudes nur auf circa 8000 fl. veranschlagt wird. Freilich würde das Capital von 10,000 fl. nach dem gegenwärtigen Zinsfuße zu 5% der Stadt nur eine Intrade von 500 fl. jährlich gewähren, während die Pachtsumme gegenwärtig 700 fl. beträgt. Erwägt man jedoch, daß das bestehende Pachtverhältniß sich noch aus einer Zeit herschreibt, wo mit einem städtischen oder herrschaftlichen Weinkeller noch ein privilegium exclusivum verbunden war, während jetzt die Concurrenz freigegeben ist, und daß demnach auf ein gleich hohes Pachtgeld in Zukunft schwerlich zu rechnen ist, um so weniger, als auch durch Verlegung des Theaters die geschäftliche Lage dieses Weinkellers sich offenbar verschlechtert hat, daß ferner das fragliche Grundstück bei der starken Benützung desselben unausgesetzt beträchtliche Unterhaltungskosten — gleich demnächst z. B. 400 bis 600 fl. — verursachen würde: so dürfte jene Differenz wesentlich geringer anzuschlagen sein, vielleicht selbst sich völlig ausgleichen. Zudem

aber würden die Pächter event. nicht abgeneigt sein, bis zum Ablauf des gegenwärtigen Pachtcontracts, also bis Michaelis 1869, die Differenz mit 200 \mathcal{F} jährlich zu vergüten. Unter diesen Umständen und da der Magistrat im Allgemeinen für rathsam hält, die im Eigenthum der Stadt befindlichen älteren Gebäude, deren Beaussichtigung und Instandhaltung unverhältnismäßige Mühe und Kosten verursacht, für einen angemessenen Preis zu veräußern, da endlich in diesem Falle bei öffentlichem Verkaufe ein günstigeres Resultat schwerlich zu erzielen wäre: so giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich mit dem beantragten Verkaufe unter den entwickelten Bedingungen einverstanden zu erklären, indem derselbe hinzufügt, daß hierdurch die Rechte der Stadt auf Entschädigung wegen des in Ansehung der Weinschanksgerechtsame ihr zuständig gewesenem, jetzt aufgehobenen Verbotungsrechts, nicht würden alterirt werden.

Die Commission pflichtet den Erwägungen des Magistrats bei, und wird hierauf dessen Antrag ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Es folgt

V. der Bericht des Herrn Gravenhorst als Referenten der Finanz-Commission über ein Magistratschreiben vom 30. October, den Verkauf des städtischen Guts Möddesse betreffend.

Dieses aus gerodetem Forstgrunde geschaffene Gut königl. Amtsgerichts Peine ist im April 1861 durch Cession an den Deconomen Dralle aus Lesse übergegangen, mit der Verpflichtung, von Martini 1865 an ein jährliches Pachtgeld von 1000 \mathcal{F} praenumerando zu entrichten. Dieser Verpflichtung hat derselbe für die Jahre 1866 und 1867 nicht zu genügen vermocht und schließlich unter Berufung auf die schlechte Beschaffenheit des Gutes um Ermäßigung der Pacht auf 667 \mathcal{F} jährlich nachgesucht. Da seine Angaben beim Magistrate die Ueberzeugung hervorriefen, daß auf diese Weise nicht gründlich zu helfen sei, durch Einhaltung des bestehenden Pachtverhältnisses aber die Bewirthschaftung und der Zustand des Gutes immer mehr leiden werde, so hat Magistrat den Cammercommissär Schönermark zur Begutachtung der Sachlage aufgefordert, welcher dann allerdings das Gut in einem sehr wenig befriedigenden Zustande gefunden und die ihm vorgelegten Fragen dahin beantwortet hat, daß der Pächter sich bei der Bewirthschaftung mancherlei Vernachlässigungen habe zu Schulden kommen lassen, die nur zum Theil auf den Mangel an dem nothwendigen Betriebscapitale zurückzuführen seien; daß eine Pacht von 1000 \mathcal{F} jährlich nicht zu hoch sei, wenn nach einem rationellen Plane gewirthschaftet werde, ihre Ausbringung aber mehrfache kostspielige Verwendungen voraussetze, zu denen der Pächter auch dann nicht im Stande sein würde, wenn ihm

jährlich 400 R an der Pacht erlassen würden; daß es schwer halten werde, einen andern Pächter mit dem erforderlichen Capitale zu finden, daß daher die Stadt selbst damit würde aushelfen, zugleich auch dem Pächter zum Zweck der Vervollständigung des Viehstandes drei Jahre lang je 500, 300 und 200 R an seiner Pacht erlassen müßte, wogegen dieser sich zu verpflichten hätte, bei den erforderlichen Anlagen nach einem seitens der Stadt zu entwerfenden Plane zu verfahren, etwaige Reparaturen zu bestreiten, das vorgestreckte Capital mit 6 % zu verzinsen, sein vervollständigtes Viehinventar nachzuweisen, seine Wirthschaftsführung einer fortgesetzten Controle zu unterwerfen, zu jeder Abweichung aber von dem vorgeschriebenen Plane die Genehmigung einzuholen. Vortheilhafter aber als dieser Weg werde es für die Stadt sein, das Gut zu verkaufen, ohne darauf vorher Verwendungen zu machen; auch sei damit der Pächter einverstanden, sofern ihm die Gebäude und das Inventar nach dem Modus der Uebergabe wieder abgenommen würden. Jene seien zu 7000 R , dieses zu 4165 R abgeschätzt, der übrige Werth des Gutes zu 22000—25000 R anzunehmen. — Um sich gegen den Vorwurf einer unbilligen Behandlung des Pächters zu sichern, hat der Magistrat dies Gutachten auch dem Cammerrath v. Gramm mit der Bitte, sich darüber zu äußern, zugehen lassen. Dieser ist damit nun zwar nicht in allen Punkten einverstanden, schreibt insbesondere den Zustand des Gutes nicht sowohl dem Mangel an gutem Willen und Fähigkeiten des Pächters, sondern den mangelnden Betriebsmitteln zu und hält die veranschlagte Ertragssumme für zu hoch; stimmt jedoch darin mit dem Cammercommissär Schönermark überein, daß ein möglichst baldiger Verkauf das Beste sei, da es nicht thunlich, dem Pächter lediglich auf persönliches Vertrauen die zur Melliorirung erforderlichen Geldmittel zur Disposition zu stellen, die Feststellung eines Wirthschaftsplans aber und die Controle über dessen Ausführung zu steten Differenzen führen müßte. — Nach dem allen ist auch der Magistrat zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Verkauf des Gutes dem Interesse der Stadt am meisten entspricht, da unter den bestehenden Verhältnissen eine Fortsetzung des Pachtverhältnisses mit dem jetzigen oder einem neuen Pächter aller Wahrscheinlichkeit nach nur zu fernerer Deteriorirung des Gutes führen, dann aber die Verpachtung selbstverständlich nur ein sehr ungünstiges Resultat liefern könnte, und wenn man nicht zum Verkaufe des Gutes schreiten wollte, nichts übrig bliebe, als daß die Stadt die Gutsgebäude und das Inventarium eigenthümlich erwürbe, hierauf das Gut durch einen tüchtigen Deconomen etwa 3 Jahr lang administriren und während dieser Zeit die nothwendigen Verbesserungen ausführen ließe, um alsdann das Gut aufs neue zu verpachten. Da hieraus aber schwerlich ein pecuniärer Gewinn für die Stadt erwachsen dürfte, so giebt Magistrat der Versammlung anheim,

- 1) zu beschließen, daß das Gut zu Möbdeffe an einem möglichst nahen Zeitpunkt in öffentlichem Termine meistbietend verkauft werde;
- 2) eine Deputation von drei Mitgliedern zu wählen, um mit einem Deputirten des Magistrats die Verkaufsbedingungen und insbesondere auch die Zeit der Uebergabe des Guts festzustellen;
- 3) diese Deputation auch zu ermächtigen, mit dem Pächter wegen Aufhebung des jetzigen Pachtverhältnisses zu unterhandeln und die Bedingungen zu verabreden, vorbehaltlich jedoch der Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordneten;
- 4) den Beschluß über das Nachlaßgesuch des Pächters einstweilen auszusprechen.

Die Commission hat sich diesen Erwägungen nur anschließen können und empfiehlt demnach einfache Annahme der Magistratspropositionen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß, worauf die Herren Bauer, Gravenhorst und Häusler mit der Vertretung der Versammlung bei den betreffenden Verhandlungen beauftragt werden.

Nach Feststellung der Tagesordnung

VI. ist der Versammlung ein Schreiben vom 1. d. M. zugegangen, in welchem der Magistrat die Anstellung einer gerichtlichen Klage auf Rückforderung von Unterstützungen aus der Armencaße beantragt. Herr Leiste als Referent der Statutencommission berichtet darüber wie folgt.

Die Frau des Schlossermeisters Meißner, Johanne Christiane geb. Rabßilber, sammt 5 Kindern im Alter von 9 bis 1 Jahre, seit einigen Monaten von ihrem Manne bößlich verlassen, hat aus dieser Veranlassung Unterstützungen aus der Armencaße in Anspruch genommen, ist jedoch abschlägig beschieden, weil ihr nicht bloß ein Vater, der vormalige Handelsmann Christian Rabßilber, sondern auch Brüder und Schwestern — der vormalige Korbmachermeister Wilhelm Rabßilber, der Handelsmann Ludwig Rabßilber, der Conditior und Handelsmann Carl Rabßilber, die Ehefrau des Knochenhauermeisters Blumenberg, die Ehefrau des Knochenhauermeisters Fehn, die Ehefrau des Militärhospital-Inspectors Bergmann, die Ehefrau des Fuhrmanns Brauwers, — zur Seite stehen, welche wohl in der Lage sich befinden und berufen sein möchten, ihrer Tochter resp. Schwester mit Rath und That zu Hilfe zu kommen. Ein Versuch des Magistrats, diese Personen zu bewegen, daß sie der Frau Meißner und deren Kindern die nothdürftigen Mittel zu ihrer Existenz in dieser oder jener Weise gewähren und dadurch vermeiden möchten, so nahestehende Angehörige der immer nur gering zu bemessenden Unterstützung aus der Armencaße

anheimfallen zu sehen, was ja ihrem Familienreife und ihrer bürgerlichen Stellung keineswegs anstehen könne, hat keinen Erfolg gehabt; Vater und Geschwister wollen sich auch die unbedeutende Unterstützung von 25 ge wöchentlich, welcher der Meißner und deren Kindern aus der Armenkasse zu theil werden würde, nicht entgehen lassen, unter der Anführung, daß sie ja außerdem noch Opfer zu bringen hätten.

Nachdem hierauf auch die Armenunterstützungsdeputation die erbetene Unterstützung zunächst versagt hatte, ist doch später mit Rücksicht auf eine inzwischen eingetretene Krankheit der Meißner'schen Kinder ein Vorschuß von 25 ge und vier Wochen lang eine wöchentliche Unterstützung von je 1 fl aus der Armenkasse gezahlt worden. Um aber die anfängliche Auffassung, daß der Vater resp. die Geschwister zur Miterhaltung ihrer bedürftigen Verwandten rechtlich und natürlich verpflichtet, zur Geltung zu bringen, hat Magistrat auf Veranlassung der Armendirection, den p. Rabßilber sen. aufgefordert, die für seine Tochter und Großkinder aus der Armenkasse verwendeten $4\frac{1}{2}$ fl zu erstatten. Da dieser sich dessen weigerte, nach der Meinung des Magistrats aber diese Weigerung rechtlich unbegründet ist, letzterer auch für kommende Fälle einen Stützpunkt zu gewinnen und zu diesem Zwecke den vorliegenden Fall einer gerichtlichen Erörterung und Entscheidung unterstellt zu sehen wünsche, so beantragt derselbe, daß die Versammlung zu einem desfallsigen processualischen Verfahren ihre Zustimmung ertheilen möge.

Die Commission hingegen spricht sich für Ablehnung dieses Antrags aus. Zwar könne man im Einverständnisse mit dem Magistrate nicht umhin anzuerkennen, daß die wohlhabenden Geschwister resp. Schwäger es sich zur Ehrenpflicht hätten machen sollen, die Unterstützung der Armenkasse wieder zu erstatten, und daß deren vorausgegangenen ablehnenden Erklärungen moralisch in keiner Weise zu rechtfertigen seien. Andererseits aber sei die frühere Controverse, ob Geschwister gegen einander zur Alimentation rechtlich verpflichtet, von Theorie und Praxis zu zweifellos im verneinenden Sinne entschieden worden, als daß gegen die Geschwister der Frau Meißner — gegen welche denn auch allem Anschein nach der fragl. Proceß nicht beantragt werden solle — ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung der Unterstützungs- oder Alimentengelder erhoben werden könnte. Was sodann den Vater der Frau Meißner betreffe, so betrage dessen jährl. Einkommen nach den vorliegenden Acten nur 150 fl , sei also zu geringfügig, als daß nicht bezweifelt werden müsse, ob derselbe davon sich selbst erhalten und zugleich die ordentlichen und außerordentlichen Lebensbedürfnisse seiner Tochter und Enkel besorgen könne. Aber auch zur Feststellung des Princips sei der Proceß gegen Rabßilber sen. nicht zu empfehlen, da einerseits der Rechtsgrundsatz, wonach der Vater resp. Großvater zur Alimentirung seiner Kinder resp. Enkel verpflichtet, keinerlei Zweifeln unterliege, andererseits, wenn dies etwa

dennoch der Fall wäre, zur Lösung dieser Zweifel füglich eine passendere Gelegenheit abgewartet werden könne, als die vorliegende sei, wo um eines sehr geringfügigen Object's willen der Lebensabend eines in ziemlich beschränkten Vermögensverhältnissen lebenden siebenzigjährigen Mannes verbittert werden müßte.

In gleichem Sinne sprechen auch die Herren Nothdurft und Aronheim sich aus, indem

ersterer beantragt, den Anspruch des Magistrats zwar ausdrücklich als zu Recht bestehend anzuerkennen, von der Einziehung der vorausgabten Unterstützungsgelder aber abzusehen,

letzterer noch darauf hinweist, wie es mit der Würde der städtischen Behörden unvereinbar sein würde, in diesem Falle, wo eine Principfrage nicht zu entscheiden, von einem alten wenig vermöglichen Manne einen so geringfügigen Betrag einzutreiben.

Dem Antrage der Commission gemäß wird demnach von der Versammlung die Genehmigung zu dem beabsichtigten Processe nicht erteilt.

Schließlich:

VII. bringt Herr Aronheim den selbstständigen Antrag ein:;

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, schleunigst die für Begutachtung der Oerregulirung innerhalb der Stadt eingesetzte Commission zu berufen, damit der jetzt obwaltende provisorische Zustand nicht in ein Definitivum übergehe.

Zur Motivirung trug der Herr Antragsteller Folgendes vor. Wenn dem gerechtfertigten Drängen des Magistrates auf Vorlage des längst verheißenen Planes der Oerregulirung immer wieder der Einwand entgegengesetzt werde, daß die dabei in Betracht kommenden Schwierigkeiten noch keine befriedigende Lösung gefunden: so könne hierüber, als über eine rein technische Frage, einem Laien allerdings kein Urtheil zustehen. Triftigster Grund aber zum Widerspruch ergebe sich aus dem gleichzeitigen positiven Vorgehen der Baudirection, wenn man beobachte, wie nicht nur mit den Einschüttungen in das Flußbett unausgesetzt fortgefahren, sondern auch daß so gewonnene Terrain zum Theil bereits den Anliegern zum Gebrauch überlassen werde. Wenn dem die städtischen Behörden noch länger unthätig zusehen, und es geschehen lassen, daß die betreffenden Anwohner erst mancherlei Aufwendungen für Bebauung oder Bepflanzung des so gewonnenen Areals machen, so werde voraussichtlich jedes spätere Einschreiten dagegen der Stadt den Vorwurf eines inhumanen Verfahrens zuziehen und selbst unendliche Verlegenheiten bereiten müssen. Habe man dem Provisorium beige stimmt, so lange dasselbe den Charakter eines sol-

chen getragen, so befinde man sich jetzt in der Lage, daß es besser sein würde, die in Ausführung begriffenen Veranstaltungen als definitive zu genehmigen; als sich einen Zustand aufdrängen zu lassen, der hinterher nicht mehr zu beseitigen wäre. Wie gegenwärtig die Dinge liegen, würde man schwerlich eine einleuchtende Widerrede erheben können; wenn etwa in der öffentlichen Meinung oder Verdacht entstände, daß das Ganze so eingefädelt sei, um den Beweis zu liefern, wie auch ohne Zustimmung der Stadt ein neuer Zustand könne geschaffen werden: nur indem die Versammlung in der beantragten Weise vorschreite, könne von der Stadt der Schein abgewandt werden, in dieser Angelegenheit einem fremden, ihrem eigenen Interesse widerstrebenden Ermessen unbedingt preisgegeben zu sein.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt, unter Berufung auf die vielen vergeblichen Bemühungen des Magistrats, die Vorlage des in Aussicht gestellten Planes von Herzogl. Baudirection auszuwirken, und unter Anerkennung der Schwierigkeiten, welche die befriedigende Erledigung des begonnenen Verfahrens haben werde, die Erklärung ab, daß der Magistrat auch ohne specielle Aufforderung gern bereit sein werde, die Commission zu einer Verathung zu berufen.

Herr Aronheim hebt hervor, daß ein Vorwurf gegen den Magistrat mit dem gestellten Antrage in keiner Weise beabsichtigt sei. Wenn es aber auch nach den soeben vernommenen Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters einer schriftlichen Mittheilung an den Magistrat kaum noch bedürfe, so scheine es dennoch wünschenswerth, daß die Versammlung sich ausdrücklich in dem vorgeschlagenen Sinne ausspreche.

Herr Bode ist nicht der Meinung, daß der neuerdings herbeigeführte Zustand der Okerkanäle so sehr tadelnswerth sei, erkennt vielmehr in dem Vorrücken der Einschüttungen einen erheblichen Gewinn.

Auf diese sachlichen Erwägungen glaubt zwar der Herr Vorsitzende für jetzt nicht eingehen zu müssen; gewiß sei, daß gegenüber dem Verfahren der Baudirection Herrn Aronheim's Antrag durchaus das Richtige treffe. Nachdem jedoch bereits die erwünschte Zusage gemacht, werde eine Beschlußfassung kaum noch vonnöthen sein.

VIII. Herr Graß wünscht ein Votum der Versammlung über die Grundsätze zu veranlassen, nach denen die Centralcommission bei Abschätzung der Communalsteuer derjenigen Personen, welche in einem festen Dienstverhältniß zu hiesigen Einwohnern ihren Erwerb finden, zu verfahren übereingekommen ist.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß diese Frage zu einer längeren Discussion führen müsse und demnach in der heutigen Sitzung nicht mehr

zur Berathung kommen könne. Da auch die Centralcommission durchaus befugt scheine, diese Angelegenheit zu reguliren, so giebt der Herr Vorsitzende anheim, daß selbige sich mit dem Magistrate in's Einvernehmen setzen möge. Glaube sie dennoch einen Beschluß der Versammlung extrahiren zu müssen, so erwarte er ihren Antrag, um denselben alsdann auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

Hiermit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung verwilligte die Versammlung ein Extraordinarium und erledigte hierauf eine Reihe von Reclamationen hiesiger Einwohner gegen ihre Veranlagung zur Communalsteuer.

(Beilage zum 11. Stücke des 1868 der Braunschw. Anzeigen.)

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 8. Stücke des 1868
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 11.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 21. November 1867.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bantler, Bode, Kellner, Kloss, Lisschön, Overlach.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Anzeige, daß ein Schreiben eingegangen, durch welches ein Herr H. Ehlers die Stadtverordneten von den am 18. d. M. in einer öffentlichen Versammlung hiesiger Einwohner vereinbarten Resolutionen rücksichtlich der Latrinefrage benachrichtigt eine Mittheilung, welche zunächst der Statutencommission zu geeigneter Kenntniznahme überwiesen sei.

I. Auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden genehmigt alsdann die Versammlung den erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Antrag des Magistrats, den von letzterem im Einverständniß mit der Statutencommission zum Studium des dortigen Mübelsystems nach Leipzig deputirten drei Herren ihre Reisekosten im Betrage von insgesammt 75 fl 2 gr aus der Stadtkasse zu erstatten.

II. Ebenfalls erst nach Feststellung der Tagesordnung sind zwei Magistrats-schreiben vom 12. d. M. eingegangen, laut deren der am 22. September 1865 hier verstorbene Particuller Philipp Ludwig Beyer und das am 10. November v. J. verstorbene Fräulein Caroline Schmidt beide ihr ganzes nach Abzug der Le-

gate bleibendes Vermögen von resp. 39,436 . \mathfrak{P} 17 $\frac{1}{2}$ 3 \mathfrak{R} und 170 — 180,000 . \mathfrak{P} der Stadt hinterlassen haben, und zwar der Particulier Beyer zu einer Stiftung für arbeitsunfähige alte Männer, denen jährliche Unterstützungen vorläufig von 42 bis 15 . \mathfrak{P} , demnächst aber, nach Erledigung der testamentarisch ausgesetzten lebenslänglichen Renten, mit 24 . \mathfrak{P} jährlich ausbezahlt werden sollen; Fräulein Caroline Schmidt zu einer Stiftung, deren Revenuen zu einem Viertel gleichfalls an alte Männer in lebenslänglichen Renten von 40 . \mathfrak{P} , zu drei Viertheilen aber in Renten von 72 . \mathfrak{P} an hilfsbedürftige Jungfrauen und Wittwen zu vertheilen sind. Der Magistrat hat die Verwaltung beider Stiftungen unbedenklich angetreten und beiden bei Herzogl. Landesregierung die Rechte milder Stiftungen ausgewirkt. In Anbetracht, daß durch dieselben einer großen Anzahl hilfsbedürftiger Personen eine große Wohlthat erzielt ist, an deren Segungen mittelbar und unmittelbar auch die Stadt Theil haben wird, beantragt der Magistrat, daß die Versammlung, wie schon einmal in gleichem Falle, die Aufstellung von Grabdenkmälern für den Particulier Beyer und für Fräulein Caroline Schmidt genehmige. Ueber die Kosten behält der Magistrat sich weitere Mittheilungen vor, falls die Versammlung nicht vorziehen sollte, sofort eine bestimmte Summe, etwa 900 . \mathfrak{P} insgesammt, zur Verfügung zu stellen und den Magistrat zu ermächtigen, das Weitere mit dem Stadtbauamte zu beschließen.

Auf Empfehlung des Herrn Vorliegenden als Referenten genehmigt die Versammlung den Antrag des Magistrats, indem sie zugleich für beide Denkmäler insgesammt die Summe von 1000 . \mathfrak{P} verwilligt.

Der Tagesordnung gemäß berichtet

III. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über ein Schreiben vom 11. d. M., in welchem der Magistrat vorträgt, daß in Folge des von der Versammlung am 19. September gefaßten Beschlusses mit den Eigenthümern der Häuser sub Nro. ord. 41 und 40 auf der Schuhstraße wegen der Abtretung von resp. $13\frac{1}{2}$ und 48 \square Fuß seitens des Stadtbauamtes verhandelt ist und daß dieselben sich mit einer Vergütung von 15 . \mathfrak{P} pro \square Fuß zufrieden erklärt haben, für eine geringere Entschädigung aber im Wege der Güte sich zu keiner Abtretung verstehen wollen. Das Stadtbauamt hat beantragt, diese Forderung zu bewilligen; der Magistrat ist gleichfalls der Ansicht, daß die geringe Differenz von 2 . \mathfrak{P} pro \square Fuß die Einleitung des Expropriationsverfahrens nicht hinreichend motiviren dürfte, und ergeht demnach an die Versammlung der Antrag, jenen Preis, jedoch ohne alles Präjudiz für die Zukunft, zu genehmigen.

Die Commission, obwohl der Ueberzeugung, daß damit einer immer noch zu hoch gegriffenen Forderung nachgegeben werde, schließt sich gleichwohl der Erwägung

des Magistrats an, da dessen ausdrücklicher Zusage nach Grund sei zu hoffen, daß ähnliche Uebertheuerungen der Stadt ferner nicht eintreten werden.

Demnach wird der Antrag des Magistrats von der Versammlung angenommen.

Hierauf folgt

IV. durch Herrn Gravenhorst erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den mit einem Magistratschreiben vom 6. October vorgelegten Stadtkassenetat auf das Jahr 1868, sowie über die Etats der Armentasse, der Gemeindegemeinschaft, der Kasse für die höhere Töchterschule, der Wegebaucasse und der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde.

Mit Bezugnahme auf die vorliegende gedruckte Uebersicht, hebt der Herr Referent erläuternd und motivirend Folgendes hervor. Im Stadtkassenetat ist

1) die Summe aller Einnahmen, unter denen zum ersten Male gemäß den betreffenden Beschlüssen der Versammlung auch der am Ende des laufenden Jahres muthmaßlich vorhandene Betriebsfond mit 30,000 fl sowie die in sicherer Aussicht stehenden Capitalrückzahlungen mit 225 fl figuriren, zu 68,072 fl 7 gr angesetzt, ohne jene neuen beiden Posten also zu 37,837 fl 7 gr gegen 35,181 fl 2 gr im Vorjahre. Die Zunahme um 2656 fl 5 gr findet zum größten Theil ihre Begründung darin, daß das verzinsliche Capitalvermögen der Stadt durch die der Gasanstalt und der Wasserkunst gelieferten Vorschüsse um 69,000 fl gestiegen, während Capitalien im Betrage von nur 8570 fl 25 gr zur Rückzahlung gekommen, aber im Hinblick auf jenen erheblichen anderweiten Zuwachs nicht wiederbelegt, sondern mit zur Abtragung der Leihhausschuld verwandt sind.

2) Da diese Schuld bereits durch die im laufenden Jahre erfolgten Rückzahlungen beträchtlich vermindert ist, eine Erhöhung des Gesamtbetrages der Communalsteuern aber nicht wünschenswerth scheint, sich auch nicht übersehen läßt, ob nach Bestreitung der nothwendigen Ausgaben noch Mittel vorhanden sein werden: so glaubt der Magistrat für das folgende Jahr fernerer Amortisationen nicht vorsehen zu müssen, und ist demnach unter die Ausgabenpositionen des Etats kein Ansatz dafür aufgenommen.

3) Dagegen erhöhen sich die Ausgaben an Besoldungen und Löhnen durch die von der Versammlung am 12. März d. J. verwilligte Gehaltserhöhung für den Oberbürgermeister um 500 fl , durch beantragte Zulagen für die Magistratschreiber Westphal und Müller, den Stadtkassencontroleur Gramm, den Baugehilfen Schmidt und den Bauverwalter Böcker um je 50 fl , durch Remuneration eines neuangestellten Copisten und eines zweiten Stadtkassenschreibers um je 120 fl : insgesamt also um 990 fl .

4) Desgleichen ist die Position für die Nachtwächter in Folge der beschlossenen Reorganisation des Nachwachtdienstes um 728 ₰ erhöht.

5) Für Unterhaltung der städtischen Grundstücke sind 14,580 ₰ 21 gr 5 L in Ansatz gebracht, darunter 5000 ₰ für Instandsetzung des Hagenmarktes und 3000 ₰ zu den noch erforderlichen Einrichtungen und Anschaffungen für die höhere Töchter Schule sowie zur Zahlung der bisher unberichtigten Baurechnungen.

6) Für die Gemeindeschulen waren nach dem Anschlage des Magistrats 19,910 ₰ erforderlich. Nachdem jedoch schon am 7. November Gehaltserhöhungen für die Gemeindeschullehrer im Betrage von 1700 ₰ und eine Extraremuneration von 120 ₰ verwilligt, empfiehlt die Commission jetzt auch eine Zulage von insgesamt 112 ₰ für die Schulwärter, und beantragt demzufolge:

diese Position um 1932 ₰ höher anzusehen.

7) Für die Feuerlöschanstalten hatte das Directorium 3100 ₰ angefordert. Da indeß die hierbei ins Auge gefaßte Anstellung eines Thurmwächters noch zweifelhaft, hat der Magistrat nur 2892 ₰ in den Etat aufgenommen.

8) Den Ansatz für unvorhergesehene Ausgaben glaubt der Magistrat um 4000 ₰ geringer als im Vorjahre, nämlich zu 4979 ₰ 18 gr , bestimmen zu können, da die übrigen Ausgabecapitel möglichst den Bedürfnissen gemäß projectirt sind. In Anbetracht nun, daß die sub 6 empfohlene Aenderung einen unbequemen Abschluß herbeiführen würde, beantragt die Commission ferner,

diese Position um 68 ₰ , nämlich auf 5047 ₰ 18 gr , und folglich das durch die Communalsteuern zu deckende Deficit auf 72,000 ₰ festzustellen.

Die Ausgaben des Armenkassen-Etat sind einmal durch proponirte Gehaltserhöhungen für den Stadtrath Bammel als Vertreter des permanenten Vorsitzenden der Armenunterstützungs-Deputation, und für den Rendanten von Nischke um resp. 100 und 50 ₰ vermehrt. Außerdem aber sind für Unterhaltung des Pfluges und Armenhauses statt 7000 ₰ , wie im Vorjahre, für das nächste Jahr 9000 ₰ in Ansatz gebracht. Zur Motivirung dieses Ansatzes theilt ein Magistratschreiben mit, daß nach Erklärung des Inspectors Bette, der bisherige Zuschuß für die Bedürfnisse des Pflugehauses nicht mehr ausreicht, und zwar theils in Folge der so bedeutend gestiegenen Preise aller Lebensmittel, theils weil durch Aufnahme der Kinder in die nördliche untere Bürgerschule die Ausgabe für Bekleidung gestiegen, die Einnahmen für Arbeitslöhne vermindert seien: Thatsachen, welche von der Verwaltungsdeputation lediglich bestätigt sind.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari führt noch an, daß die erwähnte Neuverteilung eingeführt sei, theils um die Pflugehauskinder eines bessern Unterrichts, als sie bisher genossen, theilhaft werden zu lassen, theils und insbesondere, um sie

der niederdrückenden Empfindung einer Ausnahmestellung zu überheben. Die Wirkungen dieser Maßregel seien die allergünstigsten: es stelle sich mehr und mehr heraus, daß die Pflegehäusfinder in der Schule sich ausnahmslos gut führen und tüchtig lernen.

Außer den schon bei Gelegenheit des Stadtcassenetats zur Sprache gekommenen Erhöhungen sind wesentliche Veränderungen im Etat für die Gemeindeschulen nicht eingetreten.

Die Schulgeldeinnahmen der höhern Töcherschule sind nach den Ergebnissen des laufenden Jahres um 800 fl höher als im Vorjahr, nämlich zu 5800 fl angenommen. Die Ausgaben für Gehalte und Remunerationen sind höher geworden theils durch die den Lehrerinnen und der Schulwäiterin von Michaelis d. J. an bereits verwilligten Zulagen, theils durch das Hinzufommen einer Turnlehrerin mit einer Remuneration von 200 fl jährlich, theils endlich durch eine für den Lehrer Henze in Ansatz gebrachte Zulage von 50 fl , welche nach der demselben bei seinem Uebergange zur höhern Töcherschule gemachten Zusage erfolgen mußte, weil seine Altersgenossen unter den Gemeindeschullehrern in eine höhere Gehaltsklasse aufgerückt waren.

Nachdem nun für letztere durch die neuen Bestimmungen hinsichtlich des Gehalts der Gemeindeschullehrer eine abermalige Aufbesserung eingetreten ist, beantragt die Commission, ebenfalls in Gemäßheit der bestehenden Verpflichtung, den Etat für die höhere Töcherschule in dieser Position und im Gesammtresultate um noch 50 fl zu erhöhen.

Die Etats für die Wegebaucaße und für die Kaße der polizeilichen Abgabe für Hunde geben zu erheblichen Erörterungen keinen Anlaß.

Mit den seitens der Commission empfohlenen Modificationen werden hierauf ohne Discussion sämtliche Etats von der Versammlung genehmigt, und wird der Magistrat autorisirt, zur Deckung des auf 72,000 fl sich beziffernden Ueberschusses der Ausgaben über die Einnahmen die Communalsteuer nach den bisherigen Grundsätzen zu erheben.

Schließlich

V. erstattet Herr Aronheim Bericht über die Verhandlungen, welche in einer zufolge seines am 7. November eingebrachten Antrages berufenen Sitzung der Commission zur Regulirung der Pferkanäle unter Theilnahme der Vertreter Herzoglicher Baubirection, Oberbauraths Voigt und Kreisbaumeisters Hartmann, und des Polizeidirector Meyer, stattgefunden haben.

Es sei dabei seitens der städtischen Deputirten zunächst das Bedenken aufgeworfen, ob nicht nach Gestalt der Dinge und insbesondere nach der Art und Weise, wie den Anwohnern bereits das aufgeschüttete Terrain überlassen werde, die bereits

geförderten Anlagen zur Verengung des Okerbettes mehr als definitive wie als provisorische erscheinen müssen. Von den Vertretern der Baudirection sei hiergegen geltend gemacht, daß solcher Auffassung die vorgesehene specielle Verpflichtung der Anwohner, den in Gebrauch genommenen Grund erforderlichen Falls wieder zu räumen, genugsam vorbeuge. Dennoch habe man dießseits nicht verfehlt auszusprechen, wie diesem Einwande ein erhebliches Gewicht deswegen nicht beizulegen sei, weil die Stadt ohne sich in unberechenbare Verlegenheiten zu verwickeln, sich doch nie auf jene Verpflichtung berufen könnte. Ferner sei dann die verzögerte Vorlegung eines Gesamtplanes zur Sprache gebracht. Herzogl. Baudirection habe zwar auf die Vortheile dieser Verzögerung hingewiesen, als welche es ermögliche, praktische Informationen und eine ausgedehnte Literatur über die in Betracht kommenden Fragen zu Rathe zu ziehen und so die möglichst zweckmäßige und billige Ausführung des Project's vorzubereiten; auch habe Herzogl. Baudirection nicht zugestehen wollen, daß die begonnenen Arbeiten, welche durch unabweisliche Bedürfnisse unvermeidlich gewesen, einen schon feststehenden Gesamtplan zur nothwendigen Voraussetzung hätten, da jeder einzelne Okerkanal ein System für sich bilde. Da indes die städtischen Deputirten nichts desto weniger auf beschleunigte Mittheilung eines Planes gedrungen, so sei seitens der Baudirection die Zusage erfolgt, daß zunächst wenigstens ein Theilplan über die Verfüllung des Canals zwischen der Reithahn und dem Herzogl. Residenzschlosse nebst einer Uebersicht des Gesamtplans vorgelegt werden solle. Diese Aussicht und die wiederholt ausgesprochene Anerkennung, daß ohne Bewilligung der städtischen Behörden ein neuer Zustand in dieser Angelegenheit nicht herbeigeführt werden könne, müsse die Deputation allerdings für einen Erfolg der Conferenz halten, welcher die städtischen Behörden einstweilen zu beruhigen geeignet sei.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari fügt hinzu, daß nach den Mittheilungen des Oberbaurath Voigt die Feststellung des Gesamtplanes nicht erfolgen könne, bevor man sich über die Sohlenhöhe des Flußbettes geeinigt habe. Diese aber hänge von dem Stauziel bei der Delper Mühle ab, welche demnächst als solche zu bestehen aufhören solle, was eine Abnahme des Stauziels zur Folge haben werde. Die erfolgten Mittheilungen veranlassen keine weitere Discussion, und wird demnach hiermit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung einige Reclamationen hiesiger Einwohner gegen ihre Veranlagung zur Communalsteuer.

1867.

(Fortsetzung der Beilage zum 11. Stücke de 1868
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 12.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 12. December 1867.

Abwesend und als entschuldigt angenommen Herr Schmidt.

Nachdem die Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet und das nunmehr gedruckt vorliegende Protocoll vom 19. September von der Versammlung genehmigt ist,

zeigt der Herr Vorsitzende an, daß ein Schreiben eingegangen, in welchem der Magistrat darlegt, aus welchen materiellen und formellen Gründen er die Auszahlung des zu Gunsten der hiesigen freireligiösen Gemeinde ausgefetzten Schmidt'schen Legates vorerst noch glaubt beanstanden zu müssen. In Folge dieser zur Zeit der Statutencommission vorliegenden Mittheilung werde eine Angelegenheit, welche an anderer Stelle, namentlich in der Tagespresse, zum Theil in wenig geeigneter Weise zur Sprache gebracht worden, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden, und sei zu hoffen, daß nunmehr die dabei Interessirten und das Publikum vor weiterem Urtheil die Entscheidung der städtischen Behörden erwarten werden.

I. Eine andere Mittheilung des Magistrates, über die der Tagesordnung zufolge namens der Statutencommission Herr Kronheim Bericht erstattet, betrifft den beabsichtigten Verkauf des städtischen Pachtguts Möbdesse. Der Herr Referent verliest den Entwurf der Verkaufsbedingungen und beantragt namens der Commission, dieselben zu genehmigen und zugleich die Entscheidung darüber, ob der

Zuschlag erfolgen solle, von dem Gutachten der Finanzcommission unter Zutritt der beiden Vorsitzenden des Magistrats und der Stadtverordneten abhängig zu machen.

Gegen Herrn Struck, welcher zur Erzielung höherer Angebote die proponirten Bedingungen in der Weise abzuändern empfiehlt, daß die Creditirung der ganzen Kaufsumme zugestanden werde,

macht der Herr Vorsitzende geltend, daß es sich bei der bevorstehenden Beschlußfassung darum handle, welche Bedingungen jedem Bietenden gestellt werden sollen, diese aber naturgemäß strenger ausfallen müssen, als es etwa einer bestimmten Persönlichkeit gegenüber der Fall sein dürfte.

Herr Aronheim giebt anheim, die etwa nothwendig resp. zweckmäßig erscheinenden Veränderungen resp. Erleichterungen des Contractes in derselben Weise vereinbaren zu lassen, wie nach Maßgabe des Commissionsantrages den Zuschlag,

und tritt diesem Vorschlage auch die Versammlung bei, indem sie die mitgetheilten Kaufbedingungen genehmigt und die Finanzcommission nebst den beiden Vorsitzenden der städtischen Körperschaften ermächtigt, nicht nur den Zuschlag zu ertheilen, sondern auch je nach Befund der Umstände veränderte Bedingungen aufzuerlegen oder zu bewilligen.

Hierauf

II. berichtet Herr Bautler für die Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 27. November, in welchem ausgeführt wird, wie in Folge der beträchtlich vermehrten Geschäfte des Stadtbaumeisters sowohl dessen Hilfspersonal hat vermehrt werden müssen, als insbesondere auch die Zahl der in seinem Bureau Ab- und Zugehenden noch immerfort anwachse, wie beides zusammen demselben nicht nur die Nothigung auferlege, größere Räume zu halten, sondern auch die Beschaffung einer Privatwohnung überaus erschwere, und wie demzufolge der Stadtbaumeister darauf angetragen hat, daß ihm als Entschädigung für Miethe, Heizung und Erleuchtung aus der Stadtcasse eine Summe von 100 \mathfrak{f} jährlich verwilligt, auch für die Zeit von Ostern bis Michaelis künftigen Jahres, die unentgeltliche Benutzung der Haupttage des zu Schulzwecken gemietheten Hauses auf der Steinstraße ihm gestattet werde, indem ihm seine jetzige Wohnung auf Ostern gekündigt sei, eine passende neue erst Michaelis frei werde. Da der Magistrat nicht umhin kann, es als eine Härte anzuerkennen, wenn der Stadtbaumeister unter den angeführten Umständen und allein von allen städtischen Beamten seine Bureaukosten länger selbst bestreiten müßte, da ferner das zur Benutzung erbetene Local während jenes Zeitraums unbenutzt stehen würde, so empfiehlt der Magistrat, beide Anträge zu genehmigen.

Desgleichen die Commission, worauf auch die Versammlung in gleichem Sinne beschließt.

Ferne

III. folgt, durch Herrn v. Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 27. November, betreffend die Prämii- rung zweier Pläne für einen neuen Brunnen auf dem Kohlmarke.

Von den in Folge der ausgeschriebenen Concurrenz bis zum 31. Juli einge- gangenen Entwürfen haben die erwählten Schiedsrichter, Stadtbaumeister Tappe, Baurath Hilzinger und Hoftheatermaler Weiß, dem mit dem Motto „Urkraft wohnt in der Fluth“ versehenen, als dessen Einsender sich der Hofbildhauer Strümp- pell hieselbst herausgestellt hat, als dem relativ besten, den ausgesetzten Preis von 100 fl zuerkannt, weil dieser durchaus neu sei und in passender Renaissance, die allein zur Berücksichtigung kommen könne, die originellste Idee, gefälligste Form und reichste Gruppierung zeige, und wegen seiner reichen Wassermenge am effectvollsten erscheine. Zugleich jedoch haben sich die Schiedsrichter für die Ausführung eines andern von dem Architekten Sommer in Gandersheim eingesandten Projects ent- schieden, bei welchem der allgemeine Charakter und Styl des jetzigen Brunnens zu Grunde liegt, auch dringend anheimgegeben, diesem Projecte gleichfalls eine Prämie von 100 fl zu bewilligen. Der Magistrat bekennt nicht ohne Zweifel zu sein, ob die Schiedsrichter bei ihrer Entscheidung nicht insofern zu streng verfahren seien, als sie einen ganz neuen Plan gefordert haben, ungeachtet in den Bedingungen ausdrücklich gesagt war, „daß ein Anschluß an die jetzigen Formen des Brunnens nicht ausgeschlossen“; gleichwohl beabsichtigt der Magistrat in keiner Weise Einwendungen dagegen zu erheben. Da aber auch das erste Project nach Erklärung der Schieds- richter ausführbar, und der Urheber desselben bereit wäre, die Ausführung für die festgestellte Summe von 2000 fl zu übernehmen, so dürfte diesem der Preis von 100 fl ohne Weiteres ausbezahlt sein. Inzwischen ist der Magistrat mit den Schiedsrichtern unbedingt der Ansicht, daß das zweite Project mit einigen noch näher festzustellenden Modificationen zur Ausführung zu bringen sei, theils aus den bereits hervor- gehobenen Gründen, theils weil dasselbe für einen Marktplatz in städtischer Umge- bung geeigneter erscheint als das erste. Da indessen die Stadt dazu ohne Zahlung der Prämie nicht berechtigt sein dürfte, so giebt Magistrat der Versammlung anheim, sich einverstanden zu erklären, daß beiden Plänen eine Prämie von je 100 fl aus der Stadtcasse gezahlt, und der des Architekten Sommer mit einigen zwischen dem Magistrat und den Schiedsrichtern zu vereinbarenden Aenderungen auf Kosten der Stadtcasse zur Ausführung gebracht werde — Anträge, welchen auch die Commis- sion sich anschließt.

Nachdem auf Wunsch des Herrn Bieweg die berührten Modificationen nach dem vorliegenden Gutachten der Schiedsrichter in etwas erläutert sind, werden seitens der Versammlung beide Anträge genehmigt.

Hierauf

IV. berichtet Herr Bantler als Referent der Finanzcommission über einen Magistratsantrag, die Herstellung des Hagenmarkts betreffend.

Nachdem der Platz des alten Theaters von der Landesregierung an die Stadt überlassen und von den städtischen Behörden beschlossen war, die Häuser an der Nordseite desselben anzukaufen, abzubringen und deren Grundfläche zum Hagenmarkt zu legen, stellte zu Anfang des Jahres 1865 der Stadtbaumeister einen Plan zur Regulirung auf, wonach thunlichst directe Verbindungswege zwischen den einmündenden Straßen hergestellt, dem Marktverkehr ein genügender Raum erhalten, die nicht dem Verkehr dienenden Theile des Platzes mit Rasen, Gebüsch und Baumgruppen bepflanzt, vornehmlich aber das schöne Westportal der Katharinenkirche bis zu seinem Sockel freigelegt und von allen Seiten zur Anschauung gebracht werden sollten. Die Kosten dieser Anlagen waren zu 10,500 R veranschlagt. Bei Mittheilung dieses Planes an Herzogl. Vaudirection erklärte der Magistrat sich dahin, daß der Bau einer Markthalle insbesondere wegen der mit dem vorhandenen Bedürfnis in keinem richtigen Verhältnis stehenden Kostenaufwandes, welchen dieses Project erfordern würde, aufgegeben, und demnach der Magistrat im allgemeinen zur Ausführung des vorgelegten Planes entschlossen sei, vorausgesetzt, daß die Herstellung der neuen Fahrbahn zwischen dem Wohlwege und der Wendenstraße, die Pflasterung der vom Areal des alten Theaters zum Marktplatz zu ziehenden 49 \square Ruthen, die Legung der erforderlichen Trottoirs und Gassen, soweit letzteres nicht lediglich zur Umwandlung des Katharinenkirchhofs in Rasenplätze gehöre, auf den Pflasterungsfond übernommen würde, während allerdings die Regulirung des alten Theaterplatzes sowie des Katharinenkirchhofs von der Stadt übernommen werden müßte. Herzogl. Vaudirection erklärte sich hierauf mit der Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Wohlweg und Wendenstraße sowie mit der Formirung eines halbkreisförmigen Platzes vor der Westfront der Kirche einverstanden, erhob jedoch gegen die projectirten Rasenbeete auf dem Kirchhofe mehrfache Einwendungen und schlug vor, statt diesen für erhebliche Kosten nur verkümmerte Erfolge in Aussicht stellenden Plan zu verfolgen, die Kirche mit einem eisernen Geländer zu umgeben, den Raum außerhalb des Gitters aber zu macadamisiren und als Kinder Spielplatz freizugeben. — Die Nützlichkeit des Gitters anerkennend, glaubte der Stadtbaumeister gleichwohl, daß die Ausführung desselben durch die vielen und nicht zu entbehrenden Wege auf dem Kirchhofe sehr erschwert, überdies aber auch

mit unverhältnißmäßigen Kosten (ca. 2200 \mathfrak{f}) verknüpft sein würde. Ferner machte der Stadtbaumeister geltend, daß einerseits ohne Rasenplätze auf dem Kirchhofe auch der vor der Westfront der Kirche zu unbedeutend erscheinen würde, während doch aus ästhetischen Gründen wünschenswerth sei, daß die altersgraue Kirche sich nicht von einem ähnlich gefärbten Grunde abhebe; daß andrerseits aber Grandplätze den Anwohnern unangenehm und selbst nachtheilig werden müßten. Die Kosten der Anpflanzung und Unterhaltung von Rasenplätzen hielt der Stadtbaumeister nicht für so groß, um nicht einen Versuch damit machen zu dürfen; schließlich beantragte derselbe, daß bei Anlegung des Weges auf der Westseite der Kirche vor allem Bedacht genommen werde, das schöne Portal derselben gebührend zur Geltung zu bringen. Demgemäß empfahl auch der Magistrat in einem Schreiben an die Baudirection nochmals die Anlage von Rasenplätzen, indem er zugleich vorschlug, event. den Kirchhof in seinem jetzigen Zustande zu belassen und die Regulirung auf den Theaterplatz zu beschränken; die Vorrichtung eines eisernen Gitters lehnte er ab, sofern nicht etwa die Staatskasse den Aufwand dafür übernehmen sollte und alle Hindernisse für den Verkehr dabei vermieden werden könnten; die speciellen Pläne und Anschläge zu den Pflasterungsarbeiten bat er im Einverständniß mit dem Stadtbaumeister aufstellen zu lassen. — Erst nach Beseitigung der Häuser an der Nordseite des Theaterplatzes, zu Ende vorigen Jahres, konnte mit den erforderlichen Nivellementsarbeiten begonnen werden; unterm 21. Mai d. Jrs. sind dem Magistrate die betreffenden Pläne der Herzogl. Baudirection zugegangen. Danach sollte die neue Straße, bei einer Breite von 51 Fuß incl. der Gassen wie der Bohlweg, um 8" niedriger liegen als der jetzige Weg, nur um soviel mehr also von der Sohle des Kirchenportals, welche jetzt 30" unter dem Terrain liegt, hervortreten, während der Stadtbaumeister dasselbe ganz freigelegt und zu dem Ende die Kronenlinie der Straße nicht wagerecht, sondern vom Bohlwege zum Portale abfallend und von da bis zur Wendestraße wieder ansteigend gehalten zu sehen wünscht. Da ferner nach dem Plane des Stadtbaumeisters das Portal in seiner vollen Höhe gesehen werden sollte, so hätte das davor liegende Terrain muldenförmig ausgehöhlt werden müssen; dadurch aber wäre, wie seitens der Herzoglichen Baudirection eingewandt wurde, der Platz, auf dessen kunstgerechte Regulirung und Verschönerung es abgesehen sei, in zwei ungleiche und unsymmetrische Theile zerlegt worden, wozu Herzogliche Baudirection um so weniger die Hand bieten könne, da alsdann auch die Fläche auf der anderen Seite der Kirche des Anschlusses halber umgeformt, neben der Kirche tief abgetragen, die gegenwärtigen Plinten der äußeren Pfeiler derselben abgebrochen und in der ursprünglichen Tiefe wiederhergestellt werden müßten: Arbeiten, welche einen so bedeutenden Kostenaufwand forderten, daß Herzogl. Baudirection sich dem Vorwurfe nicht aussetzen möge, dazu in irgend einer Weise Veranlassung

gegeben zu haben. Als event. Ausweg schlug Herzogl. Baudirection vor, der Straße unter Festhaltung der horizontalen Kronenlinie eine bogenförmige Richtung zu geben, so daß sie dem Portale gegenüber von diesem um 24 Fuß zurücktrete, und von einer Thurmdecke zur andern eine halbkreisförmige Vertiefung anzubringen, welche es möglich machen werde, vom Trottoir der neuen Straße ab das Portal vollständig zu übersehen. — Dem entgegen wies der Stadtbaumeister wieder darauf hin, wie der Plan Herzogl. Baudirection der Absicht, die schönen architektonischen Verhältnisse der prachtvollen Westfacade der Kirche zu voller Geltung zu bringen, allzu wenig gerecht werde, da auch bei Ausführung des Vermittelungsvorschlages für Jeden der weiter als 24 Fuß entfernt sei, ein Theil der Facade verdeckt bleiben würde. Man werde sich entscheiden müssen, ob den Regeln des Straßenbaues oder den Principien einer richtigen Architektur der Vorzug eingeräumt werden solle; um die unvermeidliche Steigung des Verbindungsweges möglichst unmerklich zu machen, brauche man nur die Wenden- und die Fallerslebersirase auf einer Strecke von 5 Ruthen umzupflastern. Nie aber werde eine Ersparniß an den vom Stadtbaumeister auf 16,000 \mathfrak{R} veranschlagten Kosten den Ausschlag für den Plan der Baudirection geben dürfen. Auf den Fall, daß die finanzielle Lage der Stadt augenblicklich die Realisirung des ganzen diesseitigen Planes unmöglich machte, waren Vorschläge des Stadtbaumeisters zu einer allmählichen Ausführung beigelegt, wonach vorläufig die gepflasterte Verbindungsstraße wegzulassen, nur ein breiter Fußweg herzustellen, für Fuhrwerke der jetzige Weg beizubehalten und die gartenartigen Anlagen an der Westseite der Kirche mit denen auf dem Kirchhofe in Verbindung zu setzen wären. — Nach dem allen sprach der Magistrat gegen Herzogliche Baudirection die Ueberzeugung aus, daß ein Ausgleich der beiden entgegengesetzten Ansichten nicht wohl möglich, vielmehr die Entscheidung ausschließlich entweder nach der einen oder nach der anderen Seite zu treffen sei. Obgleich nun der Grundsatz des Straßenbaues, daß verlorene Steigungen zu vermeiden, ohne Zweifel von höchster Wichtigkeit, glaube der Magistrat in diesem Falle doch zunächst den Anforderungen der Architektur Rechnung tragen zu müssen, halte demnach dafür, daß die Thurmfacade von den Einnündungen der Hagenbrücke und der Stecherstraße aus vollständig zur Geltung kommen müsse, und stimme insoweit den Vorschlägen des Stadtbaumeisters bei, während über die Umgestaltung des Theaterplatzes zu einem Rasenfelde, über Lieferlegung und Bepflanzung des Katharinenkirchhofes, über frühere oder spätere Anlage des Fahrweges und über die Umpflasterung eines Theils der angrenzenden Straßen bis nach Vertiefung des betreffenden Terrains die Entscheidung vorbehalten werden könne. Von den Kosten sei die Stadt bereit diejenigen für Regulirung des Theaterplatzes und des Katharinenkirchhofes, für Herstellung der Brunnen und für Beleuchtung zu tragen; die Cana-

listung dagegen, die Anlage der neuen Straße, die Umlegung der Gassen und Trottoirs und die Umpflasterung des Hagenmarktes werde billiger Weise aus dem Pflasterungsfond zu bestreiten sein. Schließlich schlug Magistrat unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten vor, die Ausführung des Ganzen der Stadt zu überlassen und derselben die Hälfte der veranschlagten Kosten (8000 R) aus der Staatscasse zu verwilligen. — In ihrem Berichte an Herzogl. Staatsministerium hat die Baudirection hierauf ihre Ansichten gegenüber den Vorschlägen des Stadtbaumeisters durch den Hinweis auf die Unzulässigkeit einer muldenförmigen Kronenlinie der neuen Fahrstraße, welche zudem eben solche Entstellungen der Gefälle der angrenzenden Straßen zur Folge haben würden, gerechtfertigt, zugleich aber ihre Uebereinstimmung mit dem Magistrat in der Einsicht constatirt, daß eine Vermittlung zwischen den beiderseitigen Ansichten nicht möglich, und daran in vollster Würdigung des berechtigten Wunsches, den Katharinenthurm bis auf die alten Sockel freigelegt zu sehen, folgen Vorschläge geknüpft:

- 1) die Herstellung eines gepflasterten Fahrweges unmittelbar neben der Thurmseite auf Kosten des allgemeinen Pflasterungsfonds aufzugeben;
 - 2) der Stadt zu gestatten, resp. aufzuerlegen, die ohne Heranziehung des allgemeinen Pflasterungsfonds mittels der halbkreisförmigen Figur zu beginnende Parkanlage bis an die Thürme herantreten zu lassen, das ganze Areal beliebig zu formen, und statt eines Fahrweges längs der Thurmseite nur eine Passage für Fußgänger herzustellen;
 - 3) hierbei das Längengefälle der Fallerleber- und Wendenstraße ebenso wenig wie das am Ausgange des Bohlweges zu verändern;
 - 4) die Verbindung zwischen Bohlweg und Wendenstraße für Fuhrwerk jeder Art wie bisher auf die an jene halbkreisförmige Figur anzuschließende Bahn zu verweisen und diese auf den allgemeinen Pflasterungsfond zu übernehmen;
 - 5) die bis an die Thürme heranreichende Parkanlage im Zusammenhange mit dem von der Süd-, Ost- und Nordseite der Kirche hinzutretenden Areal in der Breite zwischen dem Trottoir der Fallerleberstraße und dem auf der Südseite der Kirche als Katharinenkirchhof im engeren Sinne der Stadt zur beliebigen Einrichtung und Unterhaltung zu überlassen;
- wobei Herzogliche Baudirection noch darauf hinweist, wie die Stadt bei solchem Arrangement noch den Vortheil haben würde, den umzupflasternden Theil des Hagenmarktes auf den allgemeinen Pflasterungsfond übernommen zu sehen. Endlich empfiehlt die Baudirection dem Herzogl. Staatsministerium, der Stadt zur Instandsetzung des Kirchhofes eine extraordinaire Beihilfe zu gewähren, vorausgesetzt, daß selbige nicht von dem allgemeinen Pflasterungsfond erfolge. — Indem Herzogliches

Staatsministerium diese Vorschläge dem Magistrat zur Erklärung communicirte, erging an diesen die Aufforderung, sich zugleich auch darüber zu äußern, mit welchen Mitteln die Freilegung der Kirche und die Tieferlegung des Kirchhofs auszuführen werden solle, da auf eine Mitwirkung der Staatscasse nicht zu rechnen stehe.

Von diesen Verhandlungen benachrichtigt die Versammlung das vorliegende Magistratschreiben vom 6. d. M. Der Magistrat anerkennt, daß Herzogl. Baudirection die größte Bereitwilligkeit bewiesen, den diesseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, soweit dies ohne Aufgeben der von ihr für nothwendig erachteten Forderungen möglich. Da indeß der Magistrat fortwährend der Ansicht ist, daß bei Regulirung des Hagenmarktes in erster Linie auf die architektonisch wirksame Darstellung der Katharinenkirche Bedacht zu nehmen sei, so glaubt Magistrat, in dieser Beziehung sich für Ausführung des von ihm adoptirten Planes auch ferner erklären zu müssen. Der Magistrat hält ferner dafür, daß der ungepflastert zu belassende Theil des Hagenmarkts nicht größer sein darf, als vom Stadtbaumeister projectirt ist, um für den Marktverkehr möglichst viel Platz zu gewinnen; er spricht sich für die Umwandlung dieses Theils in einen Rasenplatz aus, weil dadurch die concave Form des Terrains am besten verdeckt wird, auch aus dem Rasen immer ein Grandplatz, nicht aber umgekehrt, werden kann; ferner dafür, daß der südliche Theil des Katharinenkirchhofs gleichfalls als Rasenplatz eingerichtet werde, der nördliche dagegen gepflastert und für den Marktverkehr nutzbar bleibe; er ist endlich damit einverstanden, daß die neue Verbindungsstraße einseitigen wegbleibe, da dieselbe entbehrlich scheine, wenn der Weg um den freien Platz durch Ausdehnung der Pflasterung noch verkürzt werde, auch zweckmäßig sei, eine Fahrstraße nicht unmittelbar an die Kirche zu legen. Allerdings aber werde die Forderung zu stellen sein, daß eine Straße an dieser Stelle, falls solche sich als nothwendig herausstellen sollte, später noch angelegt werden könnte. Unter der Bedingung, daß dies alsdann auf Kosten des allgemeinen Pflasterungsfonds geschehe, und bei Umpflasterung des Hagenmarkts die Rücksicht auf Freilegung der Kirche als maßgebend gelte, ist Magistrat bereit, die Vorschläge der Baudirection zu acceptiren; zugleich würde Magistrat sich gegen Herzogl. Staatsministerium dahin erklären, daß die Stadt mit den ihr obliegenden Arbeiten sofort, und zwar auf Kosten nicht des Kirchenfonds, sondern der Stadtcasse, beginnen werde; er würde endlich an Herzogl. Staatsministerium das dringende Ersuchen richten, die Kosten der Umpflasterung des Hagenmarktes, damit der Pflasterungsfond nicht allzu sehr belastet werde, extraordinair zu bewilligen, auch der Stadt zu den ihr zur Last fallenden Arbeiten, wenn irgend thunlich, einen angemessenen Zuschuß zu gewähren. Unter der Zusage, über die der Stadt zur Last fallenden Kostenanteile demnächst noch specielle Anschläge vorzulegen, ersucht Magistrat die Versammlung, sich zu erklären, ob sie den entwickelten Plan billige.

Bei den Berathungen der Finanzcommission und der Baudeputation, welchen diese Proposition gemeinschaftlich vorgelegt worden war, hat sich, wie der Referent berichtet, ein schon vom Magistrate erkanntes, aber mehr beiläufig zur Erwägung gelangtes Moment in den Vordergrund gedrängt. Obgleich nämlich diese vereinigten Commissionen die hohe Berechtigung der Rücksichten auf architektonische Schönheit des herzustellenen Platzes vollkommen würdigen, so scheine die Frage dennoch etwas anders, als es seitens des Magistrats geschehen, und zwar dahin gestellt werden zu müssen: ob und wie weit jene Rücksichten mit den Bedürfnissen des Marktverkehrs sich vereinigen lassen. Wie allbekannt, sei an den Hauptmarkttagen wenigstens, der Raum auf dem Hagenmarke viel zu enge; durch Hinzunahme der nördlichen Hälfte des Katharinenkirchhofes habe man denselben schon beträchtlich vergrößert, aber auch so noch finde man den nach der Hagenbrücke hin belegenen Theil des Marktes, namentlich zur Herbstzeit, dermaßen mit Wagen besetzt, daß die Passage für anderes in den verschiedenen Straßenrichtungen durchgehendes Fuhrwerk mit den größten Schwierigkeiten, ja mit Gefahr verknüpft sei. Daß der Marktverkehr seinen Höhepunkt bereits erreicht habe, werde Niemand behaupten wollen, vielmehr dürfe man sich der Hoffnung hingeben, daß er mit dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung noch stetig zunehmen werde. Unter solchen Umständen aber sei und bleibe das Haupterforderniß bei Regulirung des Hagenmarktes, diesem eine solche Form zu geben, daß der eigentliche Marktplatz möglichst von allen Seiten sowohl für Fußgänger als für Fuhrwerk zugänglich gemacht werde, und glaube daher die Commission vorschlagen zu müssen, auf die Anlage von Rasenplätzen auf dem neu erworbenen Terrain ganz zu verzichten, dasselbe vielmehr in seiner ganzen Ausdehnung derart zu reguliren, daß es ausschließlich dem Marktverkehre könne überwiesen werden. — Wenn man dann aber am Schlusse der sehr mühsamen Verhandlungen zwischen den Regierungsbehörden und der Stadt dahin gelangt sei, die Verbindungsstraße zwischen Bohlweg und Wendestraße wenigstens für jetzt aufzugeben, einstweilen nur einen Fußweg herzu legen, so könne dem die Commission nicht zustimmen. Denn weder der Marktverkehr, noch auch der sonstige Waarentransport, könne einer geraden Fahrbahn entbehren. Wenn man, um nur eins anzuführen, den enormen Verkehr von Torswagen berücksichtige, welche in das Wendenthor eintretend, nach dem Bohlwege und darüber hinaus zu gelangen haben, wenn man beobachte, wie diese jetzt die ganze Fahrbahn um den Hagenmarkt herum und zwischen den dort aufgestellten Wagen sich hindurch winden müssen, wenn man endlich erwäge, daß dieser Uebelstand auch durch die ins Auge gefaßte thunlichste Vergrößerung des Marktplatzes nicht gänzlich und keinesfalls für alle Zeit zu beseitigen, da der Marktverkehr immer noch in sichtbarer Zunahme begriffen sei: so werde man nicht umhin können zuzugeben, daß nicht nur zur möglichsten Erleichterung des

Wagenverkehrs, daß mehr noch zur Abwendung von Gefahren die Anlage der directen Verbindungsstraße nothwendig sei. Und eben dafür spreche noch eine andere Rücksicht. Zum Behuf einer Straßenanlage habe die Stadt die an der Nordseite des alten Theaterplatzes belegenen Häuser, zum Theil unter Androhung der Expropriation, erworben. Mit Recht würden die davon betroffenen Eigenthümer den Vorwurf einer ungerechten und harten Behandlung gegen die Stadtbehörden erheben können, wenn nunmehr ein Fußweg an dieser Stelle für ausreichend befunden würde. — Nach dem allen halten die vereinigten Commissionen sich für verpflichtet, folgende Erwiderung auf das Schreiben des Magistrats zu beantragen:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt mit dem Magistrate darin überein, daß bei Regulirung des Hagenmarktes vornehmlich darauf Bedacht zu nehmen sei, daß die Katharinenkirche in ihrer Westfacade vollkommen zur Geltung komme.

Die Stadtverordnetenversammlung muß aber die Herstellung der Verbindungsstraße zwischen dem Bohlwege und der Wendensstraße fortwährend für ein dringendes Bedürfnis halten, und deshalb darauf antragen, daß der Magistrat Herzogliches Staatsministerium um Herstellung der fraglichen Straße ersuche, und zwar in der vom Stadtbaumeister projectirten Weise.

Die Stadtverordnetenversammlung ist ferner der Ansicht, daß der ganze übrig bleibende Theil des alten Theaterplatzes mit zum Hagenmarkte zu ziehen, die ganze Südseite des Hagenmarktes aber, von der Hagenbrücke ab zu rechnen, in Verbindung mit dem alten Theaterplatze in der Weise neu zu pflastern sei, daß sich derselbe von den Trottoirs an der Westseite an nach der Kirche zu allmählig senke.

Den Katharinenkirchhof betreffend ist die Stadtverordnetenversammlung der Ansicht, daß dessen Steigung von der neu anzulegenden Straße an allmählig auszugleichen, im übrigen aber der Kirchhof gepflastert zu belassen sei.

Rücksichtlich des Kostenpunktes endlich werde die Stadt sich nicht entschlagen können, die Pflasterung des alten Theaterplatzes und die Umänderungen am Katharinentkirchhofe allein zu bestreiten, und sehe man der verheißenen Vorlage specieller Anschläge entgegen. Dagegen dürften die Kosten für Anlage der neuen Verbindungsstraße sowie für Umpflasterung des Hagenmarktes auf den allgemeinen Pflasterungsfond zu übernehmen und Herzogliches Staatsministerium zu ersuchen sein, den der Staatskasse zur Last fallenden Theil jener Kosten extraordinair zu bewilligen.

Der Commissionsbericht schließt mit der Anerkennung, daß die lange Verzögerung dieser Angelegenheit, wie aus den mitgetheilten vielfältigen Verhandlungen unzweifelhaft hervorgehe, lediglich in der Schwierigkeit der dabei in Betracht kommenden Fragen ihren Grund habe, keinen der Betheiligten aber der Vorwurf einer ungerechtfertigten Versäumnis treffe.

Bei der hierauf eintretenden Debatte giebt Herr Leiste anheim, die Magistratsproposition unverändert anzunehmen, da es bedenklich scheine, von einer Grundlage abzugehen, welche offenbar nach reiflichster Prüfung aller in Betracht kommenden Fragen genommen, auch nach allem, was aus den Begründungen des Magistrats und der Baudirection hervorgehe, das Hauptinteresse mit dem Praktischen zu verbinden geeignet sei und auf eine Vereinbarung des Magistrats mit der Baudirection die sicherste Aussicht gewähre. Immerhin möge es ein Odium mit sich führen, wenn jetzt von dem Plane einer Verbindungsstraße abgegangen werde; deswegen aber auf ein erkanntes Besseres zu verzichten, scheine die Sachlage nicht zu erfordern. Denn wenn auch die Nothwendigkeit einer Verbindungsstraße den widerstrebenden Eigenthümern der verkauften Häuser gegenüber geltend gemacht worden, so sei dies doch weder das einzige noch das gewichtigste Motiv des Ankaufs gewesen. Daß zur Ausführung des vom Magistrate adoptirten Planes die Stadt erhebliche Opfer werde zu bringen haben, lasse sich allerdings unschwer voraussehen: in diesem Falle aber sei Redner damit principiell einverstanden.

Herr Lissebon vermag keine überwiegende Nothwendigkeit anzuerkennen, die Fahrbahn über den Markt direct vom Bohlwege auf die Wendensstraße zu legen, zumal damit keineswegs doch aller Wagenverkehr vom eigentlichen Marktplatz entfernt zu halten wäre. Auf die Anlage der vom Magistrate projectirten Rasenbeete werde allerdings kein wesentliches Gewicht zu legen sein.

Herr Reuter gesteht zu, daß die beobachtete Ueberfüllung des Marktplatzes nicht an allen Markttagen, sondern meist nur während der Herbstzeit stattfinde; dann aber sei dieselbe so groß, daß oft selbst nicht alle Wagen und Händler einen Platz finden. Unter diesen Umständen bestehe für den Redner kein Zweifel, daß ebensosehr die Verengung des Platzes durch Rasenbeete und dergleichen vermieden, als eine weitere Passage für Wagen geschaffen werden müsse, wozu die projectirte Verbindungsstraße sich am besten eigne. In diesem Sinne laute dann auch die allgemeine Stimme der Interessenten: ausdrücklich sei an ihn das Ersuchen gerichtet, in der Versammlung zu befürworten, daß, wenn keine Markthalle gebaut werden sollte, wenigstens doch der Platz ausreichend erweitert werde, um Raum für den gesammten Verkehr zu bieten. Und eben dafür spreche endlich noch eine andere Erwägung. In anderen Städten, welche gleichfalls eine Markthalle entbehren, habe man zu dem Auskunftsmittel gegriffen, zur Marktzeit Buden aufzuschlagen, welche

von den Unternehmern an die Händler gegen einen Miethzins überlassen und nach jedesmaligem Gebrauche rasch wieder abgetragen werden. Es sei möglich und wünschenswerth, daß Aehnliches sich auch hier mit der Zeit einführe; dazu aber gehöre ein großer mittlerer Raum und Fahrbahnen an jeder Seite desselben. — Bei alledem aber spricht Herr Reuter sich entschieden für völlige Freilegung des Kirchenportals aus, da dieselbe auch für alle umliegenden Häuser von großem Werthe sei, ein concave Gestaltung des Terrains aber, weit entfernt dem Anblicke Eintrag zu thun, den Platz nur um so großartiger erscheinen lassen werde.

Dem schließen auch die Herren Bieweg und Graß sich an, deren Wahrnehmungen hinsichtlich des dortigen Verkehrs

Herr Bautler noch durch Vorlesung eines Polizeiberichts bestätigt, welcher mit bestimmten Zahlen das an den Markttagen nothwendig entstehende Gedränge von Wagen und Menschen nachweist.

Auch der Herr Vorsitzende kann sich dem Commissionsantrage nur anschließen. Wenn es sich — wie ganz unzweifelhaft — durch ein anerkanntes Bedürfnis empfehle, den Rasenplatz wegfällen zu lassen, so könne auch die Rücksicht auf eine wünschenswerthe Belebung des großen Platzes nicht in anderm Sinne entscheiden, zumal da jener Rücksicht durch die demnächst anzulegenden beiden Brunnen werde Genüge geleistet werden. Wenn dann ferner dem entschiedenen Bedürfnis einer Verbindungsstraße gegenüber die Befürchtung geltend gemacht werde, als ob durch einen entsprechenden Beschluß der Versammlung eine nahe Vereinbarung mit der Landesregierung in weitere Ferne gerückt worden, so treffe dies insofern nicht zu, als die Magistratsproposition nur einen vorläufigen Compromiß mit der Baudirection enthalte, während dem Staatsministerium gegenüber die Stadt noch völlig freie Hand habe. Die von ersterer gegen jenen Verbindungsweg erhobenen Einwände seien durch ihre eigene schließliche Erklärung hinfällig geworden: die Meinung, daß dadurch eine ungleiche Theilung des Platzes bewirkt werden müßte, beruhe auf einem Mißverständnis; wenn die Wegebaumeister sich bisher nicht in den Gedanken finden konnten, einmal eine Straße von concaver Kronenlinie zu bauen, so stehe dem nun die eigene Anerkennung der Baudirection gegenüber, daß die Herstellung einer solchen Straße technisch möglich und die seitens der Stadt geltend gemachten architectonischen Rücksichten vollberechtigt seien. So dürfe man sich denn wohl der Hoffnung hingeben, daß auch Herzogl. Baudirection der erwünschten Straße keinen unüberwindlichen Widerstand mehr entgegensetzen werde. Allerdings bringe die Ausführung, wie sie von den Commissionen befürwortet werde, erheblichen Mehraufwand mit sich. Da derselbe indeß im Interesse der Anwohner würde gemacht werden, so sei guter Grund zu erwarten, daß jenen Vorschlägen,

wenn die Versammlung sie zu den ihrigen mache, das Herzogliche Staatsministerium deferiren werde.

Herr Leiste ist durch die von mehreren Seiten erfolgten Mittheilungen nicht unbedingt von einem wirklichen Nothstande des Marktverkehrs auf den Hagenmarke überzeugt; am wenigsten könne man sich die Massen von Wagen und Körben, von welchen der verlesene Polizeibericht rede, als gleichzeitig dort angesammelt denken. Daß durch die projectirte Straße in den vorgeblichen Verhältnissen, wenn sie wirklich beständen, eine wesentliche Erleichterung könnte bewirkt werden, erscheine kaum glaublich; viel eher lasse sich dies von dem Wegfallen der Straße erwarten, da in Folge davon der Marktverkehr sich mehr als bislang an der Nordseite der Katharinenkirche concentriren werde. Könne man demnach nicht unbedingt der Meinung beitreten, daß ein unabweisliches und auf andere Weise nicht zu lösendes Bedürfnis die fragliche Verbindungsstraße erheische, so werde man doppelt Anlaß haben, die nahegerückte Einigung mit der Baudirection nicht zu unterschätzen. Die Hoffnungen des Herrn Vorsitzenden vermag Redner nicht zu theilen: wahrscheinlicher sei ihm, daß Herzogliches Staatsministerium sich den Anschauungen der Baudirection anschließen und namentlich auch wegen der Mehrkosten des von den Commissionen empfohlenen Planes sich gegen diesen entscheiden werde. Bei der immerhin großen Schwierigkeit, in der vorliegenden Alternative eine endgültige Stellung zu nehmen, beantragt der Redner, eventuell wenigstens die Beschlußfassung für heute noch aussetzen.

Diesem Antrage schließt auch Herr Lissebon sich an, wogegen

der Herr Vorsitzende sowie die Herren Bantler und Reuter vor neuem Zeitverlust warnen, letzterer besonders mit Rücksicht auf die alsdann gleichfalls unausbleiblichen Verzögerungen in der Legung der Gas- und Wasserröhren;

und wird hierauf jener Antrag des Herrn Leiste von der Versammlung abgelehnt.

Herr Lissebon spricht sodann die Befürchtung aus, daß möglicherweise gerade die Annahme der Commissionsanträge unerwartete neue Zwischenfälle herbeiführen dürfte, in dem Falle z. B., wenn etwa eine unmittelbar an der Kirche vorüberführende Fahrbahn als unzulässig erkannt würde. Zur Sache selbst führt Herr Lissebon noch an, daß die Kohl- und Kartoffelwagen allerdings den Marktverkehr sehr beengten, dieser Uebelstand jedoch nur während eines kurzen Zeitraums im Jahre und nur an den Sonnabenden eintrete; daß ferner auch dazu das unregelmäßige Niveau des Hagenmarktes mit seinen tiefen Gassen und Canälen wesentlich beitrage, hierin aber die beabsichtigte Regulirung den wünschenswerthen Wandel schaffen werde.

Herr Aronheim. Das düstere Gemälde von den Nothen des Marktverkehrs im Hagen könne schwerlich einleuchten, wenn man bedenke, daß derselbe bis vor

wenigen Jahren neben dem alten Theater Platz gefunden hat, es sei denn, daß man eine so rapide Steigerung annehmen wolle, wie sie, die allgemeine Entwicklung unserer Stadt zum Maßstabe genommen, durchaus nicht glaubhaft. Der Polizeibericht scheine die Commissionen verleitet zu haben, alle zu Markte kommenden Wagen, von denen bekanntlich ein namhafter Theil auf der Wenden- und Fallerleberstraße halte, sich gleichzeitig auf dem Marktplatz selbst versammelt zu denken. Es falle schwer zu glauben, daß auf diesem schönen großen Platz für nichts als für Handel und Wandel Raum sein sollte; zu Gunsten aber eines aller Wahrscheinlichkeit nach zum größern Theile nur eingebildeten Nothstands den erfreulichen Plan des Magistrates aufzugeben und hier inmitten der Stadt bei den allergünstigsten Gegebenheiten einen Platz zu schaffen, welcher für gewöhnlich nur einen höchst öden Anblick gewähren könnte, davor könne Redner die Versammlung nur nachdrücklichst warnen.

In gleichem Sinne spricht auch der Herr Oberbürgermeister Caspari sich aus. Der Magistrat habe nicht verkannt, daß auf das Bedürfnis des Markverkehrs Rücksicht zu nehmen; dasselbe zu ermitteln, dürfe man freilich nicht den angezogenen Polizeibericht wörtlich nehmen, welcher schon deswegen ein wesentlich unrichtiges Bild gebe, weil die Marktordnung ausdrücklich verbiete, Holz-, Torf- und Waarenhandel, welcher dort schlechtthin mit in Rechnung gebracht, auf dem Markte selbst abzuhalten. Auch würde es unrichtig sein, den Maßstab von einzelnen besonders stark besuchten Markttagen herzunehmen, wie solche zu gewissen Jahreszeiten immerhin vorkommen: außergewöhnliche Verhältnisse werden unter allen Umständen kleine Unbequemlichkeiten mit sich führen. Der Magistrat sei der Ansicht, daß wenn von dem neugewonnenen Terrain 98 □ Ruthen dem Marktplatz zugelegt würden, dem Bedürfnis reichlich genügt wäre. Andererseits glaube der Magistrat, daß bei so bedeutenden Aufwendungen, wie sie in diesem Falle der Stadt obliegen, die ästhetischen Rücksichten nicht außer Acht gelassen werden dürfen; daß, falls dies dennoch geschähe, die Neue und große Vorwürfe unmöglich ausbleiben würden. Auch dem Magistrate erscheine die Anlage einer directen Verbindungsstraße zwischen Bohlweg und Wendenstraße sehr wünschenswerth, und würde man definitiv darauf nur sehr ungern verzichten. Für den Augenblick aber dieselbe fallen zu lassen, habe der Magistrat darum vorgeschlagen, weil ein anderer Weg der Ausgleichung mit der Herzoglichen Baudirection nicht zu finden gewesen. Sei ein anderer Ausgleich möglich, so werde Magistrat sich demselben im mindesten nicht widersetzen. Indessen scheine es, daß der Werth, den jene directe Verbindung für den Markverkehr haben könnte, einigermaßen überschätzt werde: unvermeidlich werde auch dieser von Marktwagen besetzt werden, die früheren Collisionen auch dort sich wiederholen. Der Umweg, auf welchem der durchgehende Verkehr nach dem Projecte des Magistrates verwiesen werde, sei unerheblich, da das in Aussicht genommene Rasenbeet beträchtlich kleiner

als das frühere Theatergebäude. Handle es sich dann darum, ob ein Rasenplatz angelegt oder das ganze Terrain gepflastert werden solle, so dränge sich die Erwägung auf, daß hier eine Gelegenheit geboten sei, die Frage zum Austrag zu bringen, inwiefern inmitten der Stadt gartenähnliche Anlagen, deren Annehmlichkeit nicht zu verkennen, sich durchführen lassen — eine Gelegenheit, welche der Magistrat nur mit Bedauern würde unbenutzt vorübergehen lassen. Von anderm Standpunkte aus habe für ersteres die Baudirection sich entschieden: beschließe jetzt die Versammlung anders, so werde es darauf ankommen, ob dies mit den Anschauungen jener Behörde sich vereinigen lasse; nach deren letzten Erklärungen aber sei dazu in der That doch wenig Aussicht. Dazu endlich noch der Kostenpunkt: auf der einen Seite ein Plan, dessen Ausführung zu 16,000 \mathfrak{R} veranschlagt sei und, einmal beschafft, keine Aenderung mehr zulasse; auf der andern Seite eine viel billigere Einrichtung, welche etwa mit Aufopferung einiger hundert Thaler für die Rasenplätze, später auftretenden anderweiten Bedürfnissen unschwer angepaßt werden könnte. Auch dieser Umstand scheine schwer für das vom Magistrate empfohlene Project ins Gewicht fallen zu müssen.

Herr Leiste weist noch darauf hin, daß wenn nach Durchführung dieses Projectes dennoch ein wirkliches Bedürfniß, wie die Commission es voraussetze, sich ergeben sollte, dies dann mit um so viel stärkerem Nachdruck gegen das Widerstreben der Staatsbehörden geltend gemacht werden könnte.

Herr Reuter dagegen warnt vor derartigen Versuchen, welche nur die Folge haben könnten, daß der Marktverkehr noch auf Jahre hinaus nicht in das ruhige Geleis kommen würde, woran es schon so lange fehle.

Für den Commissionsantrag spricht endlich nochmals Herr Bieweg. Daß allzu häufig das merkantile Interesse in den Vordergrund geschoben sei: diesen Vorwurf, welchen der Herr Oberbürgermeister zu besorgen scheine, werde man nach allem was in dieser Angelegenheit her und hin verhandelt worden, den städtischen Behörden sicherlich nicht machen können. In der Hauptsache, soweit nämlich die Katharinenkirche in Betracht komme, werde das ästhetische Interesse auch durch den Commissionsantrag gewahrt. Ob man den Platz landschaftlich verschönere, sei von untergeordneter Bedeutung; wolle man dergleichen aber doch erzielen, so biete sich dazu auf der Süd- und Nordseite der Kirche hinlänglicher Raum.

Die Discussion ist damit geschlossen, und werden durch die hierauf folgende Abstimmung sämtliche Anträge der vereinigten zwei Commissionen von der Versammlung genehmigt.

Schließlich

V. berichtet namens der Finanzcommission Herr Gravenhorst über die

Abnahme der Stadtcassenrechnungen für das Jahr 1866, welche der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 6. October zugegangen sind. Der Magistrat bemerkt dazu:

- 1) daß der Cassenbestand im Betrage von 90,719 ₰ 27 gr 9 A (resp. 89,442 ₰ 4 gr 5 A: vergl. sub 2) nur ein scheinbarer ist, da, wie eine angeschlossene Nachweisung ergibt, der größte Theil desselben bereits zu städtischen Zwecken vorschußweise verwandt ist, was sich bei den bestehenden Einrichtungen nicht vermeiden läßt; daß demnach nur die bei Herzogl. Leihhaufe belegten 16000 ₰ und die baar vorrätthigen 10,166 ₰ 28 gr 2 A als wirklicher Betriebsfonds verwandt werden können;
- 2) daß nach der Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Capitalfonds 1277 ₰ 23 gr 4 A mehr eingenommen als belegt sind, daß aber, da im J. 1865 das Stammvermögen der Stadt in dem der Stadtwasserkunst vorgeliehenen Capitale von 47000 ₰ einen Zuwachs von 37650 ₰ erhalten hat, kaum erforderlich sein dürfte, jene Summe noch nachträglich zu belegen, vielmehr der ganze Cassenvorrath von 90,719 ₰ 27 gr 4 A der Stadtcasse belassen und mit entsprechender Bemerkung in die nächste Rechnung übertragen werden kann: was Magistrat zu genehmigen bittet.

Die Commission hat Erinnerungen gegen die Rechnung nicht vorzubringen, da die stattgehabten Ueberschreitungen theils durch Beschlüsse der Versammlung ausdrücklich gutgeheißen, theils solche sind, welche unvermeidlich waren. Unter Verweisung auf den gedruckt vorliegenden Executionssatz beantragt der Herr Referent, daß die Versammlung diese Abweichungen genehmige, die Decharge ertheile und die Verwendung von 1277 ₰ 23 gr 4 A zu den laufenden Ausgaben gut heiße.

Dem entsprechend beschließt die Versammlung, worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung einige Reclamationen hiesiger Einwohner gegen ihre Veranlagung zur Communalsteuer.